

OBS-Arbeitsheft 91



Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.

Die AfD vor der Bundestagswahl 2017

Vom Protest zur parlamentarischen Opposition

Eine Studie der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2017

OBS-Arbeitsheft 91
ISSN-Print: 1863-6934
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor*innen:

Alexander Hensel, Florian Finkbeiner, Philip Dudek,
Julika Förster, Michael Freckmann und Pauline Höhlich
Georg-August-Universität Göttingen
Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14
D-37073 Göttingen
Tel.: 0551-391701-08
alex.hensel@demokratie-goettingen.de
www.demokratie-goettingen.de

Projektmanagement:

Jupp Legrand (OBS)

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.
www.textfeile.de
Hofheim am Taunus

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Titelbild:

© Marijan Murat/dpa

Druck:

mww.druckundso.com GmbH, Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

20. Mai 2017

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei kostenlos herunterzuladen.

In diesem Arbeitsheft finden sich Links zu Webseiten im Internet. Die OBS erklärt ausdrücklich, dass sie keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte dieser Seiten hat, und macht sich deren Inhalte nicht zu eigen. Sie kann weder für das Funktionieren der Seiten garantieren noch eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der dort angebotenen Informationen übernehmen.

Wir danken der Hans-Böckler-Stiftung (www.boeckler.de) für eine Ko-Förderung des Projektes.

Vorwort

Das deutsche Parteiensystem ist nach Dekaden relativer Stabilität in den 1980er Jahren durch die Gründung der Partei Die Grünen nachhaltig in Bewegung geraten. Seitdem führen politische Unruhen, soziale Veränderungen und gesellschaftliche Unzufriedenheit nicht nur zu Bewegungen und Protesten, sondern sie münden immer wieder auch in den Aufstieg neuer Parteien. Nach dem ebenso schrillen Auf- wie rasanten Abstieg der Piratenpartei vor einigen Jahren scheint nun die Alternative für Deutschland (AfD) das Parteienspektrum dauerhaft erweitern zu können. Anders als die linksliberal orientierten Piraten, profiliert sich die AfD bisher überaus erfolgreich als Protestpartei mit politischen Positionen rechts der Union – und kann dennoch auch ehemalige Wählerinnen und Wähler linker Parteien sowie bisherige Protest- wie Nichtwähler für sich gewinnen.

Die Erfolge der AfD sind fraglos irritierend – wurde die Partei in ihrer kurzen Geschichte doch immer wieder von heftigen internen Konflikten erschüttert. Nachdem sich der wirtschaftsliberale Flügel des Parteigründers Bernd Lucke im Sommer 2015 abgespalten hatte, sahen viele Beobachter die AfD politisch am Ende – und trotzdem gelang ihr unter dem Vorsitz von Frauke Petry eine überraschende Wende. Die AfD rückte politisch deutlich nach rechts und wurde im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ erfolgreicher denn je: Im Wahljahr 2016 gelang ihr mit zweistelligen Ergebnissen der Einzug in weitere fünf Landesparlamente, in Sachsen-Anhalt sogar mit einem Rekordergebnis von 24,3 Prozent. Nach Wahlerfolgen im Frühjahr 2017 ist die AfD insgesamt nicht nur zur landespolitisch relevanten Akteurin aufgestiegen, vielmehr erscheint auch ein Einzug in den Bundestag im Herbst 2017 durchaus als möglich.

Die Entwicklung der AfD ist politisch zweifelsohne beunruhigend. Seit dem Abgang Luckes im Sommer 2015 und dem folgenden Rechtsruck feiert sie fortgesetzte politische (Wahl-)Erfolge. Diese fielen bei den Landtagswahlen 2017 zwar niedriger aus als in den Vorjahren, dennoch verfügt die AfD auch weiterhin über erhebliche Potenziale. Diese liegen nicht nur in grundlegenden gesellschaftlichen Krisenprozessen und politischen Deformationen begründet, die etwa aus den langfristigen Erosionsprozessen vor allem der Volksparteien erwachsen sind. Vielmehr profitiert die AfD, die inzwischen in 13 der 16 Landesparlamente vertreten ist, in ihrer gegenwärtigen Entwicklung erheblich vom Zugang zur parlamentarischen Bühne und den damit verbundenen Ressourcen.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Bundestagswahl im September 2017 ist zu fragen: Worin wurzelt der grundsätzliche Erfolg der AfD und wie ist ihr seltsamer Wiederaufstieg seit dem Herbst 2015 zu erklären? Wie gestaltet sich die hochdynamische Entwicklung im Inneren dieser stets von heftigen Konflikten geprägten Partei? Und: Wie kann die AfD als neue und politisch unerfahrene Partei, die weitgehend ohne

langfristige politische Vorerfahrungen auf die parlamentarische Bühne katapultiert wurde, ihre aktuellen Potenziale nutzen?

Der Erforschung der erst 2013 gegründeten AfD widmete sich die Otto Brenner Stiftung (OBS) bereits mehrmals – stets in Kooperation mit dem von Professor Franz Walter geleiteten *Göttinger Institut für Demokratieforschung*. Bereits Anfang 2014 untersuchten die Forscher die ideologische Prägung der frühen AfD. In einem weiteren Projekt wurden Programme, Profile und Potenziale der AfD vor den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 vergleichend analysiert. Die Ergebnisse dieser Untersuchung und auch das starke Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 inspirierten zu weiteren Forschungen, deren wichtigste Erkenntnisse wir hier zur Diskussion stellen.

Unsere Studie seziert den gegenwärtigen Entwicklungsstand der AfD und versucht, zwei Perspektiven auszuleuchten: *Einerseits* werden die gegenwärtigen, dynamischen und mitunter auch widersprüchlichen Entwicklungen der AfD seit ihrer Spaltung im Sommer 2015 insgesamt untersucht. Hierbei geht es sowohl um die sich verändernden Rahmenbedingungen als auch um interne Prozesse der Partei. *Andererseits* wagt sich die Studie auf ein wissenschaftlich bislang kaum untersuchtes Feld: die AfD in den (Landes-)Parlamenten. Ihre Fraktionen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt werden explorativ-exemplarisch untersucht. In ihren politischen Profilen, internen Entwicklungen, parlamentarischen Aktivitäten sowie in ihren politischen Schwerpunkten, Selbstverständnissen und Strategien zeigen sich ebenso Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede.

Weil die Entwicklung der AfD so dynamisch ist, kann ihre weitere Perspektive zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht abschließend beurteilt werden. Dennoch soll unsere Bestandsaufnahme dabei helfen, im Bundestagswahljahr 2017 die aktuellen Potenziale, Probleme und Herausforderungen der AfD einzuordnen und zu bewerten.

Wir hoffen, mit unserer aktuellen Studie die öffentliche Diskussion über die AfD vor der Bundestagswahl faktenreich begleiten zu können. Die vorurteilsfreie Darstellung, die kritische Analyse und die abwägende Interpretation des neuen politischen Akteurs durch unsere Autoren ermöglichen es, die grundlegenden Wandlungsprozesse im Parteiensystem angemessen verfolgen und besonders die gegenwärtige Entwicklung der AfD besser einordnen zu können.


Jupp Legrand

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

Frankfurt am Main, im Juni 2017

Inhalt

1	Einleitung	5
1.1	Nach dem Boom ist vor der Bundestagswahl	5
1.2	Aufstieg und Etablierung neuer Parteien	5
1.3	Fragestellung und Vorgehen	6
2	Die AfD im Bund: Entwicklung und Perspektiven	9
2.1	Krisen und Gelegenheiten: Parteientwicklung	9
2.1.1	Von Lucke zu Petry	9
2.1.2	Machtkämpfe und Kurssuche	11
2.2	Parteiorganisation und politische Führung	13
2.2.1	Organisationsstruktur und -kultur	13
2.2.2	Politische Plattformen	14
2.2.3	Politische Führung	16
2.3	Politisches Profil und Wählerschaft	18
2.3.1	Programmatisches Profil	18
2.3.2	Wahlen und Wählerschaft.....	19
3	Die AfD in Baden-Württemberg	23
3.1	Landesverband, Wahlkampf und Wähler	23
3.2	Profil und Entwicklung der Fraktion.....	25
3.3	Politische Arbeit der Fraktion	30
3.3.1	Aktivitäten und Kommunikation	30
3.3.2	Parlamentarische Initiativen	31
3.3.3	Schwerpunkte und Strategien	33
3.4	Selbstverständnis und Umgang	36
4	Die AfD in Rheinland-Pfalz	39
4.1	Landesverband, Wahlkampf und Wähler.....	39
4.2	Profil und Entwicklung der Fraktion.....	40
4.3	Politische Arbeit der Fraktion	42
4.3.1	Aktivitäten und Kommunikation	42
4.3.2	Parlamentarische Initiativen	43
4.3.3	Schwerpunkte und Strategien	45
4.4	Selbstverständnis und Umgang	49

5	Die AfD in Sachsen-Anhalt	52
5.1	Landesverband, Wahlkampf und Wähler.....	52
5.2	Profil und Entwicklung der Fraktion.....	54
5.3	Politische Arbeit der Fraktion	56
5.3.1	Aktivitäten und Kommunikation	56
5.3.2	Parlamentarische Initiativen	57
5.3.3	Schwerpunkte und Strategien	59
5.4	Selbstverständnis und Umgang	64
6	Fazit und Schlussbetrachtungen	67
6.1	Die AfD vor der Bundestagswahl 2017	67
6.2	Die AfD in den Ländern: Opposition im Parlament	69
6.3	Potenziale, Probleme und Etablierung	72
Anhang		
	Abkürzungsverzeichnis	76
	Literatur- und Quellenverzeichnis	77
	Literatur	77
	Medien- und Pressebeiträge	81
	Sonstige Quellen	90
	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	92
	Hinweise zu den Autorinnen und Autoren	93

1 Einleitung

1.1 Nach dem Boom ist vor der Bundestagswahl

7,4 Prozent: Das Ergebnis der Alternative für Deutschland (AfD) bei der jüngsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war wenig spektakulär. Zwar ist das Wählerpotenzial der AfD im Vergleich zum Vorjahr merklich gesunken, dennoch hat sie derzeit gute Chancen, in den nächsten Bundestag einzuziehen. Dies ist durchaus überraschend, lag die Partei nach ihrer Spaltung im Sommer 2015 doch kurzzeitig am Boden, bevor ihr im Zuge der sich bald entfaltenden sogenannten „Flüchtlingskrise“ ein rasantes Comeback gelang: Bei den Landtagswahlen 2016 erzielte sie vor allem im Osten der Republik spektakuläre Ergebnisse von bis zu fast 25 Prozent. Vier kurze Jahre nach ihrer Gründung ist die AfD damit in 13 der 16 bundesdeutschen Landesparlamente vertreten.

Unter der Führung von Frauke Petry hat die Entwicklung der AfD seit Sommer 2015 eine Dynamik entwickelt, die für das bundesdeutsche Parteiensystem eine doppelte Zäsur darstellt. Zum einen überschreitet seit dem Aufstieg der Grünen in den 1980er Jahren erstmals wieder eine neu gegründete Partei leichtfüßig die parlamentarischen Hürden und scheint im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kleinst- und Protestparteien ihre Entwicklung mittelfristig verstetigen zu können. Zum anderen bricht mit der AfD eine Partei, die politische Positionen rechts der Union vertritt, sukzessive flächen-

deckend in verschiedene Wählersegmente des deutschen Parteiensystems ein. Die AfD profitiert dabei von einer allgemeinen, aktuell bis in die Mitte der Gesellschaft reichenden diffusen Verunsicherung sowie einer generellen Frustration gegenüber Parteien und Politikern.

So erfahren und vertraut europäische Nachbarländer mit derartigen Phänomenen zum Teil schon lange sind – im bundesdeutschen Kontext stellt diese Situation ein Novum dar. Nicht nur die sogenannten etablierten Parteien,¹ von der CDU über die SPD bis zur Linken, sondern auch Kirchen, Gewerkschaften und kleinere politische Organisationen sehen sich angesichts des Aufstiegs der AfD enormen Herausforderungen gegenüber. Das vorliegende OBS-Arbeitsheft soll einen aktuellen Beitrag leisten, um die Ursachen, Eigenschaften und Folgen dieses Aufstiegs tiefgreifend zu verstehen.

AfD als gesellschaftliche Herausforderung

1.2 Aufstieg und Etablierung neuer Parteien

Die organisatorische, elektorale und politische Karriere der AfD ist fraglos bemerkenswert. Unabhängig von konjunkturellen Höhen- und Tiefenflügen der Partei stellt sich die Frage sowohl nach der weiteren Entwicklung als auch einer möglichen Etablierung. Neue Parteien werden in der Parteienforschung traditionell als Ausdruck von zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien sowie als Reaktion auf regionale, kulturelle oder ethnische Auseinandersetzun-

¹ Zur begrifflichen Klarstellung: Wie in der Parteienforschung üblich, werden Parteien, die über Jahre hinweg in Parlamenten vertreten sind, im Folgenden als „etabliert“ bezeichnet.

gen verstanden (Lösche 1994: 22 ff.). Werden neue Konflikte und damit verbundene gesellschaftliche Interessen, lebensweltlich geprägte Perspektiven und Stimmungen, Bewegungen sowie Organisationen von den etablierten Parteien nicht hinreichend erfasst, integriert und repräsentiert, können neue Parteien entstehen und reüssieren (vgl. Jun 2009: 15 f.). Wie im Fall der Grünen seit Ende der 1970er Jahre schicken sich diese dann an, vorhandene Lücken in der parteipolitischen Repräsentation von Themen und Konflikten zu schließen.

Doch: Ein solcher parteipolitischer Aufbruch verstetigt sich nicht zwangsläufig. Etablierte Parteien können erfolgreich auf ihre neuen Konkurrentinnen reagieren, indem sie deren Themen, Forderungen und Innovationen okkupieren. Bann und Anziehungskraft neuer Parteien können, wie das Beispiel der Piratenpartei zuletzt eindrücklich gezeigt hat, auch aufgrund interner Probleme wieder verloren gehen. Ob neue Parteien Lücken im politischen Wettbewerb tatsächlich effektiv nutzen können, hängt damit insgesamt von der spezifischen historischen Konstellation (hinreichender) gesellschaftlicher Nachfrage, (passendem) politischem Angebot sowie (günstigen) institutionellen Rahmenbedingungen ab (Niedermayer 2015: 176 ff.). Nur unter solchen ebenso seltenen wie günstigen Bedingungen kann es Parteien gelingen, die politische Karriereleiter zu erklimmen und sich dauerhaft zu etablieren.

Zentral für die erfolgreiche Entwicklung von Parteien ist insbesondere auch ihr Weg über die Landesebene, auf der sich für Parteien

wichtige Prozesse abspielen (vgl. Schneider 2001: 396 f.). Dies reicht vom Aufbau eines verlässlichen Personal-, Ressourcen- und Organisationstableaus bis zu programmatischen und strategischen Positionierungen, die hier erprobt werden. Gerade Landtagswahlen fungieren für neue Parteien als Katalysator von Entwicklungs- und Professionalisierungsprozessen. Die darauffolgende Parlamentarisierung auf Landesebene stößt wiederum Entwicklungs- und Veränderungsprozesse an, die als Bewährungsprobe für die notwendige Anpassungsfähigkeit von neuen Parteien an die parlamentarische Logik gelten (Ismayr 1985: 308). Hierbei sind auch Landtagsfraktionen von entscheidender Bedeutung, die zwischen Ressourcenaufbau, parlamentarischen Ansprüchen, der medialen Öffentlichkeit und der parteipolitischen Nachfrage vermitteln (Schüttemeyer 1999: 39). Neuen Oppositionsfraktionen steht in der Praxis zunächst offen, welche Art von „Opposition“ sie sein bzw. wie sie diese Rolle ausführen wollen (vgl. Kranenpohl 1999: 307 ff.), konkret: wie sie ihre parlamentarische Arbeit wahrnehmen und welche Ziele sie sowohl strategisch als auch inhaltlich-programmatisch zu erreichen versuchen (vgl. Helms 2002: 24 f.).

1.3 Fragestellung und Vorgehen

Was bedeutet dies nun für die Entwicklung der AfD? Nachdem die Partei wiederholt politisch unterrepräsentierte Konflikte erfolgreich aufgreifen konnte, stellt sich die Frage, ob sie sich insgesamt auf Bundesebene stabilisie-

ren kann.² Dieser Frage widmet sich der erste Teil der vorliegenden Studie. Dazu werden zunächst die Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Nachfrage analysiert. Die massiv gestiegene Volatilität, also die abnehmende Bindung von Wählern an eine bestimmte Partei (vgl. Walter 2008: 7 ff.), spielt der AfD als Protestpartei zwar grundsätzlich in die Hände; dennoch ist fraglich, mit welchen Themen und Konflikten sie im Bundestagswahljahr 2017 reüssieren kann, nachdem sich der politische Furor um die Flüchtlingskrise merklich gelegt hat. Zudem soll die aktuelle interne Entwicklung der Partei bis zur NRW-Landtagswahl 2017 in den Blick genommen werden. Hier werden ebenso ihre prägenden innerparteilichen Flügel- bzw. Lagerkonflikte, die Kämpfe um die politische Führung, organisatorische Entwicklungen und programmatische Positionierungen untersucht. Ergänzt wird dieser erste Studienteil im zweiten Teil des Arbeitsheftes durch eine vergleichende Fallanalyse der AfD auf Landesebene. Dort sollen Erkenntnisse über Charakter und Potenziale der neuen AfD-Landtagsfraktionen erschlossen und die Entwicklung von Professionalisierung sowie Institutionalisierung skizziert werden. Anknüpfend an Vorarbeiten (vgl. Hensel et al. 2016), konzentriert sich auch die vorliegende Studie auf die AfD

in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, wo die Partei im März 2016 neu in die Landesparlamente eingezogen ist.³ Für diese Länder sollen die personelle Aufstellung, die organisatorische Entwicklung und die politische Arbeit der Landtagsfraktionen der AfD analysiert werden. Der Untersuchungszeitraum für die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktionen erstreckt sich hierbei vom 1. Mai 2016 bis zum 31. Januar 2017.

Angelehnt an frühere Arbeiten dieser Art des *Göttinger Instituts für Demokratieforschung* (vgl. Hensel/Klecha 2013; Bebnowski/Förster 2014; Hensel et al. 2016), bemüht sich die vorliegende Studie sowohl um eine möglichst breite Perspektive als auch um ein offenes Vorgehen. Jenseits der Aufarbeitung wissenschaftlicher Wahl- und Parteienanalysen werden die jeweiligen Untersuchungsebenen durch eine Untersuchung bundesweiter und regionaler Medienberichte ergänzt, um die aktuelle Entwicklung der AfD auf Bundes- und Landesebene zu erfassen. Hinzu kommt die Untersuchung ausgewählter Aspekte in sozialen Medien sowie verfügbaren internen Parteidokumenten. Zur Analyse der parlamentarischen Arbeit werden einerseits parlamentarische Initiativen der AfD-Fraktionen hinsichtlich ihrer Aktivität und Themenorientierung quantitativ ausgewertet. Andererseits werden die inhalt-

2 Zum Forschungsstand zur AfD bis 2015 vgl. Lewandowsky (2015) sowie Häusler (2016b). Die Entwicklung der AfD unter der Führung von Frauke Petry und Jörg Meuthen wurde bislang vor allem journalistisch untersucht, vgl. etwa Speit (2017), Amann (2017), Bender (2017a).

3 Zur Entwicklung der AfD auf Landesebene liegen bisher nur einzelne Kurzanalysen vor, wie etwa zu Brandenburg (Botsch et al. 2015), Mecklenburg-Vorpommern (Behm 2015), Thüringen (Häusler/Roeser 2015) und Bayern (Philippsberg 2017). Die parlamentarische Performanz der AfD wurde bislang noch nicht flächendeckend untersucht (vgl. dazu Rütters 2017). Bisher gibt es lediglich Kurzanalysen zur parlamentarischen Arbeit der AfD etwa in Sachsen (Jennerjahn 2016), Brandenburg (Kopke/Lorenz 2016) und Thüringen (Schickert 2017).

lichen Schwerpunkte sowie strategischen Ansätze der politischen Arbeit der AfD in den Parlamenten untersucht. Um die enorme und teils auch widersprüchliche Dynamik einer neuen Partei sowie ihrer Fraktionen zu verste-

hen, wurden immer wieder auch Parteitage sowie andere Veranstaltungen der AfD vor Ort besucht, Beobachtungen und Hintergrundgespräche sowohl mit Mitgliedern und Funktionären als auch mit Journalisten durchgeführt.

Die AfD in den Landesparlamenten – Zur aktuellen Forschungslage

Wandel und Volten der AfD als „Partei im Werden“ fordern längst nicht nur die Politik, sondern auch die Politikwissenschaft heraus (vgl. Lewandowsky 2015: 119 f.). So ist erfreulich, dass nicht nur die vorliegende Studie, sondern auch andere Forschungsprojekte ähnliche Fragen und Gegenstände untersuchen. Dies gilt insbesondere für die von Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels, Christian Neusser und Alexander Berzel am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) durchgeführte Untersuchung „Parlamentarische Praxis der AfD in den deutschen Landesparlamenten“. Ihre rund einen Monat nach unserem Redaktionsschluss veröffentlichten Ergebnisse konnten im vorliegenden Arbeitsheft zwar inhaltlich nicht mehr berücksichtigt werden; gleichwohl sollen die Profile der beiden Studien kurz umrissen werden, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede einordnen zu können:

Ebenso wie der zweite Teil der vorliegenden OBS-Studie, der sich der parlamentarischen Entwicklung der AfD widmet, untersuchen auch die WZB-Forscher Abgeordnetenprofile, organisatorische Entwicklung und parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktionen sowie die Reaktionen anderer Parteien auf die neue politische Kraft. Schroeder und Kollegen nehmen AfD-Fraktionen in zehn Landesparlamenten anhand ausgewählter Indikatoren systematisch-vergleichend in den Blick und präsentieren damit die bis dato breiteste Untersuchung zum Thema. Unsere Studie konzentriert sich stärker auf die vertiefte Analyse dreier ausgewählter Fälle, für die auch landespolitische und -parteiliche Rahmenentwicklungen einbezogen sowie innerfraktionelle Entwicklungen und strategische Schwerpunktsetzungen der AfD-Fraktionen detailliert rekonstruiert wurden. Beide Studien kommen schließlich in vieler Hinsicht zu ähnlichen Ergebnissen – und unterscheiden sich dennoch so deutlich, dass sie sich als Ausgangspunkte der bislang noch unterentwickelten politikwissenschaftlichen Debatte über die landesparlamentarische Bedeutung der AfD gegenseitig produktiv ergänzen können.

2 Die AfD im Bund: Entwicklung und Perspektiven

Kein anderes Phänomen hat das deutsche Parteiensystem in den letzten Jahren derart stark herausgefordert wie der Aufstieg der AfD. Die erst 2013 gegründete Partei entwickelt sich politisch, organisatorisch und elektoral so hochdynamisch wie zuletzt die Grünen ab Ende der 1970er Jahre. Mittlerweile ist die Partei in 13 deutschen Landesparlamenten vertreten, verfügt über rund 26.000 Mitglieder und erzeugt immer wieder erhebliche mediale Resonanz. Dennoch ist ihre kurze Historie von scharfen Konflikten, Krisen und Umbrüchen gekennzeichnet, durch die sich das politische Profil sowie die innerparteiliche Tektonik deutlich verschoben haben.

2.1 Krisen und Gelegenheiten: Parteientwicklung

Die AfD hat wiederholt von Gelegenheitsstrukturen politischer Krisendynamiken profitiert, in deren Rahmen es ihr gelungen ist, sich als „Alternative“ zu etablierten Parteien zu profilieren. Gegründet hat sich die AfD im April 2013 in Reaktion auf die Ende der 2000er Jahre ausgebrochene Euro- und Finanzkrise (vgl. Decker 2015a: 218 f.). Zwar integrierte die Partei bereits in ihren Anfängen eine Vielzahl politischer Netzwerke und umfasste sowohl europaskeptische, wirtschaftsliberale als etwa auch rechtskonservative sowie radikal-christliche Strömungen (vgl. Bebnowski 2015: 19 ff.). Dennoch profilierte sich die AfD unter Führung ihres ersten Vorsitzenden Bernd Lucke zunächst vor allem als euroskeptische Alternative zur von der Regierung Merkel als alternativlos

ausgerufenen Krisen- und Eurorettungspolitik, indem sie mit ihrer Forderung nach einer geordneten Auflösung des Eurowährungsgebietes ein inhaltliches „Alleinstellungsmerkmal“ entwickelte (Niedermayer 2015: 186). Erfolgreich beworben wurden diese Positionen von einer Riege beruflich und akademisch reputierlicher Wirtschaftswissenschaftler und Fachleute wie Bernd Lucke, Joachim Starbatty oder Hans-Olaf Henkel, die den Ruf der AfD als Professorenpartei begründeten.

2.1.1 Von Lucke zu Petry

Wie bei Parteineugründungen üblich, kam es auch in der AfD bald zu ideologischen Konflikten, personellen Machtkämpfen und organisatorischen Friktionen zwischen parteiinternen Strömungen. Aufgrund seines zusehends als abgehoben-professoral und autoritär wahrgenommenen Führungsstils geriet der Bundesvorsitzende Lucke in die Kritik (Decker 2015b: 118). Es entwickelte sich eine zunehmende Lagerkonfrontation zwischen den von Lucke angeführten, auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen fokussierten Liberalen sowie gesellschaftspolitisch orientierten rechtskonservativen bis völkischen Strömungen, deren ostdeutsche Vertreter aus den Landtagswahlen 2014 gestärkt hervorgingen (Korte et al. 2015: 62). Die von den ostdeutschen Landesvorsitzenden Björn Höcke und André Poggenburg initiierte „Erfurter Resolution“, in der die Ausrichtung der AfD als patriotische Kraft und als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte“ gefordert wurde (Der Flügel 2015a), drängte

*Aufstieg
in der Eurokrise*

*Sturz von
Bernd Lucke*

Lucke in die Defensive. Nach ungeschicktem Taktieren und einer zusehends schrofferen Polarisierung wurde Lucke auf dem turbulenten Essener Bundesparteitag im Sommer 2015 schließlich gestürzt (Amann 2017: 152 ff.). Die Parteiführung übernahmen die sächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende Frauke Petry sowie der damals noch weithin unbekannte Jörg Meuthen aus Baden-Württemberg.

Die Parteispaltung schien den politischen Erfolgslauf der AfD zu beenden. Schon während der Lagerkonfrontation waren die bundesweiten Umfrageergebnisse eingebrochen, eine Vielzahl von Mitgliedern, Funktionären und Mandatsträgern kehrte der Partei den Rücken (vgl. Oppelland 2016). Doch zugleich öffnete sich ein neues politisches Gelegenheitsfenster für die AfD: Nach dem Relevanzverlust der Euro-, Finanz- und der Griechenlandkrise gewann das Thema Asylpolitik bald immens an Bedeutung. Das Konfliktpotenzial dieser Thematik wurde spätestens seit der ab 2010 geführten Sarrazin-Debatte sowie durch den Aufstieg der Pegida-Bewegung ab Herbst 2014 offenbar (vgl. Geiges et al. 2015). Doch erst vor dem Hintergrund des deutlichen Anwachsens der Zahl Asylsuchender ab Sommer 2015 erhielt die „Flüchtlingskrise“ eine gesamtgesellschaftliche und hochgradig polarisierte Relevanz (vgl. Münkler/Münkler 2016: 7 ff.). Dies zeigte sich beispielsweise an öffentlichen Wortmeldungen von Intellektuellen wie Botho Strauß oder Rüdiger Safranski, die angesichts des starken Zuzugs von Flüchtlingen vor gesellschaftlichen Veränderungen und damit verbundenen Gefährdungen des deutschen

*AfD nutzt
„Flüchtlingskrise“*

Nationalcharakters warnten. Peter Sloterdijk forderte die Regierung aus diesem Grund sogar auf, die „Politik der offenen Grenzen“ zu beenden (Kissler/Schwennicke 2016: 21). Auch wenn derartige Forderungen politisch vielfach kritisch kommentiert wurden, spiegelten sie in der Bevölkerung durchaus weit verbreitete Vorstellungen wider. In einer Allensbach-Umfrage aus dem Sommer 2016 etwa gaben 57 Prozent der Befragten an, die deutsche Staatsbürgerschaft mit einem spezifisch deutschen „Nationalcharakter“ zu verbinden (vgl. Petersen 2016).

Die Flüchtlingskrise bot der AfD ein ideales Gelegenheitsfenster, um sich aus ihrer eignen Krise zu befreien. Indem sie die mit den asylpolitischen Entwicklungen verbundenen Ängste, Ressentiments und Kritiken als nahezu einzige Partei offensiv ansprach und weiter anheizte, gelang es ihr, sich abermals als politische Alternative zu den etablierten Parteien zu inszenieren (vgl. Häusler 2016a: 167 f.). Ihre „Herbstoffensive“ genannte Protestkampagne, die unter dem Motto „Asylchaos und Eurokrise stoppen“ stand, erzielte vor allem im Osten der Republik erhebliche Mobilisierungserfolge. Ähnlich ausgerichtet waren die wenig später anlaufenden Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt: Unter dem Dach der populistischen Grundsatzkritik an den herrschenden Eliten profilierte sich die AfD hier einerseits als radikale Kritikerin einer liberal akzentuierten Asylpolitik der Kanzlerin. Andererseits betonte sie eine rechtskonservativ orientierte Gesellschaftspolitik, welche die Themen Sicherheit und Recht, gesellschaftli-

che Ordnung sowie die Forderung nach nationaler Identität und kultureller Gemeinschaft besonders hervorhob und vor allem im Osten eine dezidiert völkisch-nationale Stoßrichtung verfolgte (vgl. Hensel et al. 2016: 45 f.).

2.1.2 Machtkämpfe und Kursuche

Nach dem Abgang Luckes aus der AfD, zu deren prominentestem Gesicht nun Frauke Petry avancierte, vollzog die Partei einen doppelten Wandel. Während sie ihren thematischen Fokus von der Eurokritik auf die Asyl- und Migrationspolitik verlagerte, standen nunmehr auch insgesamt weniger sozioökonomische als vielmehr soziokulturelle Fragen im Vordergrund. Mit diesem neuen Profil erzielte die AfD ab dem Frühjahr 2016 eindruckliche Wahlerfolge in verschiedenen Bundesländern (siehe Abb. 1, Kap. 2.3.2). Kurz darauf zog auch die Bundespartei programmatisch nach und unterstrich in ihrem im April 2016 beschlossenen Grundsatzprogramm eine rechts- bis nationalkonservative Gesellschaftspolitik; dabei stellte sie die Migrationspolitik sowie die grundsätzliche Anklage „des Islams“ ins Zentrum ihrer Agenda (vgl. AfD 2016; Botsch 2016). So postulierte etwa Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch, dass der Islam „an sich eine politische Ideologie [ist], die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist“, ihr Kollege Alexander Gauland sprach von einem „Fremdkörper“ in Deutschland (Wehner 2016).

Obgleich die AfD 2016 von einem Wahlerfolg zum nächsten hechtete, entwickelten sich intern heftige Konflikte. Vor allem Bundessprecherin Petry geriet aufgrund ihres

Führungsstils und -anspruchs sowohl seitens der wirtschaftsliberalen als auch der nationalkonservativen Strömungen in die Kritik (vgl. Amann 2017: 200 ff.). Ihr durch die Wahlergebnisse im Südwesten gestärkter Co-Sprecher Jörg Meuthen versuchte sich zugleich als Kontrahent zu positionieren. Auf dem Stuttgarter Bundesparteitag Ende April überraschte er mit einer aggressiven Polemik gegen das „linksrot-grün verseuchte 68er-Deutschland“ (Hägler 2016), wofür er tosenden Applaus erntete; wenig später präsentierte er sich auf dem von der ostdeutschen Parteirechten organisierten Kyffhäuser-Treffen als konservativ-freiheitlicher Patriot (vgl. Meuthen 2016). Bald spitzte sich der Konflikt deutlich zu: Während Meuthen gemeinsam mit u. a. Alexander Gauland vor Berliner Journalisten die Führungsfähigkeit Petrys bestritt (vgl. Bender et al. 2016), ergriff diese die Gelegenheit des in Baden-Württemberg tobenden Gedeon-Konflikts (siehe Kap. 3.2), um Meuthen als Fraktionschef zu düpieren.

Zudem sah sich die AfD spätestens ab Sommer 2016 mit einer neuen Situation im Parteienwettbewerb konfrontiert. Auch wenn sie ihre rhetorische Kritik an der AfD aufrechterhielten, reagierten etwa die verschiedenen Parteien auf ihre herben Wählerverluste bei den Landtagswahlen mit einem verschärften politischen Kurs vor allem in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik, so dass die AfD partiell ihr neues Alleinstellungsmerkmal als Kritikerin der „Willkommenskultur“ verlor (vgl. Neuerer 2016b). Die AfD wiederum spitzte ihre Forderungen nochmals zu. Alexander Gauland etwa forderte nach teils islamistisch

*Petry vs.
Meuthen*

*Parteien reagieren
auf die AfD*

*Geschichtspolitische
Offensive*

motivierten Anschlägen im Sommer 2016, das „Asylrecht für Muslime“ auszusetzen (o.V. 2016g). Derartige Vorstöße folgten, wie später durch ein internes Parteipapier bestätigt wurde, dem Ziel, „ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt [zu] sein“ (AfD 2017a: 10), um zumindest kurzzeitig öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Zugleich öffnete sich die Partei immer stärker für geschichtsrevisionistische Forderungen, die zwar von Beginn an in der Partei vorhanden waren, nun jedoch zunehmend Raum gewannen. Bereits Ende 2015 hatte Björn Höcke mit Slogans wie „1000 Jahre Deutschland“ (Hurtz 2015) mehr oder weniger offen einen geschichtspolitischen Revisionismus beschworen. Auch in den AfD-Landtagswahlkämpfen Anfang 2016 waren vor allem im Osten geschichtsrevisionistische Forderungen mit einer deutlichen völkisch-nationalistischen Schlagseite präsent (vgl. Hensel et al. 2016: 38). Die bereits dort geäußerte Kritik an der „Verengung der deutschen Erinnerungskultur“ wurde ebenso auf dem Bundesparteitag der AfD in Stuttgart laut (Georgi 2016). Auch im baden-württembergischen Antisemitismus-Skandal spielten geschichtsrevisionistische Positionen eine erhebliche Rolle (vgl. Benz 2016). Mit ihrer Forderung, den Begriff „völkisch“ wieder positiv zu besetzen (Balzli/Kamann 2016), beteiligte sich auch Frauke Petry an der Debatte. Auf einer von der rheinland-pfälzischen Fraktion organisierten Veranstaltung prophezeite sie, dass man „in einigen Jahrzehnten etwas differenzierter argumentieren wird über den Zweiten Weltkrieg, ähnlich wie beim Ers-

ten Weltkrieg nicht nur aus Sicht der Sieger“ (Schröder 2017). Einen Höhepunkt erreichte die Debatte Mitte Januar 2017 schließlich mit der Dresdner Rede von Björn Höcke, in der er das Berliner Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnete und die „dämliche Bewältigungspolitik“ (Höcke 2017) kritisierte.

Während Gauland und Meuthen sich auf die Seite Höckes stellten (vgl. Rahmlow/Balzer 2017), initiierte Petry im Bündnis u. a. mit der baden-württembergischen Spitzenkandidatin Alice Weidel ein Ausschlussverfahren gegen Höcke, das von ihren Gegnern im Bundesvorstand jedoch abgelehnt wurde. Zugleich gewann die strittige Frage nach der Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl an Virulenz. Während Petry als alleinige Spitzenkandidatin antreten wollte, forderten ihre Gegner eine Teamlösung, für die sich Anfang Februar in einer parteiinternen Umfrage auch eine knappe Mehrheit der Mitglieder aussprach (vgl. Weiland 2017). Petry, die zwischenzeitlich mit ihrem Rücktritt drohte und von ihren Gegnern im Bundesvorstand in die Enge getrieben wurde (vgl. Bender 2017b), scheiterte in der Kandidatenfrage schließlich an vielfältigen Widerständen. Auf dem Bundesparteitag Anfang Mai 2017 in Köln lehnten die anwesenden Delegierten sowohl Petrys „Zukunftsantrag“, der sich gegen eine vermeintlich „fundamentaloppositionelle“ Strategie aussprach, als auch ihren Satzungsänderungsantrag ab, der sich gegen eine „rassistische, antisemitische, völkische und nationalistische Ideologie“ wendete (AfD 2017d: 4). Während Petry mit ihrem Versuch einer symbolischen realpolitischen Wende und

politischen Mäßigung der AfD also scheiterte, setzte sich ihr Gegner Alexander Gauland durch, der im Duo mit Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel mit 67,7 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 gewählt wurde.

2.2 Parteiorganisation und politische Führung

Die AfD hat sich im Laufe von nur vier Jahren seit ihrer Gründung auf organisatorischer Ebene außerordentlich rasch entwickelt. Bereits wenige Wochen nach dem Berliner Gründungsparteitag im April 2013 hatten sich die 16 Landesverbände gegründet (vgl. Niedermayer 2015: 184).

2.2.1 Organisationstruktur und -kultur

Mittlerweile hat die Partei auch auf kommunaler Ebene einen fast flächendeckenden Organisationsaufbau vollzogen. Die Mitgliederentwicklung ist ebenfalls von hoher Dynamik gekennzeichnet. Bereits Ende 2013 konnte die AfD über 17.000 Mitglieder verzeichnen. Während deren Zahl 2014 auf knapp über 20.000 stieg, fiel sie im Zuge der Parteispaltung wieder auf etwa 16.000 (Niedermayer 2016), wuchs aber im Laufe des Erfolgsjahrs 2016 wieder auf ca. 26.000 Mitglieder an (o. V. 2016n). Die Binnenstruktur der AfD ist auf Bundes-, Landes- sowie kommunaler Ebene weitgehend konventionell gegliedert. Dennoch reklamiert die AfD für sich, auch in organisatorischer Hinsicht eine Alternative zu den etablierten Parteien darzustellen (vgl. Koschmieder 2016). Hie-

rauf verweisen beispielsweise die variierende Zahl von Parteisprechern auf verschiedenen Vorstandsebenen sowie die unterschiedlichen Formate der Parteitage, die sowohl als Delegierten- oder – wie in Essen 2015 und Stuttgart 2016 – als Mitgliederversammlungen durchgeführt werden. Immer wieder nutzt die AfD das Instrument der Mitgliederumfrage, um wichtige personelle oder programmatische Entscheidungen sowie Lösungen für innerparteiliche Konflikte intern vorzubereiten und abzustimmen.

Die Führungsebene der Bundespartei besteht mit Petry und Meuthen derzeit aus zwei Sprechern, hinzu kommen die drei Stellvertreter Gauland, von Storch und Glaser. Neben den beiden Schatzmeistern gehören zudem sechs Beisitzer zum Bundesvorstand: die Landesvorsitzenden André Poggenburg (Sachsen-Anhalt), Armin Paul Hampel (Niedersachsen) und Georg Pazderski (Berlin) sowie weitere Landesfunktionäre wie Dirk Driesang (Bayern), Alice Weidel (Baden-Württemberg) und Julian Flak (Schleswig-Holstein) – Nordrhein-Westfalen als mitgliederstärkster Landesverband ist im Bundesvorstand nicht vertreten. Daneben existiert der Bundeskonvent, zu dessen Mitgliedern neben dem Schatzmeister vier Personen des Bundesvorstands sowie fünfzig Vertreter der Landesverbände zählen. Seine formalen Aufgaben sind u. a. die Anerkennung von politischen Vereinigungen und die Verteilung der Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung (AfD 2017b).

Über die finanzielle Lage der Partei gibt es kaum offizielle Informationen (vgl. Niedermayer

Rasante organisatorische Entwicklung

er 2015: 185). Die dem Bundestag vorliegenden Rechenschaftsberichte werden für das betreffende Jahr stets erst zwei Jahre später veröffentlicht und ermöglichen bislang nur einen Einblick bis 2014 (vgl. Deutscher Bundestag 2016). Die Lucke-AfD stand im Ruf, vornehmlich von Mittelständlern und Familienunternehmen unterstützt worden zu sein (vgl. Lachmann 2016). Mittlerweile scheint die Partei zunehmend von Kleinspenden zu profitieren. So gelang es der AfD in den letzten beiden Monaten des Jahres 2016, 2,3 Millionen Euro von rund 33.200 Spendern zu sammeln (o.V. 2017a). Immer wieder weisen Medienberichte zudem auf Großspenden sowie andere Formen der finanziellen und logistischen Unterstützung aus dem Ausland hin (vgl. Haupt 2017).

2.2.2 Politische Plattformen

Politische Plattformen und Vorfeldorganisationen dienen dazu, die Interessen bestimmter Gruppen innerparteilich zu bündeln und zu repräsentieren. Bereits kurz nach der AfD-Gründung hat sich im Juni 2013 die *Junge Alternative* (JA) zusammengeschlossen, die jedoch erst im November 2015 offiziell als Jugendorganisation der AfD anerkannt wurde (Jacobsen 2015). Seit 2015 existiert in jedem Bundesland ein JA-Landesverband. Früh positionierte sich die JA – die nach eigenen Angaben aus dem Jahr 2016 über rund 1.000 Mitglieder verfügt (Kluge 2016) – gegenüber ihrer Mutterpartei demonstrativ als rebellische Jugendorganisation. Im Spaltungskonflikt beteiligte sie sich am Aufstand des rechtskonservativen Flügels gegen Parteichef Lucke (Herkenhoff 2016: 211). Im Zuge dieses

Umbruchs wurden „liberale“ bzw. „moderate“ Personen und Funktionäre aus der JA gedrängt (Steffen 2015). Auf ihrem Bundeskongress im Mai 2015 wurden mit Sven Tritschler und Markus Frohnmaier zwei ausgewiesene Lucke-Gegner zu neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Vor allem Frohnmaier, der zwischenzeitlich zugleich als Pressesprecher Frauke Petrys arbeitete, gelang es, die JA nach außen als pragmatisch-moderaten Jugendverband darzustellen und intern zugleich radikalere Mitglieder zu integrieren (vgl. Fiedler 2016). Inhaltlich positioniert sich die JA weiter rechts als die Mutterpartei, agiert provokant und versucht, deren Agenda zu beeinflussen, was sich beispielsweise an der Islamthematik nachvollziehen lässt (Kluge 2016). Zudem lassen sich verschiedene personelle Verbindungen zwischen der JA und rechten Burschenschaften, der Identitären Bewegung sowie anderen Teilen des rechten Milieus feststellen (vgl. Herkenhoff 2016: 201). Die Jugendorganisation stellt derzeit vor allem ein wichtiges personelles Reservoir zur Besetzung der wachsenden Organisation von Partei und Fraktionen der AfD dar (Erk 2017; Erche/Steffen 2017). Vor allem im Osten spielte die JA in vergangenen Landtagswahlkämpfen eine wichtige Rolle bei der Organisation von Veranstaltungen.

Im März 2014 gründete sich mit der *Patriotischen Plattform* (PP) um Hans-Thomas Till Schneider ein formell von der AfD unabhängiger Verein, über den vor allem Funktionäre ostdeutscher Landesverbände versuchten, nationalkonservative und tendenziell nationalrevolutionäre Akzente zu setzen. Zudem wirkt die

*Radikale
Parteijugend*

PP durch vielfältige personelle Verstrickungen als Brücke ins rechte Bewegungsmilieu (vgl. Kemper 2016: 25 f.). Dennoch erscheint diese Plattform in Bezug auf die AfD zusehends als obsolet: Beteiligte sich die PP anfangs noch sehr aktiv und explizit an der Lagerbildung gegen Lucke, hat sich ihre Bedeutung und Aktivität mittlerweile merklich reduziert. Zwar ist die PP auf vielfältige Weise insbesondere mit den ostdeutschen Landesverbänden und Fraktionen der AfD verstrickt, dennoch finden sich kaum mehr Hinweise auf maßgebliche Einflussnahmen der PP auf die Partei. Auch tritt Tillschneider immer seltener öffentlich als PP-Sprecher in Erscheinung; allenfalls nutzt er das Netzwerk der Plattform, um seine Positionen im Landesverband Sachsen-Anhalt durchzusetzen. Durch den fortgesetzten Rechtsrutsch und die Zuspitzung der innerparteilichen Machtkonflikte scheint die PP mittlerweile auch ihre Funktion als Verteidigerin des thüringischen Rechtsauslegers Björn Höcke eingebüßt zu haben. Anfang 2017 hat sich mit der *Freiheitlich Patriotischen Plattform* (FPA) gar eine Konkurrenzplattform gegründet. Initiator Roland Ulbrich begründete diesen organisatorischen Zusammenschluss explizit mit der „Unzufriedenheit“ über die „immer lahmere wirkende Patriotische Plattform“ (Meisner 2017).

Die *Christen in der AfD* (ChrAfD) haben sich 2013 zunächst in Baden-Württemberg gegründet und erst 2015 einen bundesweiten Zusammenschluss gebildet (Jentsch 2015). Die ChrAfD soll über Mitglieder in einer „mittleren dreistelligen Zahl“ (Kamann 2017a) verfügen, die zu rund sechzig Prozent aus Katholiken und darü-

ber hinaus aus Protestanten und Angehörigen der Freikirchen bestehen; ihr Organisationsgrad ist gleichwohl als schwach einzuschätzen. Als bislang einzige regionale Untergliederung hat sich im März 2017 der „Regionalverband Mitteldeutschland“ gebildet (ChrAfD 2017a). Ziel der ChrAfD-Gründung war, die wachsende Unzufriedenheit von AfD-Mitgliedern mit den kirchlichen Institutionen zu bündeln. Inhaltlich sieht sich die ChrAfD als Anwältin eines klassischen Familienbilds; sie kritisiert Abtreibungen, Präimplantationsdiagnostik sowie Sterbehilfe und setzt sich für einen konfessionellen Religionsunterricht ein (ChrAfD 2017b). Ihre Vorsitzende Anette Schultner war gleichzeitig AfD-Wahlkampfleiterin in Schleswig-Holstein. Zum Bundesvorstand der ChrAfD gehört zudem Martina Kempf, die in der Initiative *Aktion Lebensrecht für Alle* (AlfA) sowie im Landesfachausschuss Familie und im Landesschiedsgericht der AfD-Baden-Württemberg aktiv ist. Joachim Kuhs, ebenfalls Vorstandsmitglied der ChrAfD, ist AfD-Listenkandidat für die Bundestagswahl (Platz 14). Politisch kooperiert die ChrAfD u. a. mit der *Initiative Familienschutz*, in der Beatrix von Storch und ihr Ehemann aktiv sind.

Obgleich die AfD anfangs vor allem die Interessen mittelständischer Arbeitgeber zu vertreten suchte, finden sich inzwischen mehrere Vereinigungen zur Bündelung von Arbeitnehmerinteressen, die bislang organisatorisch jedoch schwach aufgestellt sind und nicht von der Mutterpartei anerkannt werden. Gewerkschaftsfunktionäre treten hier bisher nur in Einzelfällen für die AfD an (Randermann 2016).

*Radikale
Christen*

*Interessenvertretung
der Arbeitnehmer?*

2015 gründete sich die Interessengemeinschaft *Arbeitnehmer in der AfD* (AidA) als „Arbeitnehmerflügel“ der Partei (AidA 2016). Unter dem Motto „Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau“ kritisiert AidA die etablierten Gewerkschaften, die für die Arbeitnehmer keine „politische Heimat“ mehr darstellten (AidA 2016: 2). Als Verein, in den nur AfD-Mitglieder eintreten können, hat AidA bislang kaum organisatorische Strukturen entwickelt. Bundessprecher der AidA, deren Zentrale sich in Hamburg befindet, sind derzeit Christian Waldheim und Robert Buck, die zugleich als Ansprechpartner für die norddeutschen Bundesländer fungieren. Es gibt zudem Kontaktpersonen für Brandenburg und Sachsen, breitere organisatorische Strukturen existieren jedoch nicht. Allein Baden-Württemberg hat einen eigenen Landesverband gegründet, dessen Vorsitzende zugleich Mitglieder der JA sind. Nachdem die AidA mit der Ankündigung, mit rund 2.000 Teilnehmern an den 1.-Mai-Kundgebungen 2017 in Hamburg teilnehmen zu wollen, viel Aufmerksamkeit erlangt hatte, sagte sie die Demonstrationsteilnahme aus organisatorischen Gründen kurzfristig ab.

2015 hat sich zudem die *Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer* (AVA) gegründet. Als eingetragener Verein soll die AVA, so Bundesvorsitzender Uwe Witt, Gewerkschaftern und Arbeitnehmern eine Plattform bieten, ohne dass diese notwendigerweise Mitglied der AfD sein müssen (Bensmann 2016). Der Organisationsschwerpunkt der AVA liegt in Nordrhein-Westfalen, wo sie bisher ihren einzigen Landesverband gegründet hat. Witt gilt als An-

hänger des NRW-Vorsitzenden Markus Pretzell und tritt in NRW als Listenkandidat der AfD für die Bundestagswahl 2017 an (AfD-NRW 2017). Außerdem sitzt er im Bundesfachausschuss für Arbeit und Soziales und hat am aktuellen Programmwurf mitgearbeitet (Fiedler 2017b). Öffentliche Aufmerksamkeit erhielt die AVA vor allem durch den Eintritt von Guido Reil, Ratsherr und Betriebsrat aus Essen sowie zuvor 26 Jahre Mitglied in der nordrhein-westfälischen SPD, der in Talkshows versucht, das Thema soziale Gerechtigkeit für die AfD zu besetzen (Fiedler 2017b). In Berlin soll eine Arbeitnehmergruppe der AfD gegründet werden, die sowohl als AidA als auch als AVA-Landesverband fungieren soll (Fiedler 2017a).

Mit der *Alternative Öffentlicher Dienst* (AöD) findet sich eine dritte derartige Vereinigung, die bislang jedoch nur im Raum Aachen agiert. Ihr Sprecher Markus Matzerath tritt auch als Direktkandidat für die AfD an. Im Frühjahr 2017 hat sich zudem der *Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland* (ALARM) gegründet, der bislang nur in Thüringen in Erscheinung getreten und offenbar eng am thüringischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Höcke orientiert ist (Bensmann 2017).

2.2.3 Politische Führung

Im Gegensatz zu den meisten rechtspopulistischen Parteien in Europa konnte die AfD bislang keine stabile Führungsstruktur und -kultur entwickeln (vgl. Decker 2016: 16). Nachdem Frauke Petry sich zunächst u. a. mit Hilfe nationalkonservativer sowie neurechter Kräfte gegen Bernd Lucke durchgesetzt hatte, geriet

sie mit ihren vormaligen Unterstützern bald in heftige Konflikte, so dass sich auf Bundesebene bislang weder eine einzelne Führungsperson oder -gruppe durchsetzen noch ein einheitliches strategisches Zentrum entwickeln konnte, wie es für etablierte Parteien typisch ist (vgl. Jun 2004: 95). Den Bundessprechern Petry und Meuthen mangelt es, anders als Gauland oder Glaser, an längerfristiger parteipolitischer Führungs- oder Organisationserfahrung. Zudem fehlt es den Führungsfiguren im Bundesvorstand an regionalen Hausmächten, wie sie in anderen Parteien üblich sind (vgl. Lösche 2005). Petry (Sachsen) und Gauland (Brandenburg) sind trotz mitgliederschwacher Landesverbände wichtige Figuren in der Partei, während der aus dem mitgliederstarken Baden-Württemberg stammende Co-Sprecher Meuthen seine Ämter in der Landespartei inzwischen niedergelegt hat. Im Bundesvorstand stützt er sich derzeit auf eine Koalition mit den Landesvorsitzenden Gauland, Poggenburg, Hampel und Höcke (Volmer 2017).

Die innerparteilichen Lager, zwischen denen im Jahr 2016 ein fragiles Machtgleichgewicht bestand, schieden sich weniger an inhaltlichen Differenzen (Bollmann/Kloepfer 2017) als vielmehr vor allem an persönlichen Animositäten und Zerwürfnissen sowie strategischen Differenzen. Bis heute herrscht Uneinigkeit über das Oppositionsverständnis, was vor allem für die Frage nach möglichen Koalitions- und Regierungsbeteiligungen relevant ist (Fromm/Boese 2017). Das Petry-Lager reklamiert mit Blick auf die Mobilisierungsfähigkeit der AfD in der bürgerlichen Mitte einen

dezidiert konstruktiv-parlamentarischen Kurs für sich, der eine baldige Regierungsbeteiligung sowie eine erkennbare Distanzierung von rechtsextremen Akteuren und Strukturen anstrebt (Petry et al. 2017). Ihr gegnerisches Lager setzt hingegen vorerst auf eine indirekte Wirkung der AfD auf die etablierten Parteien und betont den Wert innerparteilicher Einheit (am Orde 2017). Während Meuthen und Gauland sich dabei stark an einem parlamentarischen Vorgehen orientieren, vertritt vor allem Björn Höcke ein bewegungsförmiges Parteiverständnis (vgl. Höcke 2015). Zwar schien Petry die Partei nach der Spaltung im Sommer 2015 durch ihre unermüdliche Präsenz auf Parteiveranstaltungen sowie strategische Versuche zur Integration ihrer Gegner hinter sich geschart zu haben (Kamann 2016). Allerdings vereinte das Lager ihrer Gegner weite Teile des Bundesvorstands, eine Reihe ost- wie auch westdeutscher Landesvorsitzender sowie Teile der Bundesgeschäftsstelle hinter sich.

Aus dieser Konfliktstruktur resultierten erhebliche Probleme für die Organisation und politische Führung der Bundespartei. Vor allem der Bundesvorstand verlor durch das beschriebene Patt zwischenzeitlich erheblich an Aktivität und Relevanz (Amann 2017: 201 ff.). Hinzu kommt, dass über die sozialen Medien parteiinterne Kommunikationsräume entstehen, die als Orte der Enthemmung zwar einerseits mobilisierend wirken, andererseits aber auch innerparteiliche Kompromissfindungen erschweren, weil durch diese Parallelität der Lager intermediäre Instanzen kaum aufgebaut werden konnten (vgl. Bender 2017a: 55 f.).

Fragiles Machtgleichgewicht

*Interne Konflikte
blockieren Parteaufbau*

So kritisiert auch ein internes Strategiepapier der AfD, dass die Zusammenarbeit zwischen den Parteebenen „bislang noch nicht systematisch und noch zu wenig organisiert“ sei (AfD 2017a: 14). Infolgedessen bildeten sich verstärkt informelle Strukturen aus. Petry etwa versuchte am Bundesvorstand vorbei „Bypässe“ zu einzelnen Landesvorsitzenden, dem Parteikonvent und der Strategiekommision einzurichten (Amann 2017: 211). Auch der gemeinsame Aufbau einer Parteistiftung wird durch Lagerkonflikte gelähmt. Nachdem zunächst vorgesehen war, die „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ als parteieigene Stiftung anzuerkennen, gründete das Petry-Lager seine eigene Institution, die „Immanuel-Kant-Stiftung“ (Riedel/Pittelkow 2017). Darüber hinaus verlagerten sich Konflikte zunehmend auf andere Ebenen und in andere Strukturen der Partei. Dispute wurden vor allem im Konvent ausgetragen, der auf dem Höhepunkt der Petry-Meuthen-Kontroverse im Sommer 2016 mit 37 zu 11 Stimmen gegen die Einberufung eines Sonderparteitages stimmte (o. V. 2016h). Letztlich können innerparteiliche Konflikte oftmals erst auf den Parteitagen der jeweiligen Organisationsebene ausgefochten werden, wie sich zuletzt an der Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl zeigte.

*Thematische
Verschärfung*

2.3 Politisches Profil und Wählerschaft

Die AfD als eine neue Partei rechts der Mitte (Geiges et al. 2015: 202) integriert seit ihrer Gründung eine Vielzahl von Weltanschauungen, politischen Forderungen und Protestmo-

tiven. Entsprechend breit ist ihre Wählerschaft, deren soziostrukturelle und politische Zusammensetzung sich parallel zur Verschiebung des Kernprofils der AfD gewandelt hat.

2.3.1 Programmatisches Profil

Die programmatische Stoßrichtung der AfD war zunächst eine Melange aus wirtschaftsliberalen und kulturkonservativ-autoritären Positionen (vgl. Niedermayer 2015: 200). Der eklatante Unterschied zwischen der einstigen Lucke- und der gegenwärtigen Petry-AfD liegt weniger in den insgesamt in der Partei vorhandenen weltanschaulichen Elementen als vielmehr in der konkreten und aktuellen thematischen Schwerpunktsetzung. Auch unter der Ägide Petrys spielt die Eurokritik, der unter Lucke eine zentrale Bedeutung zukam, weiterhin eine wichtige Rolle, nur wird diese nicht mehr primär ökonomisch-technokratisch begründet, sondern in ein nationalistisch-autoritäres Konzept eingebunden. Auch die Themen der „Inneren Sicherheit“ und die Migrationspolitik waren bereits bei Lucke von Bedeutung (vgl. Niedermayer 2015: 195), erst unter Petry wurden jedoch rabiate *Law-and-Order*-Forderungen in den Vordergrund gestellt. Vor allem das Feindbild Islam rückte in dem im April 2016 in Stuttgart verabschiedeten Grundsatzprogramm stärker in den Vordergrund (vgl. Botsch 2016: 10). Diese schleichende thematische Verschiebung findet ihren vorläufigen Höhepunkt in der Forderung nach einer „Minuszuwanderung“ und nach der Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, die auf dem Bundesparteitag

in Köln im April 2017 verkündet wurde (Kamann 2017b). Auch in der Sozialpolitik zeigen sich Veränderungen. Obgleich Gauland die AfD immer wieder als „Partei der kleinen Leute“ darzustellen suchte (Bollmann/Kloepfer 2017), ist ihre Sozialpolitik „marktliberal mit spezifischer sozialer Komponente“ (Niedermayer 2017: 46) ausgerichtet. So fordert die AfD zwar einen Mindestlohn und setzt sich für eine längere Bezugsdauer von ALG I ein (Kamann 2017b), lehnt aber eine Veränderung des Renteneinstiegsalters ab und hält an der privaten Rentenabsicherung fest (Wiening 2017) – zudem positioniert sie sich entschieden gegen, in den Worten ihres Bundessprechers Meuthen, jegliche „soziale Vollkasko-mentalität“ (Amann 2016).

2.3.2 Wahlen und Wählerschaft

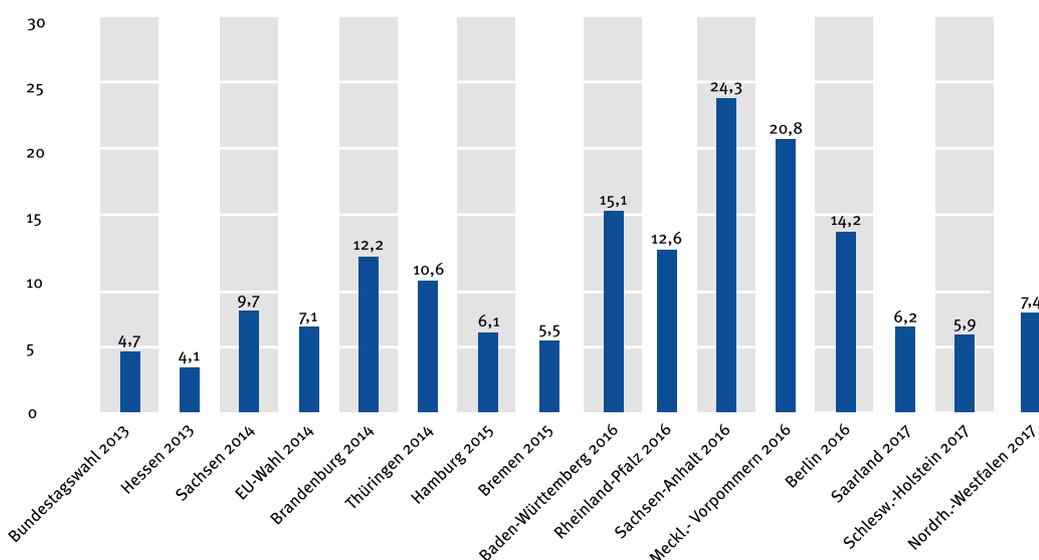
Die elektorale Entwicklung der AfD ist ebenso eindrücklich wie dynamisch. Verfehlte die Lucke-AfD im Jahr 2013 wenige Monate nach ihrer Gründung mit 4,7 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag, gelangen ihr bei den ostdeutschen Landtagswahlen im folgenden Jahr erste, teils überraschend hohe Erfolge, etwa in Sachsen (9,7%), Thüringen (10,6%) und Brandenburg (12,2%). Vor dem Hintergrund des innerparteilichen Machtkonfliktes und der abnehmenden Brisanz der Eurorettungspolitik ließ die Attraktivität der AfD bei Wahlumfragen und Wahlen seit Anfang 2015 merklich nach, wengleich die Partei in Bremen (5,5%) und Hamburg (6,1%) noch in die Landesparlamente einziehen konnte.

*Schwankende
Wahlerfolge*

Abbildung 1:

AfD-Wahlergebnisse 2013-2017 bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen

Zweitstimmen in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Bundes- und Landeswahlleiter

Anziehung auf Nichtwähler

Ihren elektoralen Durchbruch erlangte die AfD erst unter der Führung Frauke Petrys im Kontext der Flüchtlingskrise, die das bestimmende Thema verschiedener Wahlen im Jahr 2016 darstellte (Niedermayer/Hofrichter 2016). Sowohl bei den Kommunalwahlen in Hessen (13,2 %) als auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (15,1 %), Rheinland-Pfalz (12,6 %), Sachsen-Anhalt (24,3 %), Mecklenburg-Vorpommern (20,8 %) und Berlin (14,2 %) erzielte die AfD eindruckliche Ergebnisse. Lediglich bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen (7,8 %) im September 2016 erreichte sie im landesweiten Vergleich eine etwas geringere Zustimmung. Nachdem die Brisanz der Asyl- und Migrationspolitik als allgegenwärtige und gesellschaftspolarisierende Thematik zurückgegangen ist, sind die AfD-Ergebnisse bei den Landtagswahlen im Saarland (6,2 %),

in Schleswig-Holstein (5,9 %) und Nordrhein-Westfalen (7,4 %) merklich abgesunken.

Analog zum programmatischen Profil hat sich auch die Wählerschaft der AfD gewandelt. Nach wie vor ist die soziale und politische Zusammensetzung der AfD-Wähler äußerst heterogen.⁴ Profitierte die AfD bei der Bundestagswahl 2013 von hohen Wählerwanderungen seitens der FDP, bildete zwischenzeitlich die Gruppe der vormaligen Nichtwähler ihr wichtigstes Wählerreservoir. Stellten Letztere bei der Bundestagswahl 2013 nur 10 Prozent der Wählerschaft der AfD, ist ihr Anteil 2016 bis auf den Wert von 37 Prozent bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt angewachsen (Niedermayer/Hofrichter 2016: 277). 2017 ist die Anziehungskraft der AfD auf Nichtwähler jedoch deutlich eingebrochen. Bei den jüngsten Landtagswahlen in NRW machten vorma-

Tabelle 1:

Wählerwanderung zur AfD bei den Landtagswahlen 2016-2017

	Baden-Württt. 2016	Rheinl.-Pfalz 2016	Sachsen-Anhalt 2016	Meck.-Vorp. 2016	Berlin 2016	Saarland 2017	Schlesw.-Holstein 2017	NRW 2017
CDU	190.000	50.000	38.000	22.000	39.000	4.000	11.000	50.000
SPD	90.000	37.000	20.000	15.000	24.000	3.000	5.000	60.000
Grüne	70.000	5.000	3.000	3.000	4.000	0	1.000	10.000
FDP	18.000	8.000	6.000	0	4.000	0	3.000	30.000
Linke	22.000	12.000	28.000	16.000	12.000	4.000	0	10.000
Andere	151.000	45.000	54.000	22.000	58.000	11.000	45.000	300.000
Nichtwähler	209.000	80.000	101.000	55.000	69.000	8.000	11.000	120.000

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Infratest dimap

4 Nachfolgende Angaben beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf Daten von Infratest Dimap, vgl. www.wahltagesschau.de.

lige Nichtwähler nur noch rund 20 Prozent, in Schleswig-Holstein sogar nur 13 Prozent der AfD-Wählerschaft aus. Hinzu kommen hohe Anteile ehemaliger Wähler „sonstiger Parteien“, die seit 2016 fast durchgängig ca. 20 Prozent der AfD-Wählerschaft, bei den letzten beiden Landtagswahlen sogar rund 50 Prozent ausmachten. In diesem Wählersegment verfügt die AfD derzeit offenbar über ein wachsendes, auf Dauer jedoch stark begrenztes Potenzial.

Somit gelingt es der AfD einerseits, in erheblichem Maße parlamentarisch zuvor nicht repräsentierte Wähler zu integrieren, andererseits gewinnt sie ebenso Wähler von allen etablierten Parteien – allerdings in unterschiedlichem Maße: Während die AfD 2016 auch zahlreiche vormalige Anhänger linker Parteien für sich gewinnen und dabei insbesondere der Linkspartei überdurchschnittlich viele Wähler abspenstig machen konnte, erhielt sie die Masse ihre Stimmen in erster Linie von ehemaligen CDU-Wählern (vgl. Niedermayer/Hofrichter 2016: 273 ff.). Dementsprechend formulierte die AfD in ihrem Strategiepapier für die Wahlkämpfe 2017 zugespitzt, dass die Christdemokratie der „größte und wichtigste Konkurrent“ (AfD 2017a: 20 ff.) sei. Bei der jüngsten Wahl in NRW allerdings ist der Zufluss von CDU-Wählern jäh eingebrochen und liegt mit dem Zufluss vonseiten der SPD in etwa gleichauf.

Auch das soziale Profil der AfD-Wähler ist divers. Tendenziell wählten bei den vergangenen Wahlen etwas mehr Männer als Frauen die Partei; überdurchschnittlich hohen Zuspruch erhielt sie in der Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen. Votierten im Jahr 2013 noch stark

Personen mit hohem Bildungsniveau für die AfD, stellten in den Folgejahren diejenigen mit mittleren Bildungsabschlüssen die größte Gruppe der AfD-Wähler dar (Niedermayer/Hofrichter 2016: 271). Innerhalb der Anhängerschaft der AfD bilden die Angestellten im Wahljahr 2016 die deutlich größte Berufsgruppe (ebd.: 272). Zugleich wuchs die Resonanz der Partei in den – bezogen auf die Gesamtbevölkerung deutlich kleineren – Gruppen der Arbeiter und Arbeitslosen. Während die AfD bei den Landtagswahlen 2016 in diesen Wählergruppen fast ausnahmslos zur stärksten Kraft avancierte, hat sie diese Führungsposition bei den jüngsten Landtagswahlen wieder eingebüßt. Unter Gewerkschaftsmitgliedern hat die AfD bei den Wahlen im Jahr 2016 durchweg leicht überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt (vgl. DGB 2017). Überdies wird sie häufiger von Konfessionslosen als von Konfessionellen gewählt. Innerhalb dieser Gruppe ist sie wiederum vor allem bei kirchenfernen Katholiken sowie kirchennahen Protestanten populär. Während Erstere der AfD vor allem aus einem klassisch-katholischen „Ordnungs- und Autoritätsdenken“ zuzuneigen scheinen, spielt bei Letzteren die relativ hohe Zahl von Evangelikalen unter aktiven protestantischen Kirchgängern eine Rolle (Püttmann 2017: 49 f.).

Die Einstellungen und Wahlmotive der AfD-Wähler spiegeln sowohl eine aktuelle als auch eine grundsätzliche politische Unzufriedenheit wider. Eine große Mehrheit der AfD-Anhänger schätzte 2016 zwar sowohl die eigene als auch die allgemeine wirtschaftliche Lage aktuell als positiv ein, befürchtete jedoch in beiden

*Heterogene
Wählerschaft*

Fällen zukünftig deutliche Verschlechterungen (vgl. Bergmann et al. 2017: 63). Überdies geben AfD-Wähler an, die Partei vor allem wegen Sachfragen und weniger aufgrund einzelner Spitzenpersonen gewählt zu haben. Als wahlentscheidendes Thema im Jahr 2016 stand bei ihnen klar die Asylpolitik Angela Merkels im Vordergrund, die als grundlegender Fehler wahrgenommen und mit Befürchtungen von steigender Kriminalität, sozialem Abstieg und kultureller Entfremdung verknüpft wurde. Auch bei der Wahl in NRW war das Thema „Flüchtlinge und Zuwanderer“ für AfD-Wähler weiterhin wahlentscheidend. Überdies lässt sich unter AfD-Wählern eine weit überdurchschnittlich ausgeprägte grundsätzliche politische Unzufriedenheit erkennen. Im Zuge der Landtagswahlen 2016 gaben bis zu achtzig Prozent der AfD-Wähler an, mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden zu sein. Rund zwei Drittel bekundeten jedoch, die AfD vor allem aus Enttäuschung über die etablierten Parteien und nicht aus Überzeugung gewählt zu haben.

Insgesamt ist der Petry-AfD vor dem Hintergrund der asylpolitischen Polarisierung des Jahres 2016 das Kunststück gelungen, mit hohem Erfolg verschiedenste Wählergruppen an-

zusprechen. Grundlegend nützte der AfD dabei die Repräsentationslücke, die durch die gegenseitige Annäherung der großen Volksparteien im bundesdeutschen Parteiensystem aufgerissen ist: Indem die SPD seit der Ära Schröder in sozioökonomischen Fragen marktnäher und die CDU unter Merkel in soziokulturellen Fragen zusehends liberaler geworden ist, findet sich ein beträchtliches Reservoir parteipolitisch enttäuschter sowie ungebundener Wähler mit traditionalistischen Einstellungen (vgl. Mielke 2016: 9 ff.). Die Flüchtlingskrise bot der AfD die Gelegenheit, diese disparaten Gruppen mittels des mobilisierungsstarken Themas der Asylpolitik, ihrer populistischen Grundsatzkritik am politischen Establishment sowie ihrer gesellschaftspolitisch traditionalistisch-rechtskonservativen Positionen abzuholen (vgl. Botsch 2016: 9). Auf diese Weise verfügt die AfD einerseits vorerst über ein erhebliches Wählerpotenzial, andererseits ist dieses stark von situativen Konfliktstrukturen und Stimmungen abhängig – wie die deutlich niedrigeren Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen im Jahr 2017, nachdem sich der asylpolitische Furor zumindest vorerst gelegt hatte, bereits gezeigt haben.

3 Die AfD in Baden-Württemberg

3.1 Landesverband, Wahlkampf und Wähler

Der im April 2013 gegründete AfD-Landesverband Baden-Württemberg (AfD-BW) hat innerhalb der Gesamtpartei erst verhältnismäßig spät eine wichtigere Rolle eingenommen. Heute gliedert sich der Verband in 44 Kreisverbände (vgl. AfD-BW 2017c) und stellt mit rund 3.750 Mitgliedern derzeit den zweitgrößten Landesverband (AfD-BW 2017a). Als offizielle Jugendorganisation wurde 2014 die *Junge Alternative* (JA) anerkannt. In ihrer Frühphase unter der Führung des Vorsitzenden Bernd Kölmel war die AfD-Baden-Württemberg zunächst merklich durch ehemalige Mitglieder von CDU und FDP geprägt. Auch die vergleichsweise gut situierten und von besonderem basispartizipatorischem Eigensinn geprägten Mitglieder im Südwesten entwickelten eine deutliche Aversion gegen Luckes Führungsstil, so dass die Erfurter Resolution auch hier als Spaltkeil wirkte (vgl. Ruf 2015): Immerhin 6 der 14 Mitglieder des im Juli 2015 neu gewählten Landesvorstandes sowie weitere prominente Funktionäre unterzeichneten das Papier (vgl. Der Flügel 2015b),⁵ während Kölmel und andere Lucke-Anhänger die Partei verließen.

Damit verschob sich auch im Südwesten die politische Tektonik: Sowohl wirtschafts- und nationalliberale als auch (neu)rechte, nationalistische sowie antisemitische Kräfte sammelten sich unter dem Dach einer natio-

nal- und kulturkonservativen Gesellschaftspolitik. Im Zuge der Parteispaltung verlor die AfD-Baden-Württemberg etwa 20 Prozent ihrer Mitglieder und mit diesen erheblich an Ressourcen, Kompetenz und Prominenz (vgl. Hensel et al. 2016: 13 f.); auch etliche der 2014 gewonnenen Kommunalmandate gingen verloren. Dennoch ermöglichten die Neuwahlen des Landesvorstands im Sommer 2015 eine Erneuerung des Nimbus der AfD als Akademiker- und Professorenpartei, indem das Gremium mit einem überaus honorigen Trio besetzt wurde: Lothar Maier, emeritierter Hochschulprofessor für Verbraucherpolitik und ehemaliges SPD-Mitglied, Bernd Grimmer, promovierter Wirtschaftswissenschaftler und Regionalpolitiker aus Pforzheim, sowie Jörg Meuthen, Hochschulprofessor für Finanzwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Vor allem Letzterer galt als integres und „bürgerliches Gesicht der AfD“ (Müller 2016). Obgleich er dezidiert auf sein konservatives Gesellschaftsbild hinwies, distanzierte er sich zunächst noch von der Rhetorik Björn Höckes, vermied als Bundesvorsitzender gleichwohl die Konfrontation mit der ostdeutschen Parteirechten.

Der asylpolitischen Fokussierung im Zuge der „Herbstoffensive“ folgte die AfD-Baden-Württemberg zunächst zaghaft. Im Programm „Für unser Land – für unsere Werte“ (AfD-BW 2015) spielte das Thema Asyl zwar durchaus eine wichtige, jedoch keine dominante Rolle. Vielmehr präsentierte die AfD insgesamt eine

⁵ Hierzu gehörten: Bernd Grimmer, Christina Baum, Rüdiger Klos, Alfred Bamberger, Markus Frohnmaier, Carola Wolle. Aus den Reihen der späteren Landtagsfraktion unterzeichneten zudem Heinrich Fiechtner, Bernd Gögel, Heinrich Kuhn, Stefan Räßle und Udo Stein die Resolution.

breite Agenda, die zwischen wirtschaftspolitischem Liberalismus und gesellschaftspolitischem Rechtskonservatismus changierte (vgl. Hensel et al. 2016: 16 f.). Die AfD-Baden-Württemberg inszenierte sich als Patronin eines vielfältig bedrohten Bürgertums wie auch als Partnerin des wirtschaftlichen Mittelstands, forderte Steuersenkungen sowie die verschärfte Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Im Wahlkampf profitierte die AfD-Baden-Württemberg von ihrer vergleichsweise weit entwickelten Organisationsstruktur (vgl. ebd.: 12). Auf den vielen gut besuchten Wahlkampfveranstaltungen offenbarte sie ein durchaus feines Sensorium für regionale Konfliktlagen und milieuspezifische Haltungen und Erfahrungen. Selbstgewiss präsentierte die AfD-Baden-Württemberg sich als Nachfolgerin einer ideologisch entkernten Merkel-CDU, während sich ihre Vorsitzenden bemühten, politische Ausfälle und Grenzüberschreitungen radikaler Kandidaten zu moderieren (vgl. Neuerer 2016a). Mit ihrer offensiven Kritik von „Asylchaos“, „Willkommensdiktatur“ und „Einwanderungswahn“ (AfD-BW 2015: 18) gelang es der AfD-Baden-Württemberg, den Asylkonflikt zu polarisieren. Die spätere Mandatsträgerin Carola Wolle etwa prangerte auf Facebook die „beharrliche Humanitätsduselei“ an, die einer wirksamen „Bekämpfung der Migrationswaffe“ im Wege stehe (Bähr 2016). Zugleich stilisierte sich die AfD als einzig demokratische Alternative zu den etablierten Parteien und warnte, in Anlehnung an eine u. a. von „Compact“-Chef Jürgen Elsässer und dem neurechten Intellek-

tuellen Götz Kubitschek ins Leben gerufene sogenannte „Ein Prozent-Initiative“, vor einem drohenden Wahlbetrug (Böhm 2016).

Wie bereits im Jahr 2011 erbrachten auch die Landtagswahlen am 13. März 2016 spektakuläre Ergebnisse (vgl. Gabriel/Kornelius 2016). Die Grünen übertrafen ihren Wahlerfolg von 2011 deutlich und wurden mit 30,3 Prozent stärkste Kraft. Die CDU hingegen verzeichnete herbe Verluste und erzielte mit 27 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis im Südwesten. Mit 12,7 Prozent (–10,4 %) endete die Wahl auch für die SPD in einem Desaster. Während der FDP mit 8,3 Prozent der Einzug in den Landtag mühelos gelang, verpasste Die Linke diesen mit 2,9 Prozent deutlich. Für Furore sorgte jedoch vor allem die AfD: Mit 15,1 Prozent erzielte sie für Westdeutschland ein Rekordergebnis und wurde in 53 der insgesamt 70 Wahlkreise drittstärkste Kraft. Überdies erlangte sie mit 23 Prozent im sozialdemokratisch geprägten Wahlkreis Mannheim 1 und mit 24,2 Prozent im zuvor CDU-dominierten Wahlkreis Pforzheim sogar zwei Erstmandate. Mit 23 Mandaten rückte die AfD damit zur drittstärksten parlamentarischen Kraft im Land auf, während CDU und SPD zusammen 34 Sitze verloren. Als stärkste Oppositionskraft stand die AfD damit der sich bald ankündigenden grün-schwarzen Regierungskoalition unter der Führung Winfried Kretschmanns gegenüber.

Im Detail zeigten sich deutliche regionale Differenzen der Ergebnisse der AfD-Baden-Württemberg, die zwischen 7 und 24,2 Prozent schwankten (vgl. folgend Infratest dimap 2016a: 87). So zeichnete sich ein merkliches

*Wahlkampf
wider das „Asylchaos“*

Nord-Süd-Gefälle ab: Unterdurchschnittlich fielen die Ergebnisse vor allem in südlichen Regionen aus, in denen sowohl CDU als auch Grüne traditionell über Hochburgen verfügen. Auch in den Großstädten konnte die AfD im Schnitt nur 13,5 Prozent erreichen. Überraschend hohe Ergebnisse erlangte sie in den nördlichen Regionen sowie in einzelnen Großstädten wie Mannheim (18,2%), Heilbronn (18,2%) oder Pforzheim (24,2%). Diese rahmen zugleich den regionalen Hochburgenkorridor, der sich vom Nordschwarzwald nördlich bis zum Rhein-Neckar-Kreis zieht und sich nordöstlich bis zur Region Heilbronn-Franken erstreckt. Hier fanden sich die 15 stärksten Wahlkreise der AfD, die sich um sogenannte Große Kreisstädte wie etwa Backnang, Bretten, Eppingen gruppieren. Die regionalen Wahlergebnisse der AfD verweisen damit auf überkommene rechte Wählertraditionen im Südwesten. Wie schon bei den Republikanern in den 1990er Jahren zeigten sich Hochburgen in vom Strukturwandel betroffenen Gebieten sowie in Regionen, die teils stark vom protestantischen Pietismus geprägt sind (vgl. Eith 2003: 255 f.). Nachvollziehen lässt sich dies beispielsweise an der AfD-Hochburg Pforzheim, die nach dem Niedergang ihrer Uhren- und Schmuckindustrie die Arbeitslosenstatistik von Baden-Württemberg seit Jahren anführt. Im dortigen sozial schwachen und stark von Russlanddeutschen bewohnten Stadtteil Haidach erlangte die AfD

ein Spitzenergebnis von fast 44 Prozent (Binkowski 2016a).⁶

3.2 Profil und Entwicklung der Fraktion

Die AfD-Fraktion verkleinerte sich in den ersten neun Monaten im Parlament infolge von Austritten von 23 auf 21 Mitglieder. Deren Profil zeigt einige Auffälligkeiten. Wie auch in anderen AfD-Fraktionen ist erstens ein starker Männerüberhang festzustellen: 19 Männer stehen aktuell nur 2 Frauen gegenüber. Mit einem relativ hohen Durchschnittsalter von 53,8 Jahren wird die AfD-Fraktion zweitens von Angehörigen der Babyboomer-Generation dominiert (vgl. Stuttgarter Landtag 2017): Obgleich sie mit dem 1992 geborenen Stefan Herre den jüngsten Abgeordneten stellt, sind nur fünf von ihnen jünger als 50 Jahre. Drittens weisen die AfD-Abgeordneten relativ erfolgreiche Bildungs- und Berufskarrieren auf (vgl. Kürschners Volkshandbuch 2017). 11 der 21 Fraktionsmitglieder haben studiert, 7 von ihnen haben zudem eine Promotion abgeschlossen; ungewöhnliche Bildungskarrieren oder abrupte Brüche in den Erwerbsbiografien finden sich dagegen kaum.⁷ Vom im Landtag feststellbaren Trend eines Überhangs von Beschäftigten im öffentlichen Dienst (vgl. Obrecht/Haas 2012: 82) weicht die AfD-Fraktion deutlich ab. Vielmehr finden sich zwei etwa gleich große Gruppen von vormaligen Angestellten und Selbst-

*Situierte
Abgeordnete*

⁶ Ähnlich hohe Ergebnisse und ähnliche sozialstrukturelle Muster lassen sich auch in Mannheim sowie den Großen Kreisstädten Nürtingen, Rastatt oder Villingen-Schwenningen finden.

⁷ Ausnahmen stellen der gelernte Konditor und zuletzt als „Hypno-Coach“ tätige Stefan Räßle sowie der ehemalige Buchhändler Daniel Rottmann dar.

ständigen, unter denen kaufmännische und betriebswirtschaftliche Berufserfahrungen besonders häufig vorhanden sind.

Abweichend vom typischen Profil des Landesparlamentariers (vgl. Patzelt 2006: 111 f.), haben sich die AfD-Abgeordneten überwiegend erst im letzten Drittel ihrer Berufskarriere der aktiven Politik zugewandt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Emil Sänze etwa trat nach einer beruflichen Karriere als Betriebswirt bei der BMW-Bank als Pensionär in die AfD ein, wo er sich als Kreisverbandssprecher u. a. für Verkehrspolitik engagierte (Vinci/Schickle 2015). Parteipolitische Vorerfahrungen weisen nur wenige AfD-Parlamentarier auf: Klaus-Günther Voigtmann war in den 1970er Jahren SPD-Mitglied, Bernd Gögel und Rainer Balzer über Jahre in der CDU. Parteipolitisch wechsellvoll zeigt sich Bernd Grimmer, der vor seinem AfD-Engagement in der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“, bei den Südwest-Grünen und den Freien Wählern aktiv war (vgl. Binkoswki 2016a). Zahlreiche Abgeordnete begannen ihre parteipolitische Tätigkeit hingegen erst mit der AfD. Lars Patrick Berg, Heinrich Fiechtner oder Jörg Meuthen übernahmen früh Funktionen im Landesvorstand, während sich Grimmer, Wolle oder Balzer zunächst auf Kreisebene engagierten, auf der aktuell eine Mehrheit der Fraktionskollegen leitende Funktionen innehat. Auch parlamentarische Erfahrungen waren kaum vorhanden: Nur die vier AfD-Abgeordneten Thomas Palka, Heiner Merz, Heinrich Fiechtner und Bernd Grimmer hatten ihre Partei vor dem Einzug in den Landtag bereits auf kommunaler Ebene vertreten.

Nach der Wahl musste die neue AfD-Fraktion personelle, logistische und organisatorische Strukturen aufbauen. Da sich die Zusammensetzung der Fraktion aufgrund des baden-württembergischen Wahlrechts, das ohne Landeslisten auskommt (vgl. Obrecht/Haas 2012: 80), erst am Wahlabend entschieden hatte, mussten sich die gewählten Abgeordneten zum Teil zunächst kennenlernen und als Gruppe strukturieren. Auch gemeinsame Positionen, gerade zwischen moderateren und radikaleren Abgeordneten, waren hinter „verschlossenen Türen“ erst auszuhandeln (Krohn/Fuchs 2016). Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Spitzenkandidat Jörg Meuthen, zu seinen Stellvertretern Rainer Balzer und Emil Sänze gewählt. Zum politischen Geschäftsführer wurde Bernd Grimmer, zum parlamentarischen Geschäftsführer Joachim Kuhs bestimmt. Ebenso verteilten sich die Abgeordneten auf die Gremien der parlamentarischen Selbstverwaltung sowie auf Ausschüsse, wobei es später zu kleinen Änderungen kam. Mit Baron, Klos und Meuthen sind derzeit drei AfD-Fraktionäre Mitglied im Landtagspräsidium. Zudem gehören die stellvertretenden Vorsitzenden in den Ausschüssen „Verkehr“, „Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau“ sowie im Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ der AfD an. Lediglich im Wahlprüfungsausschuss stellt die Fraktion mit Daniel Rottmann den Vorsitzenden.

Die Postenbesetzung spiegelte damit insgesamt die Lagertektonik der Landespartei. Der Fraktionsvorsitzende Meuthen repräsentierte zunächst noch klar das moderate wirtschafts- und nationalliberale Lager, wobei er

Geringe politische Erfahrung

von seinem Landessprecher Maier sowie vom Abgeordneten Berg unterstützt wurde; der parlamentarische Geschäftsführer und Landessprecher Grimmer vertrat gemeinsam mit dem Fraktionskollegen Sänze das nationalkonservative Lager, das mit den Abgeordneten Baum, Wolle und Klos ebenfalls einen Teil des Landesvorstands stellte. Meuthens um Differenz, rhetorische Mäßigung und Ironie bemühter Stil stand dabei anfangs im schroffen Gegensatz zu radikaleren Mandatsträgern. In seiner Position als Bundes- und Landessprecher wurde seine Führungsrolle zwar akzeptiert, dennoch haften ihm weiterhin das Image des wirtschaftsliberalen und „freundlichen Professors“ an (Krohn/Fuchs 2016). Meuthens mangelnder Rückhalt zeigte sich auch auf dem AfD-Landesparteitag Ende April 2016, bei dem er dann den anwesenden Mitgliedern ausdrücklich versichern musste, dass seine „politische Heimat“ auch tatsächlich die AfD sei (Krohn 2016b).

Im Spannungsfeld der politischen Heterogenität der Abgeordneten, ihrer teils resoluten Eigenständigkeit sowie Meuthens fragiler Autorität deutete sich früh ein erhebliches Konfliktpotenzial an, das überraschend schnell detonierte. Parallel zur Regierungserklärung der grün-schwarzen Koalition schlitterte die AfD in eine Affäre um ihren Abgeordneten Wolfgang Gedeon. Diesem wurde vorgeworfen, in verschiedenen Publikationen antisemitische und verschwörungstheoretische Positionen vertreten zu haben (Pfahl-Traugber 2016). Bundesweite Empörung erzeugten vor allem Gedeons

Bezugnahmen auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ sowie seine Einordnung von Neonazis wie Horst Mahler und Holocaustleugnern wie Ernst Zündel als politische „Dissidenten“ (Ruf 2016a). Schnell entwickelte sich der Fall zur Bewährungsprobe für die politische Führung des Fraktionschefs Meuthen, der mit Unterstützung u. a. des Bundesvorstands einen Ausschluss Gedeons zu organisieren versuchte (Bender/Soldt 2016a). Obgleich Meuthen sogar sein Amt mit der Entscheidung verknüpfte (Ruf 2016b), formierte sich ein achtköpfiges Lager, dessen Mitglieder für sich reklamierten, „die Meinungsfreiheit über die politisch korrekte Ausdrucksweise“ zu stellen, und Meuthen für sein Vorgehen heftig kritisierten (Krohn 2016c). In einer Kampfabstimmung kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit schließlich nicht zustande, woraufhin Meuthen mit zwölf weiteren Abgeordneten aus der Fraktion austrat und die Neugründung einer Fraktion namens „Alternative für Baden-Württemberg“ (ABW) ankündigte.⁸ Auch wenn die eilig nach Stuttgart gereiste Frauke Petry Gedeon dazu bewegen konnte, die Fraktion freiwillig zu verlassen, war die Spaltung der AfD-Fraktion vollzogen (Ruf 2016c).

Medien und politische Konkurrenz reagierten mit Spott und Häme, hinzu kamen organisatorische Rückschläge. Eine Reihe von Mitarbeitern verweigerte Abgeordneten, „die Antisemitismus dulden, goutieren oder für machttaktische Erwägungen benutzen“, ihre Unterstützung (Wetzel 2016b); Fraktionsge-

Fraktionsspaltung nach Gedeon-Konflikt

⁸ Zu dieser lief wenig später noch Rainer Balzer über, in der „Rumpf-AfD-Fraktion“ verblieben die Abgeordneten Merz, Grimmer, Sänze, Klos, Baum, Gögel, Räßle und Stauch.

„Macht der
Doppelfraktion“

Fragile Führung
Meuthens

schäftsführer Kuhs gab seine Position ebenfalls konsterniert auf. Auch in der Landespartei vollzog sich entlang der Gedeon-Frage ein Riss, der den Landesvorstand zwischenzeitlich lähmte (Bender/Soldt 2016b). Während sich die Prüfung der juristischen Zulässigkeit einer Fraktionsneugründung bis Ende Juli zog (Reiners 2016b), kritisierten die etablierten Parteien die resultierenden parlamentarischen Handlungsmöglichkeiten der AfD scharf (vgl. Pörtner et al. 2016). Zugleich begannen auf Druck der Landespartei – deren Kreissprecher am politisch blockierten Landesvorstand vorbei vehement eine Wiedervereinigung forderten (Krohn 2016d) – interne Annäherungsversuche, für die später sogar ein Mediator engagiert wurde. Schwierig stellte sich die Situation vor allem für Meuthen dar, für dessen ABW-Fraktion sich keine eigenständige Perspektive eröffnete, während er zugleich im Zugzwang stand, sich wie angekündigt von jeglichem „Antisemitismus, Rassismus und Extremismus“ zu distanzieren (Wehaus 2016). Noch Ende Juli 2016 insistierte er: „Ich werde mit Sicherheit nicht mein Gesicht für eine Partei hergeben, die in den Extremismus ableitet. Meine Aufgabe ist, genau das zu verhindern. Wenn das misslingt, ist der Zeitpunkt gekommen, um nach Hause zu gehen. Ich sehe das aber nicht misslingen“ (Stifter 2016).

Während der Prozess der Wiederannäherung bewusst langsam vollzogen wurde, um die aus der Spaltung resultierenden parlamentarischen Vorteile aufrechtzuerhalten (Soldt 2016c), gaben sich vor allem Vertreter der Rumpf-AfD „glücklich zerstritten“ (Wehaus/Mayer 2016). Gemeinsam mit einzelnen ABW-Abgeordneten brachten sie eine Reihe von Profilprojekten voran, wie die Gesetzesinitiative zum „Burka-Verbot“ (Drs 16/478)⁹ sowie den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Thema Linksextremismus (Drs 16/423). Die Nutzung der überhaupt erst aus der Spaltung hervorgegangenen „Macht der Doppelfraktion“ (Soldt 2016b), um sich des kraftvollen parlamentarischen Instruments des Untersuchungsausschusses zu bemächtigen, zeugte fraglos von strategischer Chuzpe.¹⁰ Nach wochenlanger Zerstrittenheit demonstrierte die AfD damit erstmals wieder Einigkeit und Handlungsfähigkeit.

Beide Fraktionen einigten sich Mitte September auf eine Wiedervereinigung (Reiners 2016c), die am 11. Oktober vollzogen wurde. Auch wenn Meuthen erneut den Vorsitz erlangte,¹¹ wurde seine innerfraktionelle Position abermals geschwächt und seine Kompetenzen durch eine Satzungsänderung beschnitten (Soldt 2016d). Politisch ging die AfD-Fraktion jedoch in die Offensive. Direkt nach der par-

⁹ Die im Folgenden zitierten Dokumente können unter den angegebenen Kürzeln in der Parlamentsdokumentation OPAL des Stuttgarter Landtags online eingesehen werden, vgl. <http://www.statistik-bw.de/OPAL/>.

¹⁰ Dabei nutzte die AfD eine 1992 zur Stärkung der Opposition eingeführte Regelung, welche die Beantragung eines Untersuchungsausschusses durch zwei Fraktionen auch dann erlaubt, wenn deren Abgeordnete weniger als ein Viertel der Abgeordneten des Landtags stellen. Dabei wurde offen gelassen, ob die beiden Fraktionen einer oder verschiedenen Parteien angehören, woraus die für die AfD im Jahr 2016 nutzbare Lücke entstanden war (Ruf 2016d).

¹¹ Zu seinen Stellvertretern wurden seine ehemaligen Kritiker Sänze, Klos und Podeswa, zum parlamentarischen Geschäftsführer Anton Baron gewählt.

lamentarischen Sommerpause kam es im Landtag zu einer heftigen Debatte über die inhaltliche Stoßrichtung und Rechtmäßigkeit des AfD-Antrags auf einen Untersuchungsausschuss „Linksextremismus“, der zur Prüfung an den ständigen Ausschuss überwiesen wurde (Mayer 2016). Die AfD-Fraktion nutzte die von ihr herbeigeführte Situation effektiv zur Provokation und forderte überdies die Einsetzung einer Enquetekommission zum Thema „Islamismus“. Während die AfD-Fraktion im Parlament merklich offensiver agierte, trat im Vorfeld des Landesparteitags ein völkisch-nationales Lager namens „Freundeskreis des Erfurter Flügels“ in Erscheinung und positionierte seine Kandidaten für die Bundestagsliste der Südwest-AfD (Binkowski 2016b).

Neuerliche interne Auseinandersetzungen entzündeten sich am AfD-Abgeordneten Stefan Räßle, der in einer Parlamentsdebatte Mitte November mehrmals das Wort „Volksverräter“ verwendet hatte, wofür er einen Ordnungsruf erhielt (PlPr 16/17). Anschließend soll es gar zum handgreiflichen Eklat zwischen Räßle und seinem Fraktionskollegen Stefan Herre gekommen sein (Krohn 2016e). Gemäßigte Kräfte beklagten eine „sehr angespannte“ Stimmung in der Fraktion sowie Auseinandersetzungen zwischen konstruktiv-sachorientierten und fundamentaloppositionellen Kräften (vgl. Korf 2016). Zwar wies die Fraktionsführung alle Vorwürfe zurück und warf der politischen Konkurrenz „Diskriminierung und Hetze“ vor (AfD-BW 2016b). Doch bereits kurz vor Weihnachten gab mit Claudia Martin die nächste AfD-Abgeordnete ihren Austritt bekannt (Reiners 2016d),

wobei sie ihrer Fraktion einen zunehmend systemfeindlichen Kurs, starke Tendenzen zu rechtsextremen Auffassungen sowie eine ständige Skandalisierung des Flüchtlingsthemas vorwarf (Soldt 2016e). Wenig später verkündete der Abgeordnete Kuhn – allerdings aus Altersgründen – seinen Rückzug aus der Fraktion. Sein Mandat wurde vom AfD-Politiker Klaus Dürr übernommen.

Weitere Konflikte entzündeten sich im neuen Jahr. Anfang Januar beschlossen die Abgeordneten zwei Änderungsanträge für die Haushaltsberatungen, die eine Streichung von Fördergeldern für die NS-Gedenkstätte im französischen Gurs sowie die „Förderung eines ausgeglichenen Geschichtsbildes“ forderten (Soldt 2017a). Als diese Anträge – wenige Tage nach der geschichtsrevisionistischen Rede Björn Höckes in Dresden – in die Haushaltsberatungen eingebracht wurden, schlug der Fraktion bundesweite Kritik entgegen (Rauch 2017). Auch intern kam es zu Widerständen: Die Abgeordneten Berg, Fiechtner und Herre lancierten einen offenen Brief, in dem sie ihre Fraktionskollegen zur Rücknahme des Gurs-Antrags aufforderten (AfD-BW 2017f). Fiechtner, der im Zuge anderer interner Auseinandersetzungen bereits zuvor aus verschiedenen Ausschüssen abgezogen worden war (Soldt 2017b), wurde abgemahnt und es wurde ihm das Rederecht für die Fraktion entzogen (Reiners 2017). Zudem wurde bekannt, dass der Abgeordnete Räßle von allen Arbeitskreisen und Arbeiten ausgeschlossen worden war, weil er sich fortgesetzt geweigert hatte, die Wiedervereinigungserklärung zu unterzeichnen, in der

sich die AfD-Fraktion – in denkbar vager Form – von Rassismus und Antisemitismus distanzier- te (ebd.). Der fortgesetzte Rechtskurs der AfD- Fraktion spiegelte sich auch auf Landesebene wider. Auf dem Landesparteitag in Kehl schei- terte die für einen moderat-nationalliberalen Kurs angetretene Bundestagsspitzenkandida- tin Alice Weidel mit ihrer Kandidatur für den Vorsitz, nachdem ihr ehemaliger Unterstützer Meuthen sich zuvor offen gegen sie gewandt und den später gewählten Kandidaten des rechten Lagers Ralf Ötzkara unterstützt hatte (Krohn 2017b).

3.3 Politische Arbeit der Fraktion

3.3.1 Aktivitäten und Kommunikation

Nicht zuletzt infolge der dreieinhalbmonati- gen Spaltung verlief der Aufbau von Organisa- tions- und Kommunikationsstrukturen der AfD- Fraktion in Stuttgart und ihrer Abgeordneten in den Wahlkreisen insgesamt schleppend (vgl. Beckedorf/Kastner 2016). Größere Veranstal- tungen, etwa zur Vorstellung der parlamenta- rischen Arbeit, blieben zunächst aus. Weil die von der Fraktion zunehmend intensiv betriebene konventionelle Pressearbeit sich als wenig effektiv erwies, nutzen Fraktionen und Abge- ordnete inzwischen vor allem digitale Kommu- nikationskanäle. Im Zentrum steht die Frak- tionswebsite, auf der basale Informationen über die Abgeordneten, deren Zuständigkei- ten für Ausschüsse sowie Pressemitteilungen

abrufbar sind (vgl. AfD-BW 2017d). Knapp die Hälfte der Abgeordneten betreibt zudem Web- sites von sehr unterschiedlicher Informations- tiefe und Aktualität. Während andere soziale Netzwerke wie Twitter, YouTube oder Instagram kaum eine Rolle spielen, scheint die Facebook- Seite der Fraktion, die mit rund 4.800 Nutzern deutlich vor den Auftritten anderer Landtags- fraktionen liegt (AfD-BW 2017b), besonders re- levant zu sein. Bundessprecher Meuthen führt mit seiner eigenen Facebook-Seite mit rund 34.000 Followern darüber hinaus die entspre- chende Rangliste der im Landtag vertretenen Politiker deutlich an.¹² Die Aktivität der Frak- tionsmitglieder ist recht unterschiedlich; im Januar 2017 wurden durchschnittlich 43 Posts pro Monat veröffentlicht, wobei Carola Wolle (47), Lars Patrick Berg (51), Jörg Meuthen (56) sowie Emil Sänze (130) herausragen. Formal findet sich eine Mischung aus kommentierten Medienberichten, Pressemitteilungen zu par- lamentarischen Initiativen sowie zunehmend Berichte, Fotos oder Videos von Vor-Ort-Veran- staltungen und Reden im Parlament. Meuthen veröffentlicht seit Anfang 2017 eine tägliche Kolumne namens „Guten Morgen Deutschland“ zu nationalen und teils auch internationalen Themen. Die anderen Abgeordneten äußern sich vor allem landes- oder regionalbezogen, in einigen Fällen auch zu internen Konflikten.

¹² Innerhalb der Fraktion weisen die Abgeordneten Berg (4.392), Heinrich Fiechtner (3.277) und Christina Baum (1.904) ebenfalls hohe Follower-Zahlen auf Facebook auf (Stand 08.02.2017).

3.3.2 Parlamentarische Initiativen

Trotz ihrer anfänglichen parlamentarischen Unerfahrenheit sowie der baldigen Fraktionsspaltung zeigten die AfD-Abgeordneten in den ersten neun Monaten im Parlament ein unerwartet hohes Aktivitätsniveau, wie unsere quantitative Auswertung zeigt:¹³ Von Mai 2016 bis Ende Januar 2017 stellten sie 343 Kleine Anfragen an die Landesregierung, reichten 59 Anträge, 4 Große Anfragen sowie 2 Gesetzesentwürfe ein. Zudem beantragte die Fraktion 5 aktuelle Debatten (siehe Tab. 2). Dabei zeigte sich rasch eine professionelle Nutzungsweise verschiedener parlamentarischer Initiativformen. Früh und intensiv griffen die Abgeordneten auf das Instrument der Kleinen Anfrage zurück, von denen sie im Juni bereits 28 an die Regierung stellten. Mit der Fraktionsspaltung sank die Zahl im Juli stark, nahm aber bereits ab August wieder zu, wobei vor allem die ABW-

Fraktion großen Eifer zeigte. Nach der Wiedervereinigung der Fraktionen war ab November abermals ein deutlicher Anstieg der Kleinen Anfragen zu verzeichnen, der im Januar 2017 mit einem Wert von 86 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Anträge brachte die AfD erst vereinzelt ab August 2016, gegen Ende des Jahres intensiver ein.

Während die AfD-Abgeordneten in den ersten neun Monaten im Schnitt 16 Kleine Anfragen einbrachten, beruht deren hohe Gesamtanzahl tatsächlich auf dem besonderen Engagement Einzelner. Spitzenreiter ist Stefan Herre, auf den im Untersuchungszeitraum ein knappes Drittel aller Kleinen Anfragen der AfD entfielen, von denen er allein im Januar 58 stellte, was ihm ebenso erstaunte wie skeptische mediale Reaktionen einbrachte (Krohn 2016f). Mit deutlichem Abstand folgt Lars Patrick Berg, der zu Beginn der Legislaturperiode überaus aktiv war und bis Ende Januar 2017 insgesamt 54 Kleine Anfragen stellte; gemeinsam mit den Abgeordneten Palka, Baron und Baum war er für ein knappes weiteres Drittel der Kleinen Anfragen verantwortlich. Das übrige Drittel verteilt sich auf die restlichen 17 Abgeordneten.

Unter den thematisch weit gestreuten Kleinen Anfragen lassen sich inhaltliche Schwerpunkte in bestimmten Politikfeldern feststellen (siehe Abb. 2).¹⁴ Auf dem Spitzenplatz rangiert die Innenpolitik. Die 118 Kleinen Anfragen

*Hohes
Aktivitätsniveau*

Tabelle 2:

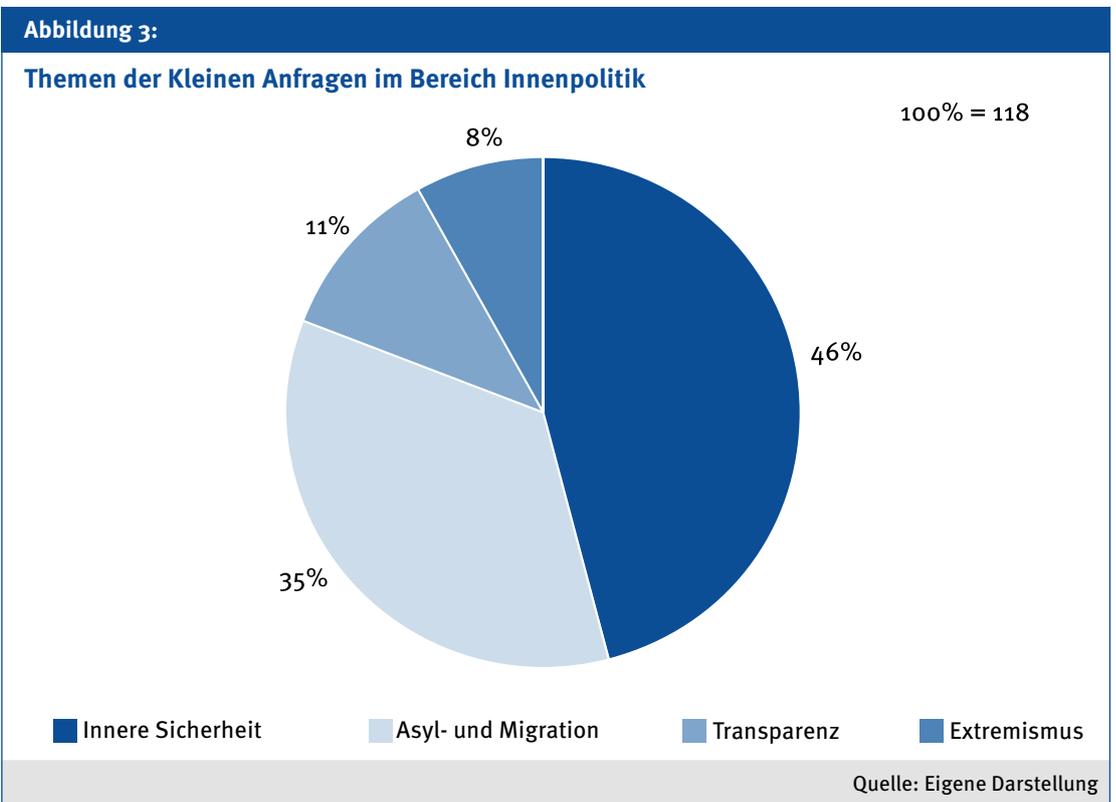
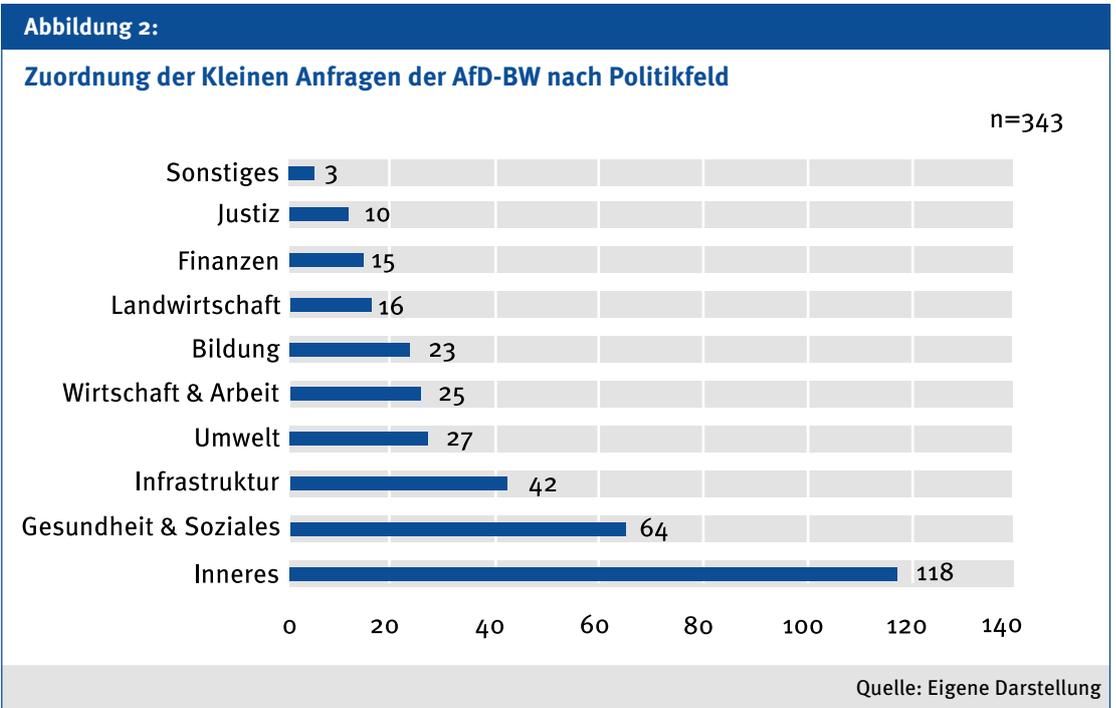
Politische Arbeit der AfD-Fraktion Baden-Württemberg 1. Mai 2016 bis 31. Januar 2017

Parlamentarische Initiativen	Anzahl
Anträge	59
Gesetzesentwürfe	2
Aktuelle Debatten	5
Große Anfragen	4
Kleine Anfragen	343

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Stuttgarter Landtags

¹³ Einbezogen wurden dabei die 22 AfD-Abgeordneten, die nach dem Rückzug Gedeons verblieben waren. Die parlamentarischen Aktivitäten der zwischenzeitlich getrennten AfD-Fraktionen wurden zusammengefasst.

¹⁴ Zur Auswertung wurden die Kleinen Anfragen jeweils einem Politikfeld zugeordnet. Innerhalb dieser wurden sie jeweils in ein Themenfeld einsortiert. Beides beruht auf begründeter, letztlich jedoch subjektiver Zuordnung.



zu diesem Themenfeld befassen sich knapp zur Hälfte mit der Inneren Sicherheit (allgemeine Kriminalität, Terrorismus, Spionage, Vandalismus) sowie mit Fragen zur Situation und Ausstattung der Polizei (siehe Abb. 3). An zweiter Stelle folgt der Themenkomplex Asyl und Migration, der etwas weniger als ein Drittel der Kleinen Anfragen zur Innenpolitik ausmacht. Hier werden einerseits administrative Fragen zur Asylpolitik (Zuzugszahlen, Registrierung, Unterbringung, Abschiebungen) gestellt, andererseits migrationspolitische Themen (Kriminalität von Migranten, Kinder- und Mehrfachehen, Moschee-Konflikte, politische Einflussnahme ausländischer Organisationen) abgefragt. Die restlichen Anfragen beziehen sich auf die Themen Transparenz bzw. Links- und Rechtsextremismus.

Nach der Innenpolitik findet sich der zweite Schwerpunkt im Politikfeld Gesundheit und Soziales, das knapp ein Fünftel aller Kleinen Anfragen ausmacht (siehe Abb. 2). Hier geht es vor allem um die regionale Situation der medizinischen Versorgung (Ärztmangel, Krankenhausschließungen, Pflege, Rettungswesen), um Sozialkosten für die Versorgung von Flüchtlingen sowie, in geringerem Maße, um die Themen Kinderbetreuung, Armut und Geschlechterpolitik.

An dritter Stelle folgt mit 42 Kleinen Anfragen das Politikfeld Infrastruktur, in dem das Thema Straßenbau und -sanierung dominiert. Immerhin 27 Kleine Anfragen fallen viertens ins Politikfeld Umwelt (insbesondere Windkraft), während das Politikfeld Wirtschaft und Arbeit auf dem fünften Platz rangiert. Danach

folgen Kleine Anfragen zur Bildungspolitik sowie zu Landwirtschaft, Finanzen, Justiz und Sonstigem.

Für alle Kleinen Anfragen lässt sich festhalten: Erstens ist das für den Landtagswahlkampf der AfD leitende Thema Asyl- und Migration auch jenseits der Innenpolitik, etwa in der Justiz, Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik, stark ausgeprägt. Erkennbare Bezüge finden sich in rund 30 Prozent der 343 Kleinen Anfragen. Zweitens lässt sich bei knapp der Hälfte der Kleinen Anfragen ein klarer kommunaler oder lokaler Bezug konstatieren, der in den Politikfeldern Verkehr, Umwelt, Bildung sowie Gesundheit und Soziales besonders stark ausgeprägt ist.

3.3.3 Schwerpunkte und Strategien

Weithin unbemerkt von der medialen Öffentlichkeit arbeitete sich die AfD-Fraktion in verschiedene Themenfelder ein und positionierte sich als Repräsentantin bestimmter regionaler Interessen- bzw. Berufsgruppen. Frühzeitig etwa stellte der innenpolitische Sprecher Lars Patrick Berg eine Reihe Kleiner Anfragen zur Lage der Polizei, die bereits Mitte August in eine Große Anfrage zu den im Zuge der „Bewältigung der Flüchtlingskrise“ entstandenen Überstunden von Polizeibeamten mündete (Drs 16/456). Eine zentrale Bedeutung maß die AfD der Ausstattung der Polizei auch in den Haushaltsberatungen zu (vgl. AfD-BW 2017g). Im Regionalen versuchte die Partei ebenfalls ihre im Wahlkampf vielfach bemühte Rolle als ‚Anwalt der Bürger‘ einzulösen. Ab September 2016 stellte sie etwa zwölf Kleine Anfragen zum

*Fokusthema
Asyl und Migration*

*Rolle als
„Anwalt der Bürger“*

Thema Windkraft, in denen sie z. B. Regeln der Schall- und Lärmmessung, die Entwicklung von Windkraftanlagen-Havarien oder Gefahren für Natur und Kulturlandschaft abfragte (Drs 16/849). Die Beteiligung von Anwohnern und Bürgerinitiativen spielte ebenso eine zentrale Rolle (vgl. Drs 16/769), womit eine demonstrative Mittlerposition zwischen Wahlkreis, regionaler Zivilgesellschaft und Landesregierung bezogen wurde. Ein ähnlicher Ansatz findet sich in der Verkehrspolitik.

Im Gegensatz dazu richteten sich Initiativen zu den Themen Asyl, Islam und Islamismus erkennbar an eine breitere Öffentlichkeit. Dabei arbeitete die AfD-Fraktion erstens an einer Aktualisierung der asylpolitischen Empörung, indem sie etwa im Namen der Kommunen „belastbare Zahlen“ zur Verteilung oder Registrierung von Flüchtlingen gezielt nachfragte (Drs 16/524) oder Hinweisen auf vermeintliche administrative und juristische Unregelmäßigkeiten im Kontext von Abschiebungen nachging (Drs 16/696; Drs 16/1536). Fragen zur Finanzierung von Asylkosten wurden etwa auch der Kinder- oder Altersarmut sowie infrastrukturellen Mängeln gegenübergestellt (Krohn 2016f), wodurch die sozial- und verteilungspolitische Dimension der Asylkrise aufgegriffen wurde. Zweitens widmete sich die AfD-Fraktion dem Thema Islam und Integration und griff virulente Konflikte um Moscheen (Drs 16/885) oder Kinderehen (Drs 16/1077) auf. Öffentliche Resonanz erzielte sie mit der Forderung, „Deutsch als verpflichtende Umgangssprache an Schulen“ (Drs 16/1526) einzuführen. Weitere inhaltliche Brücken schlug die AfD zum Thema

Sicherheit, indem sie Anfragen zur Kriminalität unter Migranten (Drs 16/204), einer islamistischen Radikalisierung von Flüchtlingen (Drs 16/429) oder zu islamistischem Terrorismus (Drs 16/595; 16/1471) stellte. Drittens thematisierte die AfD-Fraktion den politischen Einfluss von Islamisten in Baden-Württemberg. Verschiedene Anfragen richteten sich hier etwa auf Aktivitäten des Dachverbands der türkisch-islamischen Moscheegemeinden Ditib (Drs 16/276; 16/1208), der Gülen-Bewegung (Drs 16/428), salafistischer Gruppen (Drs 16/1477) sowie die politische Loyalität von Mitbürgern mit türkischem Migrationshintergrund (Drs 16/515).

Auf diese Weise versuchte die AfD-Fraktion sich als politische Konkurrentin rechts der CDU zu profilieren. Wenige Tage nach dem Kompromiss der CDU-Innenminister über ein eingeschränktes Vollverschleierungsverbot brachte die AfD-Fraktion eine Gesetzesinitiative ein, die mit Verweis auf europäische „Sittlichkeit und Werte“ ein vollständiges Verbot forderte (Drs 16/478). Gebündelt wurde der gesamte Themenkomplex im Ende September 2016 im von beiden Fraktionen gestellten Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission u. a. zum Thema Islamismus (Drs 16/639). Nachdem dieser vom Landtag abgelehnt worden war, versuchte die AfD Mitte November in aktuellen Debatten die asylpolitische Abhängigkeit der Bundesrepublik vom türkischen Ministerpräsidenten Erdogan auf die Agenda zu setzen (PIPr 16/17).

Zwischen CDU und AfD entbrannte so ein politischer Wettbewerb. Anlässlich eines CDU-

*Konkurrentin
rechts der CDU*

Positionspapiers zur verschärften Abschiebep Praxis kritisierte die AfD den christdemokratischen Innenminister Thomas Strobl Ende November als „billigen Plagiator“ ihrer Positionen (AfD-BW 2016c). Wenige Tage später sprach sie Angela Merkel eine „entscheidende Mitverantwortung“ für den von einem Flüchtling begangenen Mord an einer Freiburger Studentin zu, „die Frau Merkels Vorschlag ‚Einfach mal auf Flüchtlinge zugehen‘, mit ihrem Leben bezahlt“ habe (AfD-BW 2016d). Als kurz danach der Abgeordnete Räßle in Reaktion auf den Berliner Weihnachtsmarkt-Anschlag ein Bild mit einer blutverschmierten ‚Merkel-Raute‘ samt Slogan „Frau Merkel, es klebt Blut an Ihren Händen. Treten Sie zurück!“ veröffentlichte (Räßle 2016), verteidigte Meuthen die Formulierung als „krass, aber in der Sache dennoch richtig“ (PlPr 16/22).

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Auseinandersetzung mit Links- und Rechtsextremismus dar. Neben einer Reihe kleiner Anfragen zur Finanzierung zivilgesellschaftlicher Strukturen (Drs 16/1276; 16/1464) zählt hierzu vor allem der Mitte August 2016 eingebrachte Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Verbreitung und Dimension des Linksextremismus in Baden-Württemberg (Drs 16/423). Die im Antrag platzierten Verweise auf gewalttätige politische Übergriffe auf AfD-Veranstaltungen sowie der Vorwurf an die Landesregierung, Verwaltung, Parteien und Gewerkschaften, „außerparlamentarische Schlägertrupps“ zu tolerieren oder gar zu fördern, entsprach der unter vielen AfD-Mitglie-

dern verbreiteten Empörung über einen undemokratischen Umgang mit ihrer Partei. Die geringen formalen Erfolgchancen des Vorhabens, das vom ständigen Ausschuss später zurückgewiesen wurde, ermöglichten der AfD wiederum die Kritik an der Ignoranz und den ihrer Ansicht nach illegitimen Methoden der etablierten Parteien – wodurch sie zumindest kurzzeitig die Pose des forschen Provokateurs zurückerlangte.

Ergänzt wurde dieses Vorgehen durch die kontinuierliche Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus. Zentrale Impulse stammten hier von der Abgeordneten Christina Baum, die im Sommer 2016 in den NSU-Untersuchungsausschuss entsandt wurde (Jaeger/Soldt 2016). Wie auch ihre Kollegin Carola Wolle stellte sie früh eine Reihe kleiner Anfragen, die sich der Einordnung und Entwicklung rechts- und linksextremer Organisationen und Straftaten widmeten (Drs 16/1277). Nach einer kleinen Anfrage Mitte September (Drs 16/555) wandte sich Baum öffentlich gegen die Beobachtung der „Identitären Bewegung“ durch den Verfassungsschutz und lobte, dass „sich junge Menschen Gedanken um die Gefahren der Masseneinwanderung und die Islamisierung Deutschlands machen“ (AfD-BW 2016a). Jenseits dieser Versuche der Enttabuisierung neurechter Segmente des Parteivorfelds wurde auch die Darstellung der eigenen Partei zu korrigieren versucht. Bereits in ihrer allerersten kleinen Anfrage warnte die AfD vor einer „politischen Indoktrination“ von Schülern durch Lehrmaterialien zur AfD (Drs 16/24). Einen ähnlichen Vorwurf formulierte der Ab-

*Verteidigung der
„Identitären Bewegung“*

*Konflikt um
politische Bildung*

geordnete Berg anlässlich einer Publikation der Landeszentrale für politische Bildung (Drs 16/1288).¹⁵ Obgleich die AfD-Abgeordneten Baron, Balzer und Podeswa im Herbst in deren Kuratorium gewählt worden waren, stellte ihre Fraktion in den Haushaltsberatungen einen Antrag auf massive Einsparungen bei den Mitteln für die Landeszentrale (Krohn 2017a).

Mit den dargestellten Vorstößen konnte sich die AfD-Fraktion in den ersten neun Monaten im Parlament in der Öffentlichkeit kaum breitenwirksam profilieren. Zwar versuchte sie immer wieder, die Landesregierung direkt anzugreifen und sich etwa mit der Kritik an grün-schwarzen Nebenabsprachen zu profilieren (vgl. Allgöwer 2016). Dies scheiterte jedoch sowohl an der im Sommer desolaten internen Situation der Fraktion als auch am effektiven Krisenmanagement der grün-schwarzen Regierung. Ähnliche Vorstöße zu den politischen Debatten über Beraterverträge der Regierung, kommunale Transparenz oder direkte Demokratie verhallten ebenfalls. In die Rolle der treibenden Oppositionskraft fand die AfD höchstens kurzzeitig in der Debatte um die Reform der Altersversorgung der Landtagsabgeordneten (o. V. 2017d). In die ab Ende 2016 geführten Haushaltsberatungen brachte die AfD eine Vielzahl von Änderungsanträgen ein, die von der Regierungskoalition jedoch alleamt abgelehnt wurden. Stärker wahrgenommen wurde hingegen der geschichtsrevisionistische Vorstoß der AfD zur Streichung der

Fördergelder für die NS-Gedenkstätte in Gurs, der ob des Bruchs mit der landeshistorischen Erinnerungskultur heftigste Empörung auslöste (Rauch 2017), worauf die AfD-Fraktion u. a. mit einer Zurückweisung von „Tabuzonen“, politischer Korrektheit und indirekter Zensur konterte (AfD-BW 2017e).

3.4 Selbstverständnis und Umgang

Nach der Landtagswahl feierte die AfD-Baden-Württemberg zunächst ihren Triumph und inszenierte sich als „historische Bewegung“ (Soldt 2016a). Fraktionschef Meuthen kündigte eine konstruktive, aber „in der Sache [...] harte Opposition“ an. Zwar seien die AfD-Abgeordneten grundsätzlich offen und gesprächsbereit, würden sich aber jeder „Kumpanei“ mit den anderen Fraktionen erwehren (Krohn/Reiners 2016). Während die internen Konflikte, die Spaltung und zähe Wiedervereinigung in den ersten Monaten die Entwicklung einer stabilen Fraktionsstruktur behinderten, begegneten die etablierten Parteien, teils unter Rückgriff auf Erfahrungen mit der Landtagsfraktion der Republikaner (vgl. Krohn 2016a), der AfD-Fraktion mit souveräner Ab- und Ausgrenzung. Während sie nach außen hin einen Kurs des formal korrekten Umgangs reklamierten, setzten sie der AfD tatsächlich von Anfang an administrative und symbolische Grenzen. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Drexler etwa verweigerte AfD-Neuling Baum anfangs demons-

¹⁵ Als zentrales Beispiel für seine Kritik zog Berg den in einer Publikation der Landeszentrale veröffentlichten Beitrag eines Mitverfassers des vorliegenden Arbeitsheftes heran (vgl. Hensel 2016), der nach Ansicht Bergs die AfD verunglimpfe und diffamiere (Drs 16/1288; vgl. dazu Henkel-Waidhofer 2016).

trativ den Handschlag (Jaeger/Soldt 2016), die Grünen nominierten, auch als Zeichen gegen die pauschalisierende Kritik der AfD am Islam, die Muslima Muhterem Aras für das Amt der Landtagspräsidentin (vgl. Rieger 2016). Auch nutzten die etablierten Parteien verschiedene Gelegenheiten, um der AfD formal Paroli zu bieten und die parlamentarische Zusammenarbeit mit ihr, soweit möglich, zu blockieren. Das Amt des Landtagsvizepräsidenten, das nach dem informellen Reglement der AfD zugefallen wäre, wurde etwa nach einer frühzeitigen Absprache kurzerhand abgeschafft (vgl. Rieger 2016). Dem AfD-Kandidaten Podeswa wurde, mit Verweis auf seine durch eine politische Affäre in Frage gestellte Eignung, die Wahl zum Vorsitzenden des Finanzausschusses verwehrt (Wetzel 2016a).

Zugleich versuchte sich die AfD als ‚Anwalt der Bürger‘ gegenüber einer in ihren Augen korrupten und selbstsüchtigen politischen Elite zu positionieren. In seiner ersten Parlamentsrede kritisierte Fraktionschef Meuthen vor allem die CDU scharf und warf zugleich Ministerpräsident Kretschmann vor, es bei der Unwetterhilfe gegenüber Einheimischen an derjenigen Empathie mangeln zu lassen, „die man Migranten aus fernen Ländern offenbar undifferenziert und unlimitiert entgegenbringt“ (PIPr 16/5). Die etablierten Parteien reagierten auf derartige Vorstöße mit klarer Frontenbildung. Sie kritisierten die AfD nicht nur inhaltlich, sondern auch formal, warfen der AfD-Fraktion im Zuge ihrer Spaltung die Verschwendung von Steuermitteln sowie „tiefe Verachtung“ für das parlamentarische

System vor (Reiners 2016a). Nach dreieinhalb Monaten der Selbstbeschäftigung ging die wiedervereinigte AfD-Fraktion im Herbst 2016 in die Offensive und fand ihre vorläufige Rolle als Oppositionspartei: Im Namen der Bürger, „die mit ihren aus täglicher Arbeit erwirtschafteten Steuern den Asylwahnsinn bezahlen“, kündigte sie an, die „Kartellparteien“ vor sich herzutreiben (o.V. 2016j). Zwar versuchte sie Verhalten und Motive der etablierten Fraktionen fortwährend zu skandalisieren und zu delegitimieren, außer- oder sogar antiparlamentarische Positionen zeigten sich dabei allerdings kaum. Vielmehr ist der Versuch erkennbar, die sach- und oppositionspolitischen Kompetenzen sukzessive auszubauen sowie die regionale Verwurzelung der Fraktion zu konsolidieren (vgl. Krohn 2016f).

Mit dem Einzug der AfD-Fraktion hat sich die parlamentarische Kultur im Stuttgarter Landtag fraglos polarisiert. Plenardebatten sind, wie auch etwa Landtagspräsidentin Aras betont, deutlich rauer und provokanter geworden; der Beitrag der AfD hierzu ist unübersehbar: Allein bis Mitte Dezember erhielten ihre Abgeordneten vier Ordnungsrufe (Renz 2016). Während die AfD ihre Rhetorik und Forderungen forcierte, setzten die anderen Fraktionen im Stuttgarter Landtag weiter auf eine konsequente Abgrenzung: Einerseits wurden die parlamentarischen Vorstöße der AfD rigoros blockiert; andererseits nutzten sie die internen Skandale und Konflikte der AfD für inhaltliche und formale Offensiven, kritisierten etwa in einer eigens einberufenen aktuellen Debatte den Ausschluss der Presse vom AfD-Landes-

*Frontenbildung
im Parlament*

parteitag in Kehl (PIPr 16/19), verweigerten die Bildung einer gemeinsamen Liste mit der AfD für die Bundesversammlung und kritisierten die Verschwendung von Steuergeldern durch die hohe Zahl Kleiner Anfragen, welche die AfD bloß als „Propagandainstrument“ nutze (Krohn 2016f).

Trotz der allgemeinen Frontenbildung lassen sich in der Positionierung der AfD gegenüber den anderen Parteien im Stuttgarter Landtag durchaus Differenzen erkennen. Während die Grünen aus Sicht der AfD als lebensweltlich fremd und ideologisch verblendet gelten (vgl. PIPr 16/26), ist ihre Haltung zu den anderen bürgerlichen Parteien ambivalent. Bereits bei der Aussprache über die Regierungserklärung warf Meuthen der „einstmals stolzen CDU-Fraktion“ vor, „eine wirklich konservative und

freiheitliche Politik“ verraten zu haben (vgl. PIPr 16/5). Zwar konnten die AfD-Angriffe die Regierungskoalition bislang nicht ernsthaft destabilisieren, dennoch zeichnet sich ein politischer Wettbewerb um die Zuspitzung vornehmlich innenpolitischer Forderungen ab – den vor allem Innenminister Strobl nutzte, um seine latent unzufriedene Parteibasis zu befrieden (Sirleschtov 2016). Die AfD betont, auch als isolierter parlamentarischer Außenseiter indirekte Wirkung zu entfalten, was Meuthen etwa für die Haushaltsberatungen reklamiert (AfD-BE 2017). Zugleich hegen die erfahreneren Oppositionsfraktionen von SPD und FPD/DVP das oppositionelle Potenzial der AfD deutlich ein, wobei vor allem die Liberalen sich prägnant gegenüber der AfD abgrenzen (vgl. Pörtner et al. 2016).

4 Die AfD in Rheinland-Pfalz

4.1 Landesverband, Wahlkampf und Wähler

Die AfD-Rheinland-Pfalz (AfD-RP) – gegründet im April 2013 als vierter Regionalverband der AfD – ist bis heute ein vergleichsweise unbekannter und medial wenig präsenter Landesverband. Mitte 2016 verfügte die Landespartei nach eigenen Angaben über ca. 1.300 Mitglieder (Asche 2016), die sich auf 34 Kreisverbände verteilen. Die hier herrschende und für die AfD insgesamt ungewöhnliche Harmonie ist Ergebnis ausgeprägter Konflikte in der Frühphase des Verbandes (vgl. Hensel et. al. 2016: 24). Damals hatten sich an der Abgrenzung gegenüber rechtsradikalen Akteuren sowie an rabiatischen asylpolitischen Forderungen diverse Streitigkeiten zwischen einem nationalkonservativen und einem wirtschaftsliberalen Lager entzündet (Breidenbach 2014). Im Zuge der Parteispaltung auf Bundesebene im Sommer 2015 kam es auch in der AfD-Rheinland-Pfalz zu heftigen Zerwürfnissen. Der damalige Landesvorsitzende Zimmermann und weitere Vorstandsmitglieder verließen mit Bernd Lucke die Partei und wechselten zum Teil zur Alfa-Partei (Seydewitz 2015). Die Austrittswelle des Lucke-Lagers machte auch vor rheinland-pfälzischen Kreisverbänden, Stadt- und Kreisfraktionen nicht Halt und führte insgesamt zu einem Verlust von etwa zehn Prozent der Mitglieder (Breidenbach 2015a).

Nach der Parteispaltung sah die rheinland-pfälzische AfD jedoch von einer allzu offensichtlichen Orientierung am Unterstützerlager der Erfurter Resolution ab, die hier formell ins-

gesamt nur auf wenig Resonanz gestoßen war (vgl. Hensel et al. 2016: 25). Mit Uwe Junge wurde der vormalige Stellvertreter Zimmermanns zum neuen Landesvorsitzenden gewählt (Breidenbach 2015b). Unter seiner Führung kehrte zumindest vordergründig Ruhe in den vormals zerstrittenen Landesverband ein. Mit Junges betont seriösem und korrektem Auftreten sowie seinen, wie er selbst oft betont, beim Militär erworbenen Fähigkeiten zur „Organisation“ und „Menschenführung“ trug er offenbar zur Disziplinierung und Professionalisierung des Landesverbandes bei (vgl. Frasch 2016a). Trotz des äußerlich moderaten Profils des Landesverbandes finden sich jedoch deutliche Verbindungslinien ins rechte Milieu. Junge selbst war zeitweise Mitglied der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“ (Leif 2015). Seine erste Stellvertreterin Christiane Christen gilt als Befürworterin des thüringischen Landesvorsitzenden Höcke, sein zweiter Stellvertreter Joachim Paul ist Mitglied der Bonner Burschenschaft Razceks, die im Jahr 2011 durch ihre Forderung des sogenannten Arier-Nachweises Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte (Speit 2017: 84 f.).

Im Landtagswahlkampf 2016 befand sich die AfD-Rheinland-Pfalz auf vergleichsweise schwierigem Terrain. Besonders die rheinland-pfälzische SPD setzte auf einen strikten Abgrenzungskurs gegenüber der AfD (Frasch 2016d). Den schlagkräftigen politischen Gegnern und unbefriedigenden Prognosen setzte die AfD ihr moderat-professionelles Image entgegen. Der disziplinierte Wahlkampf erschien als Kraftakt einer kooperationsbereiten Parteilite aus

Konflikte in der Frühphase

Verbindungen ins rechte Milieu

vorderen Listenkandidaten und Mitgliedern des Landesvorstands (vgl. Hensel et al. 2016: 28 ff.). Inhaltlich rangierte das Wahlprogramm „Mit Herz und Verstand für unser Land“ zwischen traditionellen, konservativen und liberalen Tönen. Getreu der Selbsteinschätzung als „bürgerliche[r] Volkspartei“ (AfD-RP 2015: 4) wurden so Identifikationsangebote an verschiedene Klientelen unterbreitet, die sowohl klassisch konservative Forderungen – wie die Förderung traditioneller Familienmodelle – als auch liberale Akzente, etwa in der Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungspolitik, umfassten. Im Wahlkampf spielte vor allem die Migrationspolitik eine bedeutende Rolle. Spitzenkandidat Junge nutzte beispielsweise die Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015/16 zur rhetorischen Offensive gegen Merkels Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur, während Landesvize Christen sogar einen „Silvesterappell“ gegen die „Opferung deutscher Töchter“ initiierte (AfD-RP 2016a).

Im Zuge des zugespitzten Wahlkampfes zwischen Malu Dreyer (SPD) und Julia Klöckner (CDU) sowie der emotional aufgeladenen Asyldebatte stieg die Wahlbeteiligung erstmals seit zwanzig Jahren auf über siebenzig Prozent. Zugleich fielen die Ergebnisse weniger eruptiv aus als in den anderen Bundesländern. Die SPD (36,2 %) konnte ihr vormaliges Ergebnis halten und sich gegen die CDU (31,8 %) durchsetzen, die Verluste (-3,4 %) hinnehmen musste. Die Grünen stürzten auf 5,3 Prozent (-10,1 %) ab und schafften es somit nur knapp in den Mainzer Landtag. Der FDP gelang hingegen mit 6,2 Prozent der Wiedereinzug ins Lan-

desparlament. Zum ersten Mal in der landespolitischen Geschichte von Rheinland-Pfalz konnten SPD und CDU zusammen weniger als siebenzig Prozent der Wähler binden.

Maßgeblich daran beteiligt war die AfD, die aus allen Lagern Stimmen gewinnen konnte und aus dem Stand ein Ergebnis von 12,6 Prozent erreichte – das bis dato zweitbeste AfD-Ergebnis in Westdeutschland überhaupt (Gothe 2016: 527 f.). Auch wenn die Partei in allen Wahlkreisen über fünf Prozent erzielte, zeigen sich regionale Differenzen: Während sie im Raum Trier, Mosel und Eifel unterdurchschnittliche Ergebnisse einfuhr, schnitt sie in der Rhein- und Westpfalz deutlich besser ab. Ein Rekordergebnis von 20,7 Prozent erlangte sie im industriell geprägten Wahlkreis Ludwigshafen am Rhein II (Gothe 2016: 531). Die AfD konnte in diesem eher gemäßigt-traditionalistisch geprägten Bundesland aus dem Stand zur drittstärksten politischen Kraft werden.

4.2 Profil und Entwicklung der Fraktion

Die AfD-Rheinland-Pfalz zog mit 14 Abgeordneten in den Mainzer Landtag ein. Die Fraktion besteht aus elf Männern und drei Frauen; fünf Abgeordnete sind jünger als das durchschnittliche rheinland-pfälzische Landtagsmitglied (Altersdurchschnitt 50,6 Jahre). Die meisten AfD-Parlamentarier weisen relativ hohe Bildungsabschlüsse auf, acht – und somit über die Hälfte – besitzen akademische Zertifikate, drei führen einen Dokortitel (vgl. Kürschners Volkshandbuch 2016a). Der Fraktions- und Landesvorsitzende Uwe Junge gehört nicht zu

den Akademikern der Fraktion, blickt jedoch auf eine erfolgreiche unkonventionelle Berufskarriere zurück: Als ausgebildeter Schriftsetzer ohne Abitur wurde er später an die Führungsakademie der Bundeswehr berufen (Erk 2016). Die weiteren fünf Fraktionsmitglieder üben bzw. übten verschiedene nichtakademische Berufe aus, sie arbeiteten zum Beispiel als Abwassermeister oder Polizeibeamte.

In der AfD-Rheinland-Pfalz sind mehr politische Vorerfahrungen jenseits der AfD vorhanden als in anderen Fraktionen der Partei. Alle Fraktionäre sind bereits im Gründungsjahr 2013 in die AfD eingetreten. Mit Uwe Junge, Sylvia Groß, Matthias Joa sowie Jürgen Klein waren vier ihrer Abgeordneten zuvor in der CDU aktiv. Hinzu kommen beispielsweise Junges kurzes Engagement in der Partei Die Freiheit oder Iris Nielands Mitgliedschaft bei den Freien Wählern. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass neun der vierzehn Fraktionäre im Rahmen ihres AfD-Engagements bereits parlamentarische Erfahrungen auf kommunaler Ebene gesammelt haben.

Nur wenige Tage nach der Landtagswahl konstituierte sich die Landtagsfraktion der AfD. Uwe Junge wurde einstimmig zum Vorsitzenden, Joachim Paul und Timo Böhme zu seinen Stellvertretern und Jan Bollinger zum parlamentarischen Geschäftsführer gewählt (o. V. 2016a). Damit setzte sich erstens das aus dem Wahlkampf bekannte Führungstrio aus Junge, Paul und Bollinger fort, zweitens lässt sich eine starke personelle Überschneidung zwischen Fraktion und Landesvorstand erkennen. Trotz der nach den Wahlen beschlossenen Verklei-

nerung der Ausschussgröße, gegen welche die AfD vehement protestierte, ist die Partei in fast allen parlamentarischen Ausschüssen mit wenigstens einem Mitglied vertreten (o. V. 2016b). Im Ausschuss für Soziales und Arbeit (Timo Böhme) und im Ausschuss für Medien, digitale Infrastruktur und Netzpolitik (Heribert Friedmann) stellt sie überdies den Vorsitzenden; im Innenausschuss (Uwe Junge) sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (Jan Bollinger) den stellvertretenden Vorsitzenden. Die Abgeordneten verteilen sich gleichmäßig auf die übrigen Gremien, allein die starke Präsenz Junges in den Ausschüssen ist auffallend. Die Zuteilung interner Fraktionsaufgaben scheint in der AfD-Rheinland-Pfalz stark von beruflichen und fachlichen Ressourcen geprägt zu sein. So fungiert der katholische Theologe Michael Frisch als zuständiger Abgeordneter in den Fachgebieten Familie, Kirche und Religion, der Ärztin Sylvia Groß obliegt der Bereich Gesundheit.

Die ersten Monate der AfD-Fraktion im Landesparlament verliefen weithin harmonisch. Die wenigen aufkeimenden Konflikte wurden eingeeht, so dass die Fraktion sich stabil entwickeln konnte. Zwar hob der Landtag im August 2016 wegen des Verdachts der Steueruntreue die Immunität von Gabriele Bublies-Leifert auf (Schlecht 2016b), sie erhielt jedoch Rückendeckung von ihrer Fraktion. Uwe Junge wurde Ende Januar 2017 vorgeworfen, als Bundeswehroffizier eine lesbische Soldatin aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert sowie im Zuge des Wahlkampfs gegen das Mäßigungsgebot verstoßen zu ha-

Einige politische Vorerfahrungen

ben (Lachmann 2017). Der Fraktionschef begegnete diesen Vorwürfen offensiv, begrüßte eine Aufhebung seiner Immunität, um seine Unschuld zu beweisen (Wenzel/Lachmann 2017). Dass diese vermeintliche Schwachstelle im Führungsanspruch Junges von anderen Mitgliedern der Partei und Fraktion nicht zum eigenen Vorteil genutzt wurde, verdeutlicht die Stabilität und Hierarchie in der AfD-Fraktion.

Eine derartige Geschlossenheit zeigte sich auch bei der Bearbeitung anderer Konflikte, etwa in der Auseinandersetzung mit der baden-württembergischen Fraktionsspaltung, die auf Bundesebene das Zerwürfnis von Jörg Meuthen und Frauke Petry befeuerte. In Rheinland-Pfalz wurde der Konflikt lediglich unparteiisch begleitet (o.V. 2016c), und Junge konnte durch seine abwägende und mäßigende Rhetorik Fraktion und Landespartei weitgehend aus dem Streit heraushalten. Ähnlich agierte Junge im Fall der Höcke-Rede im Januar 2017, obgleich er dieses Mal nach widersprüchlichen Interviews kurzzeitig in der Kritik stand (Kaess 2017). Doch Junge verteidigte sich demonstrativ und griff Höcke indirekt an; er sei nicht mehr bereit, „seine [Höckes; d. Verf.] Tabubrüche aushalten zu müssen“, zudem sei er der Meinung, dass „[d]ie wilden Spinner aus den rechten Grauzonen [...] der Partei“ schaden würden (Mück-Raab 2017).

Darüber hinaus wurde Junge und weiteren Mitgliedern des Landesvorstands vorgeworfen, unrechtmäßigen Einfluss auf die Wahl von Direktkandidaten für die Bundestagswahl genommen zu haben (Knaudt/Steffenfauseweh 2017). Dennoch blieb sein Führungsanspruch

bislang unangefochten. Öffentlichkeitswirksame Eskalationen interner Konflikte sowie Kaskaden von Intrigen, wie aus anderen Landesverbänden bekannt, sucht man in Rheinland-Pfalz vergebens. Lediglich die Vizevorsitzende Christiane Christen ist zuweilen als Junges Kontrahentin zu identifizieren, doch auch hier kam es bislang kaum zu öffentlicher Kritik und Konflikten. Zentral für die relativ reibungslose Beziehung zwischen Fraktion und Landespartei scheinen u. a. auch regelmäßige Landeskonferenzen zu sein, auf denen die rheinland-pfälzischen Kreisvorsitzenden mit Landesvorstand und Fraktion hinter verschlossenen Türen über die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion diskutieren (vgl. AfD-RP 2014: 14 f.).

4.3 Politische Arbeit der Fraktion

4.3.1 Aktivitäten und Kommunikation

Im Vergleich zu den anderen AfD-Landtagsfraktionen betreibt die AfD-Rheinland-Pfalz eine recht konventionelle, jedoch auffallend konzeptuelle und professionelle Außenkommunikation. Vor allem der Facebook-Auftritt der Fraktion wird relativ aktiv betrieben; weniger als ein Drittel der Abgeordneten verfügt selbst über eine offizielle Seite, wobei Uwe Junge und Jan Bollinger mit ihren 5.001 und 4.174 Followern (Stand April 2017) ihre Fraktionskollegen deutlich überragen. Als besonders mitteilungsbedürftig zeigt sich Joachim Paul, der allein im Januar 2017 insgesamt 102 Posts veröffentlichte. Vergleichsweise intensiv nutzt die AfD-Rheinland-Pfalz das Videoportal YouTube. Seit April 2016 veröffentlichte die Partei

fast hundert Videos – größtenteils parlamentarische Redebeiträge sowie einige eigens angefertigte Videobotschaften. Häufig und regelmäßig kommuniziert die Fraktion über klassische Pressemitteilungen. Die AfD bezieht hier in provokativer Manier zumeist Stellung zu landespolitisch relevanten Themen sowie zur parlamentarischen Arbeit. Der Mainzer Landtag, der bis Ende 2016 die Pressemitteilungen der Parteien auf seiner eigenen Homepage veröffentlichte, sah sich aufgrund zweier Pressemitteilungen der AfD im November 2016 gezwungen, diese Publikationspraxis aus Sorge vor strafrechtlichen Konsequenzen einzustellen (Schlecht 2016f).

Die AfD-Rheinland-Pfalz inszeniert sich als bürgernahe Partei. Auf den Facebook-Seiten informieren die einzelnen Kreisverbände über regelmäßige Stammtische und andere kleinere lokale Veranstaltungen. Zudem versucht sie, mittels Veranstaltungsreihen den Kontakt zwischen Partei, Fraktion und Öffentlichkeit herzustellen. Zur Feier „100 Tage AfD-Fraktion“ organisierte sie zwischen September und Dezember 2016 insgesamt 16 Veranstaltungen, um in ganz Rheinland-Pfalz ihre eigene parlamentarische Arbeit öffentlich zu bilanzieren. Flankiert wurde dies von einem professionell produzierten Imagefilm, in dem ausgewählte Abgeordnete ihre parlamentarische Arbeit erläutern. Den demonstrativen Abschluss dieser Reihe bildete eine Veranstaltung auf dem nicht nur regionalkulturell bedeutsamen Hambacher Schloss, deren Organisation, Dramaturgie und Symbolik minutiös orchestriert waren.

4.3.2 Parlamentarische Initiativen

Als neue Oppositionspartei nutzte die AfD vor allem die parlamentarischen Kontrollinstrumente (siehe Tab. 3). Nicht zuletzt aufgrund der personellen Konstanz in Wahlkampfleitung und Fraktionsführung konnte relativ früh eine stabile Organisation entwickelt und eine vergleichsweise hohe Zahl von parlamentarischen Initiativen eingebracht werden. Im Untersuchungszeitraum entfielen auf jeden AfD-Abgeordneten durchschnittlich 19 Kleine Anfragen. Fünf aktive Abgeordnete brachten besonders viele Anfragen ein: Jürgen Klein (21), Timo Böhme (24), Michael Frisch (37) sowie vor allem Damian Lohr (45) und Joachim Paul (49). Über die Hälfte der Abgeordneten blieb indes unter diesem Durchschnitt und stellte lediglich zwischen 5 und 19 Kleine Anfragen.

Schlüsselt man die Kleinen Anfragen nach Politikfeldern auf, zeigen sich thematische

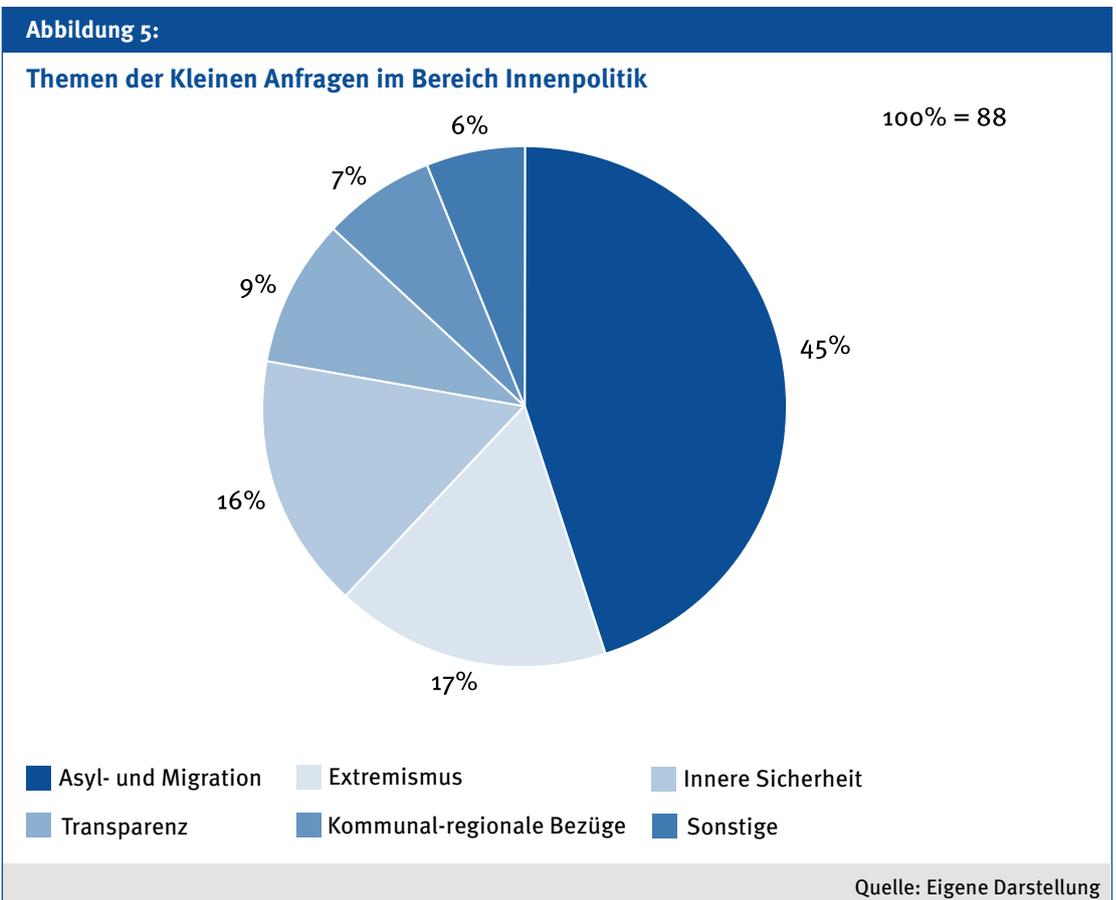
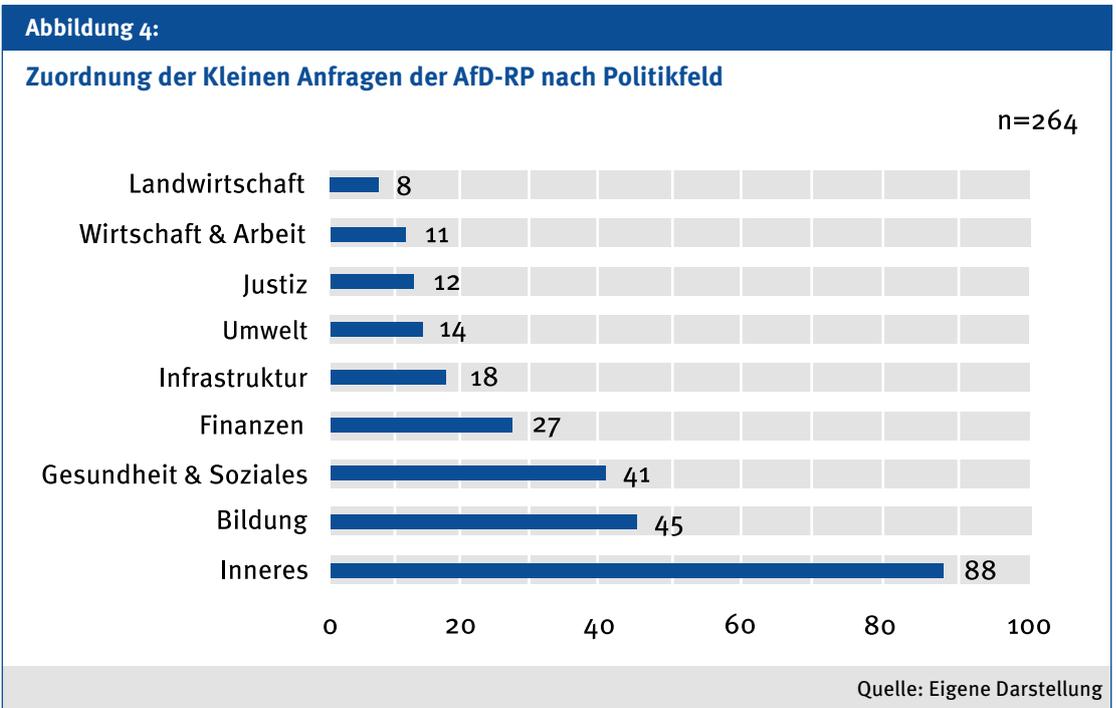
Tabelle 3:

Politische Arbeit der AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz 1. Mai 2016 bis 31. Januar 2017

Parlamentarische Initiativen	Anzahl
Anträge	18
Gesetzentwürfe	4
Aktuelle Debatten	7
Große Anfragen	0
Kleine Anfragen	264

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Mainzer Landtags

Schwerpunkte (siehe Abb. 4): Während Landwirtschaft, Arbeit und Wirtschaft, Justiz und Umwelt in den Kleinen Anfragen relativ wenig



bearbeitet wurden, fällt auf, dass sich die AfD vor allem auf die Bereiche Gesundheit und Soziales (41), Bildung (45) und, mit einem Drittel am häufigsten, auf Innenpolitik (88) konzentrierte. Die Themen Infrastruktur und Finanzen bilden das Mittelfeld. Die „Asyl- und Migrationspolitik“ und der „Islam“ spielten überraschenderweise zwar eine wichtige, insgesamt jedoch keine herausgehobene Rolle – von allen 264 Kleinen Anfragen weisen lediglich 47 einen solchen thematischen Bezug auf.

Die meisten dieser Anfragen zählen zum Politikfeld Innenpolitik (siehe Abb. 5). Innerhalb dieser Rubrik macht die „Asyl- und Migrationspolitik“ fast die Hälfte (40) aus und ist damit zumindest dort das wichtigste Themenfeld. Die zwei anderen wichtigen Themenfelder in der Innenpolitik sind „Extremismus“ mit 15 Anfragen, mit einem klaren Schwerpunkt auf „Linksextremismus“, und die „Innere Sicherheit“ mit 14 Anfragen, bei denen es vor allem um die Ausstattung der Polizei und die Kriminalitätsbekämpfung geht. Die anderen drei Themenfelder sind quantitativ zwar nicht besonders auffallend, dennoch weisen auch sie auf eine politisch-strategische Stoßrichtung der AfD hin: Unter „Transparenz“ (8) werden vor allem Anfragen subsumiert, die die Thematik des Flughafen Hahns problematisieren. Zumindest 6 Kleine Anfragen thematisieren kleinteilig kommunal-regionale Bezüge wie demografische Probleme in einzelnen ländlichen Regionen. Lediglich 5 Anfragen konnten

wegen ihrer Diversität unter „Sonstige“ zugeordnet werden.

4.3.3 Schwerpunkte und Strategien

Auf dem Binger Landesparteitag der AfD-Rheinland-Pfalz im Juli 2016 äußerte Gastredner Jörg Meuthen viel Anerkennung für den parlamentarischen Einstieg der AfD-Fraktion: „Nirgendwo hat das so gut geklappt wie hier in Rheinland-Pfalz“, lobte der baden-württembergische Fraktionschef und fügte später hinzu: „Etwas neidisch darf ich vielleicht anmerken – Sie haben es auch ein bisschen leichter als wir, wenn Sie hier eine Landesregierung haben, die einem so bemerkenswerte Steilvorlagen liefert wie mit den Vorgängen um den Flughafen Hahn. Dann ist Oppositionsarbeit, das kann ich mir vorstellen, wahrlich reine Lust“ (AfD-RP 2016c). Tatsächlich erleichterte der Skandal um den an dubiosen Käufern gescheiterte Verkauf des Flughafens Frankfurt-Hahn der AfD den Einstieg in die Oppositionsarbeit beträchtlich. Dieses öffentlichkeitswirksam beispielbare Thema fiel ihr schon innerhalb der ersten Wochen der neuen Legislaturperiode direkt vor die Füße (Petermann 2016b). Rasch entwickelte sich hieraus eine Vertrauenskrise für Ministerpräsidentin Malu Dreyer (Frasch 2016c), welche die AfD-Fraktion u. a. dazu nutzte, Dreyer öffentlichkeitswirksam zum Rücktritt aufzufordern. Eine Kleine Anfrage von Damian Lohr (Drs 17/217)¹⁶ förderte überdies zutage, dass die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Fall Hahn

Nutzung von landespolitischen Skandalen

¹⁶ Die im Folgenden zitierten parlamentarischen Dokumente können unter den angegebenen Kürzeln in der Parlamentsdokumentation OPAL des Mainzer Landtags online eingesehen werden, vgl. http://opal.rlp.de/starweb/OPAL_extern/index.htm.

*Fälle
„Frankfurt-Hahn“
und „Ditib“*

eine horrendo Geldsumme an die Wirtschaftsprüfer gezahlt hatte, was Medien, Oppositionsparteien und auch die Koalitionspartner der SPD gleichermaßen beschäftigte (o.V. 2016f). Zudem statteten AfD-Fraktionsmitglieder dem Flughafen einen symbolischen Besuch ab, was die Betreiber, die sich über die mangelnde Präsenz der anderen Parteien beschwerten, deutlich begrüßten (o.V. 2016e). Der Plan der AfD, im Fall Hahn einen Untersuchungsausschuss einzuberufen, scheiterte indes an der ausbleibenden Unterstützung der größten Oppositionsfraktion (CDU). Diese stellte jedoch einen Misstrauensantrag gegen Malu Dreyer. Zwar sprach die Opposition aus CDU und AfD der Ministerpräsidentin dann auch geschlossen das Misstrauen aus, konnte allerdings keine Überläufer aus der Regierungskoalition verzeichnen, womit das Vorhaben letztlich scheiterte (Lehmann 2016).

Im Sommer 2016 öffnete sich ein weiteres politisches Gelegenheitsfenster, das der AfD half, sich als Oppositionsfraktion zu profilieren. Die rheinland-pfälzische Landesregierung verhandelte bereits seit Jahren mit dem türkischen Moscheegemeinden-Dachverband Ditib und weiteren islamischen Verbänden über einen Staatsvertrag, der u. a. einen flächendeckenden Islamunterricht an rheinland-pfälzischen Schulen regeln soll. Doch nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 und der anschließenden staatlichen Verfolgung der Gülen-Bewegung durch türkische Sicherheitsbehörden auch in Deutschland geriet Ditib in die öffentliche Kritik (Bingener 2016b). Die AfD nutzte diese

Gemengelage, um das Thema zu forcieren, und forderte die Landesregierung auf, die Verhandlungen abubrechen, weil Ditib ein „Organ der türkischen Regierung“ sei (Drs 17/735). Wenig später setzte die AfD ihre Forderung nach einer Beobachtung von Ditib durch den Verfassungsschutz mittels einer aktuellen Debatte auf die Agenda des Landtages (Drs 17/942). Auch die CDU distanzierte sich seitdem von Ditib, grenzte sich zugleich aber entschieden von der AfD ab (Hau 2016). Während sich die AfD-Fraktion bemühte, das Thema medial fortwährend auf der Agenda zu halten, versuchte vor allem der AfD-Fraktionär Joachim Paul, das Thema über parlamentarische Initiativen in der landespolitischen Öffentlichkeit stetig zu aktualisieren (Drs 17/918; Drs 17/1835; Drs 17/2117).

Nachdem Ministerpräsidentin Dreyer sich anfangs noch hinter den Islamverband gestellt hatte, beugte sie sich schließlich der Kritik der Opposition sowie ihres grünen Koalitionspartners und stoppte Anfang August 2016 die Verhandlungen mit den Ditib-Landesverbänden (Kern/Kirschstein 2016). Die AfD bejubelte diese Kurswende der etablierten Parteien, welche die AfD noch im Frühjahr für die Aussage kritisiert hatten, Ditib stelle einen Brückenkopf „für sunnitisch-islamistischen Einfluss aus der Türkei“ dar und sei daher als Verhandlungspartner abzulehnen (Thurnes 2016). Zudem setzte sie ihre Kritik an Ditib als „straff geführte[r] Funktionärs- und Kaderpartei“ und damit als verlängerter Arm Erdogans fort (Petermann 2016c) und stellte einen Antrag, um die Fördervoraussetzungen der Ditib-Landesverbände insbesondere bezüglich der Jugendarbeit

zu überprüfen (Drs 17/1554). Als schließlich im November 2016 auch ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten Zweifel an der Transparenz des türkischen Verbandes aufkommen ließ, forderten sowohl CDU als auch AfD den Abbruch jeglicher Verhandlungen mit Ditib (o. V. 2016).

Jenseits des Landesparlaments nutzte die AfD die Ditib-Debatte, um beispielsweise regionale Konflikte zu befeuern. Vor dem Hintergrund des Putschversuches in der Türkei verknüpfte die AfD die Ditib-Debatte etwa mit Protesten gegen einen Moscheebau in Germersheim und Bad Kreuznach, an denen sich die AfD-Abgeordneten und Kreisvorsitzenden Matthias Joa und Jürgen Klein schon länger beteiligt hatten (o. V. 2016d). Joachim Paul, der ein „Moratorium“ zum Ditib-Moscheebau gefordert hatte (Petermann 2016c), trat Anfang Oktober 2016 anlässlich des Baubeginns der Moschee in Germersheim während einer kleinen Protestkundgebung der „Interessengemeinschaft Germersheim“ als Redner auf und bezeichnete Ditib als „Herrschaftsinstrument der Türkei“ (o. V. 2016i). In Bad Kreuznach konnte die AfD vor allem durch Jürgen Klein lokale Proteste für sich vereinnahmen¹⁷ und öffentlich sowohl das angebliche Schweigen der anderen Parteien zu diesem Thema als auch den Ditib-Moscheebau kritisieren (Lutterbach 2016). Nach mehreren Monaten stoppte im Februar 2017 ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz den Moscheebau in

Germersheim aufgrund von Bedenken bezüglich des „Nutzungsumfangs“ (o. V. 2017c). Auch in Bad Kreuznach wurde im März 2017 der Bau abgebrochen, nachdem herausgekommen war, dass die Moschee nicht den lokalen Akteuren, sondern dem Ditib-Dachverband gehören sollte. Die SPD-Oberbürgermeisterin Heike Kaster-Meurer fand nun deutliche Worte zum Bauprojekt: „Wir sind nicht daran interessiert, dass sich die Türkei hier breitmacht“ (Haag/Mittler 2017).

Einen weiteren thematischen Schwerpunkt stellt der politische „Kampf gegen „Linksextremismus“ (Drs 17/129) dar. In verschiedenen Initiativen erfragte die AfD-Fraktion etwa detaillierte Informationen über linke Strukturen (Drs 17/427; Drs 17/449): So erkundigte sich Timo Böhme gezielt nach einzelnen Personen, die etwa Demonstrationen angemeldet hatten (Drs 17/1431). Auch das besetzte „Haus Mainusch“ auf dem Campus der Gutenberg-Universität Mainz (Drs 17/412; Drs 17/1076), die Strukturen und Aktivitäten der Amadeu-Antonio-Stiftung (Drs 17/524) sowie die Internetplattform „links-unten.indymedia.org“ (Drs 17/533; Drs 17/893) waren Gegenstand verschiedener kritischer Anfragen. Immer wieder warnte die AfD dabei vor „linksextreme[n] Gewalttaten“ (Drs 17/401, Nr. 8) und übte Kritik an einer vermeintlichen linksliberalen Meinungsführerschaft, die sich etwa an einer undifferenzierten Sichtweise auf den „Marxismus“ zeige, womit sich die AfD den zunächst von der CDU geäußerten Vorbehalten

*Politische Offensive
gegen linke Strukturen*

¹⁷ Auf einer Podiumsdiskussion auf dem Hambacher Schloss im Oktober 2016 äußert Friedrich-Wilhelm Servaty (AfD-RP), dass es gerade in Bad Kreuznach viele mittelständische Unternehmen gebe, die Ditib kritisierten. Mit diesen stehe die AfD im engen Kontakt (AfD-RP 2016f).

Hambacher Schloss

gegenüber Projekten und Ausstellungen, die zum 200. Geburtstag von Karl Marx geplant waren, anschloss. Im Landtag spitzte Joachim Paul öffentlichkeitswirksam zu und kritisierte, Karl Marx habe „zeitlebens an einer Kriegsmaschine gebastelt“ (Schlecht 2016c).

In diesem Zusammenhang fokussierte die AfD-Fraktion zudem die Landeszentrale für politische Bildung, die sie für ihre vermeintlich unkritische und unreflektierte Darstellung des „Kommunismus“ (Drs 17/1755) kritisierte, weil diese ihn nicht als „totalitäre Ideologie“ bezeichne (Drs 17/1755). Im Februar 2017 versuchte die AfD-Rheinland-Pfalz auf eine geplante Veranstaltung der Landeszentrale zum Thema „Extremismusprävention“ Einfluss zu nehmen (Seydewitz 2016). Mit dieser diffusen Anklage wegen eines allgegenwärtigen „Linksextremismus“ konnte die Partei zumindest partiell öffentliche Resonanz erzielen. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch die ungewöhnliche Häufung von Angriffen auf AfD-Abgeordnete seitens mutmaßlich linksradikaler bzw. autonomer Gruppen (o.V. 2017e), welche dieser Argumentation Plausibilität verschafften und die AfD angesichts einer tatsächlichen gemeinsamen Bedrohung intern umso fester zusammenschweißten (vgl. AfD-RP 2016e).

Im Oktober 2016 organisierte die AfD anlässlich „100 Tage Fraktionsarbeit im Landtag Rheinland-Pfalz“ eine ebenso bedeutsame wie umstrittene Veranstaltung auf dem Hambacher

Schloss. Bereits während der Planungsphase hatte sich die AfD vor Gericht erfolgreich gegen administrative Widerstände durchgesetzt. Auf dem Schloss hatte 1832 das „Hambacher Fest“ stattgefunden, ein lokaler Protest, der sich gegen die Restauration des Deutschen Bundes gerichtet und für die nationale Einheit ausgesprochen hatte. An diese Idee wollte die AfD mit ihrer Veranstaltung anknüpfen und sich zugleich in eine Traditionslinie damit stellen. Bezeichnenderweise stimmten die knapp 300 Teilnehmer mehrmals das Volkslied „Die Gedanken sind frei“ an (Petermann 2016d). Ein Beobachter beschrieb die gesamte Veranstaltung als Zelebrierung einer „Krönungsmesse“ (Breidenbach 2016). Frauke Petry griff in ihrer Rede den nationalen Impuls auf und betonte die Bedeutung eines Nationalstaates für die Demokratie: Die AfD sei daher „im Gegensatz zu allen anderen Parteien wirklich demokratisch“ (Crolly 2016). Uwe Junge nutzte die Inszenierung, um sich und seine Partei als patriotische und vor allem nichtextremistische politische Kraft darzustellen (Breidenbach 2016). Der AfD bot die Veranstaltung somit die Gelegenheit, an „eine Art nationalpatriotische Tradition in der deutschen Geschichte anzuknüpfen“ und „geschichtspolitisch aus dieser Traditionslinie Kapital zu schlagen“ (Wiese/Billerbeck 2016). Die AfD-Rheinland-Pfalz vertrat hier einen tendenziellen Geschichtsrevisionismus,¹⁸ inszenierte diesen jedoch weniger auffällig und provo-

¹⁸ Die Vereinnahmung des Hambacher Festes als stilisierter Akt einer deutschen Demokratiebewegung löst sich in beträchtlicher Weise von der historischen Realität: Diese Perspektive trägt geschichtsrevisionistische Züge, geht sie doch über die sozialgeschichtlichen Bedingungen und Motive der Beteiligten willentlich hinweg. Das Hambacher „Freiheitsversprechen“ spielte seinerzeit nur eine untergeordnete Rolle, wie Historiker herausstellen. Es ging den Protestierenden vor allem um konkrete materielle Probleme in ihrem Alltag, wie „Steuerverweigerungen, Brotkra-

kant als andere Landesverbände – und war zugleich der erste Verband, der sich explizit im Bereich der Geschichtspolitik positionierte. Es gab zwar lokale Gegenproteste, organisiert u. a. von SPD, Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen (Breidenbach 2016), aber letztlich konnte die AfD das Thema öffentlichkeitswirksam zu ihren Gunsten inszenieren. Insgesamt zeigt sich hier ein entscheidendes Charakteristikum der AfD-Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Landesverbänden: Die Thematik des Patriotismus bzw. Nationalismus und dessen Läuterung qua Geschichtspolitik ist zwar ein bedeutsames Thema, das die AfD in Rheinland-Pfalz jedoch behutsamer angeht. In den parlamentarischen Initiativen wird es nur selten betont, eine vermeintlich „deutsche Identität“ wird nicht offensiv herausgestellt, sondern vorsichtig und indirekt – beispielsweise über den Fußball – transportiert (Drs 17/429). Das Muster dieser Herangehensweise zeigte sich auch in Hambach: Eine inhaltlich äußerst nationalistische Veranstaltung wurde aufgrund ihrer gemäßigten öffentlichen Darstellung kaum als solche wahrgenommen.

4.4 Selbstverständnis und Umgang

Auf den ersten Blick fällt die AfD in Rheinland-Pfalz aus dem Rahmen. Sie setzt andere Akzente als die übrigen Landesverbände und versucht sich in ihrer parlamentarischen Rolle bedach-

ter und moderater zu positionieren. In seiner Rede zur Regierungserklärung Anfang Juni 2016 charakterisierte Uwe Junge das Ziel der AfD im Parlament: „In der Sache hart, aber im Ton moderat“ (AfD-RP 2016b) wolle die AfD eine „wirkliche Opposition“ im Landtag sein. Konstruktive parlamentarische Arbeit sei der Schlüssel, um das Land zu verändern. Semantisch fällt diese Nuancierung auf: Die AfD wolle konstruktive Oppositionsarbeit im Parlament betreiben, um *dadurch* einen „fundamentalen Wandel“ einzuleiten (AfD-RP 2016d). Es gehe also nicht um prinzipielle Opposition, sondern um die inhaltliche Arbeit innerhalb des parlamentarischen Betriebs. Junge distanzierte sich ausdrücklich von einem Bewegungskarakter der Partei: Auf dem Hambacher Schloss betonte er im Oktober 2016, dass die AfD nur als legitimierte Kraft in den Parlamenten erfolgreich sein könne, nicht als Protestbewegung (Breidenbach 2016). In einem Informationsfilm über die Arbeit der Fraktion wird ebenfalls demonstrativ die Regierungskontrolle als wichtigste Aufgabe ihrer Oppositionsrolle unterstrichen (AfD-RP 2016d). Nach Junge sei dies aktuell der „klare Oppositionsauftrag“; dennoch schließt er eine mögliche Regierungsbeteiligung auf lange Sicht nicht aus, solange es keine „Juniorpartnerschaft à la FDP unter Aufgabe der eigenen Positionen“ sei (Thurnes 2016).

Landeschef Junge personifiziert das Rollenverständnis der AfD in Rheinland-Pfalz.¹⁹ Er betont immer wieder die „klassisch preußisch-

*Sachpolitisches
Oppositionsverständnis*

walle], Holzdiebstahl und Ausschreitungen gegen Staatsbeamte und Militärs“ (Hahn/Berding 2010: 449). Für diese Art der geschichtsrevisionistischen Tendenzen prägten Eric Hobsbawm und Terence Ranger das Schlagwort von der „invention of tradition“ (Hobsbawm/Ranger 1983).

¹⁹ In seinem Büro hängen drei Porträtfotos: von Erwin Rommel, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Helmut Schmidt (Frasch 2016d).

deutschen Tugenden“ wie „Pflichtbewusstsein, Fleiß“, die diesem „Volk inne“ seien und es „auch auszeichnen“ würden (Frasch 2016d). Diese Tugenden habe er beim Militär gelernt, sie gelte es wieder stärker zu betonen. Rhetorisch kommen seine Worte gemäßiger daher als etwa Verlautbarungen anderer AfD-Führungspersonlichkeiten – inhaltlich aber unterscheidet sich beides kaum voneinander. Schließlich nutzt Junge diese vermeintlichen Tugenden gerade auch dafür, einem vorgeblich geläuterten Nationalismus zu frönen und zu diesem Zweck die deutsche Geschichte zu relativieren: „Wir haben ja immer wieder hervorragende Leistungen gebracht. Dass wir nach der totalen Vernichtung wieder so herausgekommen sind, hat auch mit diesen Tugenden zu tun“ (Frasch 2016d). Der Partei- und Fraktionsvorsitzende charakterisiert die AfD in Rheinland-Pfalz als „bürgerlich-konservative, patriotische Partei“ (Schlecht 2016e), die für das eintrete, wofür die CDU „vor Merkel“ einst gestanden habe (Schlecht 2016a). Im Sommerinterview 2016 spitzte Junge zu: „Ich bin immer eigentlich Christdemokrat geblieben“ (Appelmann 2016). Dieses Image der AfD will er verkaufen; doch das Bild bröckelt immer dann, wenn Junge die Widersprüche nicht mehr relativieren kann: Etwa im Skandal um Höckes Dresdener Rede im Januar 2017, als Junge einerseits die Parteilinie wahren musste, andererseits versuchte, die Aussagen Höckes herunterzuspielen (Kaess 2017).

Die AfD wurde von Anfang an von der SPD demonstrativ ausgegrenzt. Die wiedergewählte Ministerpräsidentin Malu Dreyer erteilte

der SWR-Elefantenrunde vor der Wahl eine Absage, weil sie der „rechtspopulistischen“ AfD keine Bühne bieten wolle (Petermann 2016a). Viele Parlamentarier verweigerten den AfD-Neulingen den Handschlag (Frasch 2016d). Doch gerade diese zur Schau gestellte Ausgrenzung ermöglichte es der AfD, sich in der „Rolle der Verfeimten einzurichten“ (ebd.) – zumal Junge im militärischen Drill kühn und abwägend diese Distanz aushielt, ohne über die Maßen zu provozieren. Die anderen Parteien nutzen des Weiteren die ihnen zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instanzen und Spielräume, um die AfD von Beginn an institutionell einzuhegen. Exemplarisch hierfür steht etwa die Initiative, die Anzahl der Ausschussposten für Oppositionsparteien zu verkleinern, damit die AfD weniger parlamentarische Posten erhält.

In Rheinland-Pfalz zeigt sich ein Muster, wie sich die AfD zu einzelnen Parteien verhält: Die Grünen sind der ideologische Feind, aber sie werden weniger direkt inhaltlich angegriffen; vielmehr übt die AfD Kritik an der Landesregierung, die sich vermeintlich von den Grünen vor sich hertreiben lasse, beispielsweise in der Frage des Abstimmungsverhaltens der Landesregierung im Bundesrat über sichere Herkunftsstaaten (AfD-RP 2016d). Umgekehrt suchten auch die Grünen in der Konfrontation mit der AfD ihre Profilierung. Auf ihrem Landesparteitag in Idar-Oberstein Ende 2016 stilisierten sich die Grünen als „Hauptgegner“ der AfD (o.V. 2016m). Von der FDP wiederum zeigt sich die AfD enttäuscht. Die Freidemokraten hätten sich der Regierungsbeteiligung wegen

Erbin der alten CDU?

von ihren eigenen Kernanliegen distanziert, beklagte Junge im Sommerinterview (Appelmann 2016).

Seit der Landtagswahl und dem Einzug der AfD ins Parlament befindet sich die CDU in einem Dilemma. Die Christdemokraten haben die Wahlernttäuschung nur schwer verkraften können, die Vorsitzende Julia Klöckner steht regelmäßig in der Kritik, und die Positionierung gegenüber der AfD ist umstritten (Frasch 2016b). Die FDP bezeichnete die CDU aufgrund ihres Verhaltens bereits als „AfD light“ (Brück 2016). Zugleich griff die AfD mit Themen wie der „Inneren Sicherheit“ traditionelle CDU-Positionen auf, so dass der Ausweg aus diesem Dilemma für die Christdemokraten immer schwieriger wurde (o. V. 2016k). In dieser Situation wird nunmehr die CDU zu dem politischen Gegner, auf den sich die AfD konzentriert. Die Christdemokraten wiederum versuchen umso demons-

trativer, die AfD im parlamentarischen Alltag zu ignorieren (Frasch 2016d). Julia Klöckner hat jegliche Zusammenarbeit und eine „Koalition in der Opposition“ ausgeschlossen, doch diese proklamierte Distanz wurde im parlamentarischen Alltag nicht immer aufrechterhalten (Schlecht 2016d). Bei dem geplanten Misstrauensantrag gegen Ministerpräsidentin Dreyer stimmten beide Fraktionen gemeinsam (Thurnes 2016), einzelne CDU-Politiker applaudieren inzwischen gelegentlich auch bei Reden von Junge im Landtag (Frasch 2016d), und Gereon Haumann, Mitglied des rheinland-pfälzischen CDU-Vorstands, schloss auf einer Podiumsdiskussion im Januar 2017 eine Koalition mit der AfD nicht mehr kategorisch aus: „Immer noch besser als eine rot-rot-grüne Regierung“, befand Haumann, der seine Aussage später dementierte und von Klöckner kritisiert wurde (Knaudt 2017).

5 Die AfD in Sachsen-Anhalt

5.1 Landesverband, Wahlkampf und Wähler

Die AfD in Sachsen-Anhalt (AfD-SA) war organisatorisch lange Zeit vergleichsweise schwach entwickelt (vgl. Hensel et al. 2016: 33 f.), nach den Landtagswahlen im März 2016 verdoppelte sich die Mitgliederzahl jedoch auf fast 600 Mitglieder (o. V. 2017b). Der Landesverband ist in 14 Kreisverbände untergliedert, deren organisatorische Entwicklung sehr konfliktreich verlaufen ist. Eine besondere Bedeutung hat die über hundert Mitglieder starke *Junge Alternative* (JA) im Land, die unter der Führung des Landtagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt einen ebenso agilen wie scharf rechts prononcierten Kurs verfolgt (Schönian 2016). Nach einer turbulenten und instabilen Frühentwicklung des Landesverbands übernahm André Poggenburg im Juni 2014 den Landesvorsitz. Durch kluges Taktieren und einen geschickten Umgang mit Kontroversen, gepaart mit einem „harten“ Führungsstil (Richter 2016a), gelang es ihm, die zersprengten Reihen zu schließen. Poggenburg verdrängte seine Widersacher und forcierte einen programmatischen Rechtsschwenk des Landesverbandes, weshalb sich nie ein zusammenhängender „liberaler“ oder „bürgerlich-moderater“ Flügel hat konstituieren können (ebd.). Im März 2015 initiierte er gemeinsam mit Björn Höcke die „Erfurter Resolution“, die einen expliziten Rechtsruck der AfD forderte und eine Parteispaltung forcierte. Die (neu)rechte Ausrichtung spiegelte sich bereits früh auf organisatorischer Ebene (Weiß 2017: 144), etwa in der unter Führung des

späteren Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider gegründeten *Patriotischen Plattform*, die bereits unter Bernd Lucke die national-völkischen Strömungen zu integrieren und kanalisieren versuchte (Heinrich 2016).

Poggenburg führte die AfD mit einem national-völkischen Wahlprogramm unter dem Motto „Die Stimme der Bürger – unser Programm! Wir für unsere Heimat“ in den Landtagswahlkampf (AfD-SA 2015). Getreu der bundesparteilich lancierten „Herbstoffensive“ fokussierte die AfD-Sachsen-Anhalt hier auf die Themen Asyl und Zuwanderung und schürte die Bedrohungsszenarien kultureller Überfremdung sowie sozialen Sicherheitsverlustes (vgl. Hensel et al. 2016: 36). Ihre fragile Organisationsstruktur kompensierte die AfD im von Daniel Roi koordinierten Wahlkampf mit einem hohen persönlichen Einsatz der Listenkandidaten, der Unterstützung von JA-Mitgliedern sowie mit der Mobilisierung von Protestgruppen. Neben Großdemonstrationen mit prominenten Rednern wie Petry, Gauland und Höcke organisierte die AfD auch eine Reihe kleinerer Kundgebungen, Info-Tische oder Bürgerversammlungen und zollte so den sowohl demografisch schwachen als auch politisch marginalisierten Regionen Sachsens symbolische Anerkennung.

Mit 24,3 Prozent der Zweitstimmen erzielte die AfD bei der Landtagswahl 2016 das bislang höchste Landesergebnis in der Parteigeschichte und zog mit 25 Sitzen als zweitstärkste Kraft in den Magdeburger Landtag ein. Für die etablierten Parteien bedeutete dies ebenso wie die damit verbundene Verschiebung der lan-

despolitischen Mehrheitsverhältnisse einen Schock: Vor allem die SPD (−10,9%) und die Linke (−7,4%) verloren im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl stark an Wählerstimmen und durch die hohen Wahlergebnisse der AfD auch massiv an Sitzen im neuen Landtag. Mit einer Mehrheit von 46 der insgesamt 87 Sitze bildeten CDU (30), SPD (11) und Grüne (5) die sogenannte „Kenia-Koalition“. Die CDU konnte mit 29,8 Prozent immerhin stärkste Kraft werden – auch wenn dies ihr historisch zweitschlechtestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt überhaupt ist. Die Linke verlor mehr als 7 Prozentpunkte und wurde mit 16,3 Prozent nur drittstärkste Kraft. Die große Wahlverliererin war jedoch die SPD; sie erzielte lediglich 10,6 Prozent und verlor damit die Hälfte ihrer Stimmen. Den Grünen gelang mit 5,2 Prozent knapp der Einzug, während die FDP mit 4,9 Prozent ebenso knapp den Sprung in das Landesparlament verfehlte.

Zum ersten Mal seit 1990 schafften es mehr als vier Parteien in den Landtag, zugleich erzielte die AfD mit fast einem Viertel der Wählerstimmen das beste Resultat, das eine Partei in der bundesrepublikanischen Geschichte jemals aus dem Stand erreicht hat (Holtmann/Völkl 2016: 547). Die Zusammensetzung der Wählerschaft der AfD in Sachsen-Anhalt ist diffus. Rund 100.000 Wähler stammen aus dem Lager der ehemaligen Nichtwähler, womit die AfD mit Abstand am stärksten von der auf 61,1 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren konnte (Infratest dimap 2016c: 47). Ihr Erfolg speiste sich auch aus der latent hohen gesamtgesellschaftlichen Frustration; diese konnte die

AfD-Sachsen-Anhalt auch in Wählerstimmen kanalisieren. Hintergrund für das fulminante Ergebnis der AfD war indes die generelle hohe Unzufriedenheit mit allen politischen Parteien (Forschungsgruppe Wahlen 2016: 42), eine gerade im ländlich geprägten Sachsen-Anhalt „tief verwurzelte Angst vor Veränderungen“ (Stöcker 2016: 337) sowie ausgeprägte nationalchauvinistische, antisemitische, autoritäre und sozialdarwinistische Orientierungen (Holtmann 2016: 249). Schließlich kulminieren hier ganz unterschiedliche gesellschaftliche Probleme. Selbst im ostdeutschen Vergleich leidet das Bundesland unter einer besonders hohen Arbeitslosigkeit; der Mittelstand ist insgesamt nur rudimentär vorhanden. Bis heute ist die Bewältigung des Strukturwandels eines der dominantesten Themen der Landespolitik. Im Landtagswahlkampf 2016 wurde das Thema „Arbeit“ knapp vor dem Thema „Flüchtlinge“ als wichtigstes politisches Problem genannt (vgl. Holtmann/Völkl 2016: 542).

Interessant scheint zudem die regionale Verteilung der AfD-Ergebnisse: Sie erreichte in fast allen Wahlkreisen, in denen sie antrat, über zwanzig Prozent, in einzelnen Regionen gar an die dreißig Prozent. Ihre Hochburgen lagen vor allem im Südwesten und unterhalb einer geografischen „Scheidelinie“, oberhalb deren die CDU ihre angestammten Hochburgen im Norden verteidigen konnte (Holtmann/Völkl 2016: 560). Obwohl sie nur in 37 der 43 Wahlkreise einen Kandidaten aufstellte, konnte die AfD insgesamt 15 Direktmandate erobern. Ihre besten Erststimmenergebnisse erzielte sie mit 33,4 Prozent in Bitterfeld und mit 33,1 Prozent

in Querfurt, also in den ehemaligen strukturstarken Industrieregionen rund um Halle und im Mansfelder Land (ebd.: 551). In den Großstädten (Halle: 19,5 %, Magdeburg: 18 %) schnitt sie insgesamt unterdurchschnittlich ab, konnte aber dennoch jeweils einen Wahlkreis gewinnen.

5.2 Profil und Entwicklung der Fraktion

Die AfD-Fraktion Sachsen-Anhalts war lange Zeit personell stabil. Im Untersuchungszeitraum gab es keine Austritte oder Wechsel.²⁰ Unter den insgesamt 25 Abgeordneten finden sich lediglich zwei Frauen. Mit 43 Jahren sind die AfD-Abgeordneten im Schnitt 5 Jahre jünger als ihre Parlamentskollegen, fast die Hälfte ist nach 1980 geboren, ganze vier sogar erst in den 1990er Jahren (Kürschners Volkshandbuch 2016b). Auch wenn sich die AfD für eine klassische Familienpolitik einsetzt, ist fast die Hälfte der Fraktionäre ledig (vgl. ebd.). Während in den letzten Wahlperioden die meisten Abgeordneten aller Parteien über „einen Fach- oder Hochschulabschluss“ (Dobner 2012: 566) verfügten, kann in der AfD-Fraktion nur jeder Zweite ein solches Bildungszertifikat vorweisen. Einen Dokortitel besitzt lediglich Hans-Thomas Tillschneider. Ein Fünftel der AfD-Parlamentarier hat unkonventionelle Ausbildungskarrieren, gekennzeichnet von Brüchen und Neuanfängen, absolviert, wie sie gerade für den Osten prägend sind. Der Baufacharbeiter Volker Olenicak beispielsweise ließ sich vor seinem

Einzug ins Parlament zunächst zum Molkereifacharbeiter und später zum Ver- und Entsorger umschulen (Kürschners Volkshandbuch 2016b: 67). Nach Berufsgruppen teilt sich die Fraktion zu etwa gleich großen Teilen in Angestellte und Selbstständige auf; hinzu kommen vier Beamte aus dem Innen- und Sicherheitsbereich sowie ein Student.

Einige AfDler können auf politische Vorerfahrungen zurückgreifen, wenngleich sich diese wiederum deutlich unterscheiden. Sieben der 25 Abgeordneten geben an, sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereinen oder Stiftungen zu engagieren, darunter etwa Daniel Roi. Der studierte Agrarwissenschaftler und ehrenamtliche Feuerwehrmann ist seit seinem Eintritt in die AfD parteipolitisch äußerst aktiv und bekleidet diverse Vorstandsposten auf Kommunal- und Landesebene (vgl. ebd.: 76). Immerhin vier der 25 Parlamentarier waren zuvor Mitglied der CDU, einer in der FDP, zwei in der SED und ein weiterer in der DKP. Die übrigen Abgeordneten begannen ihr parteipolitisches Engagement erst mit der Gründung der AfD, in der heute fast alle Vorstandsfunktionen auf Kreisebene innehaben. Auf intensive und langfristige politische Vorerfahrung kann nur eine Minderheit zurückgreifen. Robert Farle etwa, der sich 1968 der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) anschloss, vertrat diese fast zwanzig Jahre lang im Stadtrat Gladbeck in Nordrhein-Westfalen (ebd.: 27). Nicht umsonst gilt der Ex-Kommunist, der nun Resonanz für seine nationalistischen Impulse in der AfD

Geringe politische Erfahrungen

²⁰ Ab Mai 2017 traten allerdings Sarah Saueremann, Jens Diederichs und Gottfried Backhaus aus der Fraktion aus.

findet (Eichler 2016a), als „Hirn der Fraktion“ sowie als versierter Rhetoriker (Steffen 2016a). Diese Mischung aus politischen Neulingen, zielstrebig-überzeugten Parteipolitikern, Opportunisten und Barden der nationalen Revolution wird von André Poggenburg angeführt.

Innerhalb der Fraktion zeichnete sich von Beginn an ein Machtkampf ab, der wiederum stets eng mit der Landespartei verknüpft war. Zentrale Kontrahenten waren zunächst André Poggenburg und Daniel Roi, die jeweils auch einen fundamentaloppositionellen bzw. einen sachpolitischen Kurs der AfD repräsentierten. Kurz nach den Wahlen kündigte Poggenburg an, zugunsten des Fraktionsvorsitzes auf den Posten des Landessprechers zu verzichten (Bingener 2016a) – woraufhin er mit siebzig Prozent zum Fraktionsvorsitzenden gekürt wurde. Die Stellvertreterposten errangen Matthias Büttner, Tobias Rausch, Oliver Kirchner, Sarah Sauermann und Matthias Lieschke, während Roi zum parlamentarischen Geschäftsführer gewählt wurde. Doch Poggenburg zeigte sich trotz des vereinbarten Deals nicht bereit, seinen Machtanspruch in der Landespartei aufzugeben, kandidierte auf dem Sonderparteitag im Mai 2016 in Eisleben überraschend erneut als Landesvorsitzender und konnte sich trotz intensiven Protestes seiner Fraktionskollegen durchsetzen (Bock 2016a).

Jenseits dieser internen Konflikte konstituierte sich die Fraktion auf parlamentarischer Ebene weitgehend geräuschlos. Die AfD konnte sich jeweils den Ausschussvorsitz für „Inneres und Sport“, „Arbeit, Soziales und Integration“ und „Landesentwicklung und Verkehr“ sichern

(Wolfskämpf 2016b). Überraschend, und nur mit Hilfe von CDU-Stimmen möglich, wurde Mitte April trotz einiger Kontroversen Daniel Rausch (AfD) zum Landtagsvizepräsidenten gewählt. Doch der deutlich überforderte AfDler trat bereits nach seiner ersten Sitzung Anfang Juni aus persönlichen Gründen zurück. Für ihn rückte der 69-jährige AfD-Abgeordnete Willi Mittelstädt nach, der erst in einem zweiten Wahldurchgang vom Parlament bestätigt wurde (Förtsch 2016). Trotz der internen Volte Poggenburgs waren die Konflikte noch lange nicht geklärt. Nachdem Tillschneider in seiner Funktion als Chef der „Patriotischen Plattform“ (PP) eine engere Zusammenarbeit zwischen AfD und „Identitärer Bewegung“ (IB) gefordert hatte (Bertram 2016), brachen die Konflikte wieder auf. Teile der Parteibasis und der Kreisfunktionäre erkannten in der Machtkonzentration Poggenburgs und der weiteren programmatischen Verschiebung nach rechts ein zusammenhängendes Problem.

Um einem weiteren Abdriften nach rechts und der „Laissez-faire-Haltung“ (Schumann 2016a) Poggenburgs entgegenzuwirken, initiierte Daniel Roi Mitte Juni den „Ruf der Vernunft“ (Ruf der Vernunft 2016), mit dem eine Kurskorrektur gefordert wurde. Der „Putschversuch“ (Bender et al. 2016) Rois schien zunächst geglückt, als die Mehrheit der Fraktion entschied, dass André Poggenburg seinen Fraktionsvorsitz niederlegen und das zu diesem Zeitpunkt vakante Amt des Vizepräsidenten übernehmen sollte (Steffen 2016b). Doch Poggenburg gelang es durch kluges Taktieren abermals, den Landesvorstand auf seine Seite

Führungskonflikte

„Ruf der Vernunft“

*Poggenburg
setzt sich durch*

zu ziehen (Bock 2016c). Mit dessen Hilfe erteilte er dem parlamentarischen Geschäftsführer aufgrund fehlender Parteidisziplin eine Rüge – und der „Ruf“ verpuffte (Bock/Kissmann 2016a). Nur kurzzeitig konnte sich die AfD als geschlossene politische Kraft inszenieren, ehe auf einer Fraktionssitzung in Gommern neue Konflikte entbrannten. In deren Folge wurde der siebenköpfige Fraktionsvorstand auf fünf Mitglieder verkleinert und mit Poggenburg-Vertrauten wie Oliver Kirchner, Tobias Rausch und Mario Lehmann besetzt. Durch dieses taktische Manöver wurde der Fraktionsvorsitzende mit hundert Prozent wiedergewählt, während Roi sein Amt als parlamentarischer Geschäftsführer an Robert Farle abgeben musste. Als Poggenburg den Machtkampf damit für sich entschieden hatte, zog er seine Bundestagskandidatur zurück.

Doch bereits kurz vor Weihnachten 2016 holte die AfD ein folgenschwerer Vorwurf ein. Gegen Matthias Büttner wurde Anzeige wegen sexueller Nötigung seiner Referentin gestellt. Die Entscheidung des Landesvorstands, die Referentin aufgrund ihrer vorgeblich schlechten Arbeit zu entlassen, führte abermals zu Kontroversen in der Fraktion (Eichler 2016f). Als schließlich Roi in den Verdacht geriet, den Konflikt in die Öffentlichkeit getragen zu haben, wurde Anfang Februar eine Sonderfraktionssitzung einberufen, um ihn zumindest temporär aus der Fraktion auszuschließen. Für diese Entscheidung konnte Poggenburg

zwar nicht die notwendige Mehrheit erreichen, gleichwohl aber seinen Machtanspruch vorerst behaupten.

5.3 Politische Arbeit der Fraktion

5.3.1 Aktivitäten und Kommunikation

Die AfD-Sachsen-Anhalt nutzt verschiedene Kommunikationsstrategien und Veranstaltungsformen, um Öffentlichkeit herzustellen. Vor allem vier Formate sind populär:

Verglichen mit den anderen Parteien in Sachsen-Anhalt nutzt die AfD dort erstens besonders effektiv die Potenziale der sozialen Medien. Die Fraktion betreibt neben ihrer offiziellen Internetseite und ihrem eigenen YouTube-Kanal vor allem einen regen Facebook-Auftritt. Auf dieser Plattform stellt die Fraktion mit etwa 6.000 Followern²¹ (Stand 27.03.2017) primär ihre parlamentarische Arbeit dar, spitzt zugleich aber ihre Botschaften bewusst zu. Diese Kommunikationsstrategie wird zweitens ergänzt durch eine eigene Fraktionszeitung. Die vierseitige Broschüre „Blauer Aufbruch“, die vor allem auf Demonstrationen und Veranstaltungen verteilt wird, informiert über die Politik und die Forderungen der AfD-Fraktion im Landtag (AfD-SA 2016). Drittens gibt die AfD-Sachsen-Anhalt seit Mai 2016 regelmäßig Pressemitteilungen heraus. Hier informiert sie über ihre parlamentarischen Initiativen, begründet ihre Anträge und hebt besondere Redebeiträge von André Poggenburg hervor.

²¹ Damit hat die AfD-Seite von allen Fraktionen die meisten Follower. Es folgen die Linke (mit 2.600), die SPD (1.400), die CDU (1.100) und die Grünen (1.100).

Viertens knüpft die AfD-Sachsen-Anhalt an ihre Wahlkampfstrategie an: Neben einzelnen größeren Demonstrationen in Magdeburg organisiert sie regelmäßig kleinere Demonstrationen, auf denen die Partei- und Fraktionsarbeit präsentiert wird. Die AfD sieht sich als „Stimme des kleinen Mannes“ und sucht die Nähe zur Bürgerschaft. Sie veranstaltet eine Reihe von Bürgerdialogen und Bürgerversammlungen. Zumeist finden sich an den teilweise abgelegenen Veranstaltungsorten in den kleinen Gemeinden nur wenige Teilnehmer ein, aber gerade hierdurch gelingt die Inszenierung des Dialogs und der Bürgernähe. Diese Arbeit der Fraktion ist bemerkenswert, weil die AfD in diesem Format und in dieser Regelmäßigkeit auch in Regionen Präsenz zeigt, die (partei)politisch sonst weitgehend abgekoppelt wirken. Somit dienen diese Veranstaltungen der langfristigen Vernetzung vor Ort und unterstützen die regionale Institutionalisierung der Partei, wie es sich etwa im Süden von Sachsen-Anhalt im Raum Bitterfeld zeigt (Schumann 2016d).

5.3.2 Parlamentarische Initiativen

Als neue Oppositionspartei stellte die AfD im Untersuchungszeitraum 27 Anträge und 237 Kleine Anfragen (siehe Tab. 4). Das Instrument des Gesetzesentwurfs findet sich – für die Arbeit von Oppositionsfraktionen nicht untypisch (vgl. Dobner 2012: 562) – nur ein Mal in Form einer Initiative zum Verbot der Gesichtverschleierung (Drs 7/287).²² Häufi-

Tabelle 4:

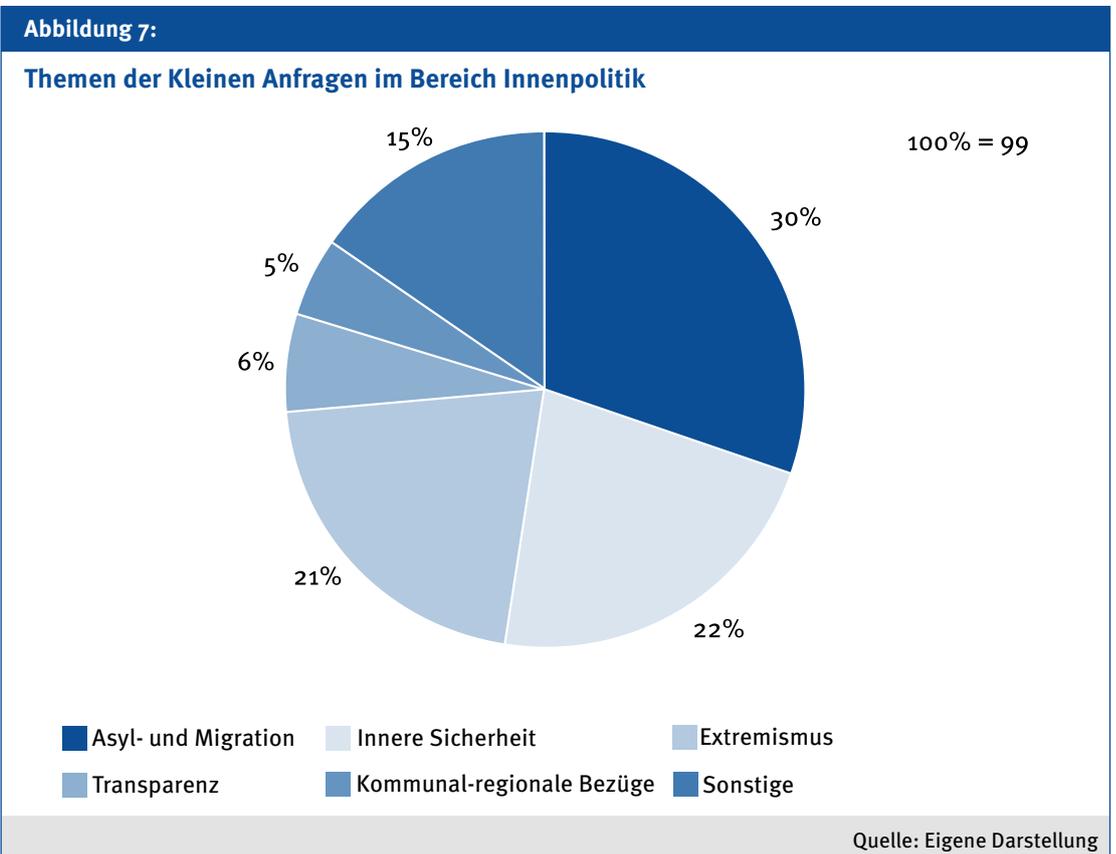
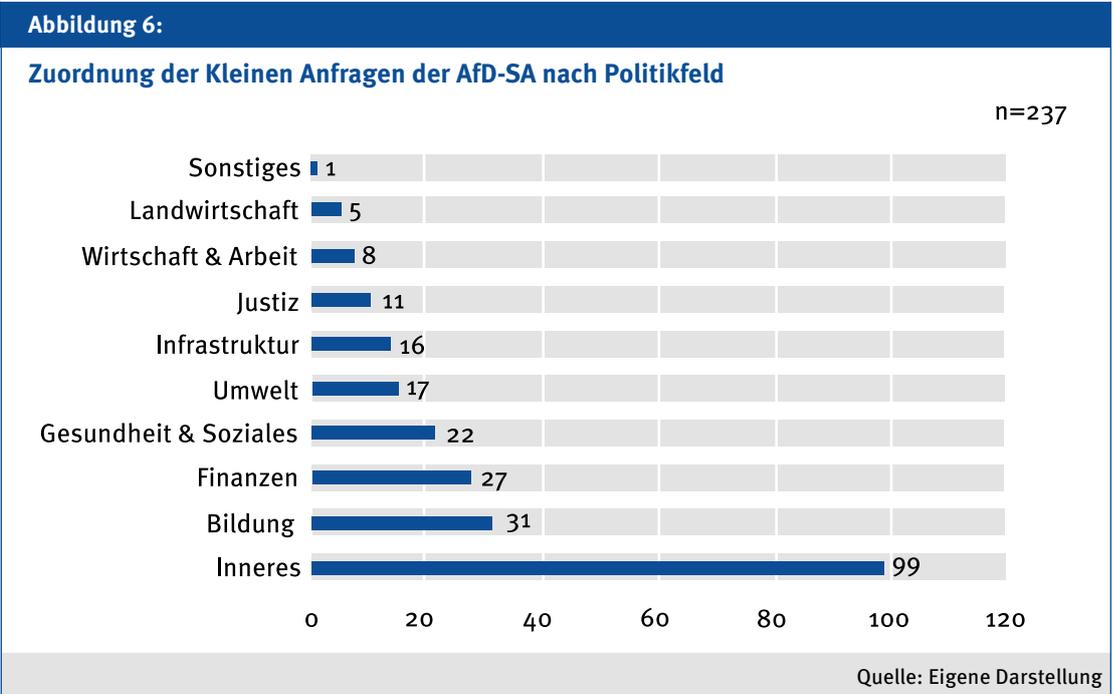
Politische Arbeit der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt 1. Mai 2016 bis 31. Januar 2017

Parlamentarische Initiativen	Anzahl
Anträge	27
Gesetzesentwürfe	1
Aktuelle Debatten	5
Große Anfragen	1
Kleine Anfragen	237

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Magdeburger Landtags

ger nutzte die AfD die aktuelle Debatte: Insgesamt stellte sie fünf Debattenanträge, um aus ihrer Sicht zentrale politische Themen im Landtag zu verhandeln. Hingegen ging von der Fraktion lediglich eine große Anfrage zum „Altanschlussnehmerbeitrag“ (Drs 7/78) aus. Die inhaltlich sowie qualitativ mitunter sehr verschiedenen 237 Kleinen Anfragen dienen ihr vor allem dazu, Informationen für die weitere parlamentarische Arbeit zu generieren, Themen auf die Agenda zu setzen oder Öffentlichkeit für ein bestimmtes Thema herzustellen. Die durchschnittlich knapp 9,5 Anfragen verteilten sich recht unterschiedlich auf die Fraktionäre. Während 10 AfDler keine bzw. nur unterdurchschnittlich viele Anfragen stellten, brachten 4 Abgeordnete mehr als 19 Anfragen ein. Die meisten Anfragen stellten Daniel Roi (19), Hannes Loth (20), Tobias Rausch (20) und,

²² Die im Folgenden zitierten parlamentarischen Dokumente können unter den angegebenen Kürzeln in der Parlamentsdokumentation des Magdeburger Landtags online eingesehen werden, vgl. <http://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/starweb/PADOKA/index.htm>.



allen voran, Jan Wenzel Schmidt (25). Die zeitliche Verteilung der Kleinen Anfragen zeigt zu Beginn eine Orientierungs- und Einarbeitungsphase, von März bis September 2016 sind insgesamt lediglich 89 Anfragen dokumentiert. Ab Oktober steigt die Frequenz deutlich auf über 40 Kleine Anfragen pro Monat.

Schlüsselt man die Kleinen Anfragen nach Politikfeldern auf (siehe Abb. 6), zeigt sich eine thematische Fokussierung. Während Landwirtschaft (5) sowie Arbeit und Wirtschaft (8) in den Kleinen Anfragen kaum bearbeitet werden, fällt auf, dass sich die AfD vor allem auf die Bereiche Finanzen (27), Bildung (31) und am stärksten auf Innenpolitik (99) konzentrierte. Unter die Rubriken „Finanzen“ und „Bildung“ fallen „große Themen“ wie die EZB-Politik oder die Annullierung der Bologna-Reformen ebenso wie konkrete „kleine Themen“, etwa die Restrukturierung des Landessparkassensystems oder die Einstellung neuer Lehrkräfte in bestimmten Regionen. Unter dem Rubrum „Innenpolitik“ verbergen sich mannigfaltige Themenbereiche (siehe Abb. 7). Fast ein Drittel der innenpolitischen Kleinen Anfragen behandelt die „Asyl- und Migrationspolitik“. Die ebenfalls darunter subsumierten Themen „Islam“ und „Islamismus“ kommen überraschenderweise insgesamt relativ selten vor, während „Kriminalität“ und „Polizei“ in 22 Kleinen Anfragen thematisiert werden. Unter „Extremismus“ fallen 21 Anfragen, in denen die AfD vor allem den vermeintlich hegemonialen „Linksextremismus“ anklagt sowie den „Rechtsex-

tremismus“ relativiert. Zwar finden sich auch einige Anfragen, die man mit „Transparenz“ (6) betiteln könnte, etwa wenn die AfD auf die Offenlegung von „Machenschaften“ der „etablierten Parteien“ abzielt, oder die konkrete kommunal-regionale Belange (5) aufgreifen, sie spielen aber keine primäre Rolle. Ähnlich verhält es mit jenen Anfragen, die aufgrund ihrer Diversität lediglich unter „Sonstige“ (15) eingeordnet werden können.²³

5.3.3 Schwerpunkte und Strategien

Bevor die AfD mit ihrer eigentlichen parlamentarischen Arbeit begann, fiel die Fraktion zunächst vor allem durch symbolisch-provokative Aktionen auf. Im Juni 2016 etwa verließ diese geschlossen die Parlamentssitzung, um eine vor dem Landtag stattfindende parteiunabhängige Demonstration gegen Abwassergebühren zu unterstützen. André Poggenburg stellte diese Parteinahme für die „kleinen Leute“ gar als Akt des zivilen Ungehorsams dar (Gauselmann 2016), mit dem die Fraktion einerseits bundesweit Aufmerksamkeit erzielte, andererseits die gewohnten Abläufe des parlamentarischen Betriebs symbolträchtig irritierte (Bock 2016b).

Im Laufe des Sommers 2016 nahm die Oppositionsarbeit der AfD-Fraktion an Fahrt auf. Dabei nutzten die Abgeordneten engagiert die sich bietenden landespolitischen Gelegenheiten, um sich in ein vergleichsweise positives öffentliches Licht zu rücken. Hierzu zählt vor allem der „Fall Güssau“. Es waren Gerüchte laut geworden, Landtagspräsident

*Offensive im
Güssau-Skandal*

²³ Der von André Poggenburg (2016) im Herbstinterview 2016 genannte Schwerpunkt der Familien- und Mittelstandspolitik lässt sich quantitativ nicht bestätigen.

*Affäre um
Beraterverträge*

Hardy Peter Güssau (CDU) habe im Rahmen der sogenannten „Stendaler Briefwahlaffäre“ im Jahr 2014 versucht, brisante Informationen zu Wahlfehlern und -fälschungsversuchen zu vertuschen (Rath 2014). Rasch entwickelte sich der Fall zur Belastungsprobe für die noch junge Landesregierung. Während sich die CDU hinter Güssau stellte, forderte SPD-Landeschef Burkhard Lischka den Rücktritt des Landtagspräsidenten, sofern dieser sich nicht ausreichend entlasten könne. Während die AfD sich anfangs dieser moderaten Position angeschlossen hatte, ging sie bald in die Offensive, indem sie nicht nur eine Aufklärung der Affäre, sondern darüber hinaus den unbedingten Rücktritt Güssaus verlangte (Schumann 2016b). Nach einer Anhörung Anfang August 2016, in der Güssau den Fraktionen Rede und Antwort stehen musste, kündigte Poggenburg an, mit seiner Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einzuleiten. Die AfD forderte nun nicht mehr nur den Rücktritt Güssaus, sondern kritisierte, dass es den anderen Parteien im Fall Güssau „nur um den Machterhalt“ (Augustin 2016) gehe, weshalb der Rücktritt einer einzelnen Person nicht ausreiche. Schließlich machte in Sachsen-Anhalt bereits das Wort von der „Camorra von der Uchte“ die Runde, wie die Stendaler CDU in Anlehnung an das dortige Flösslein mitunter genannt wurde (Gathmann/Hagen 2016). Durch ihr forsches Vorgehen wandelte sich die öffentliche Wahrnehmung der AfD-Fraktion in dieser komplexen Gemengelage merklich. Erstmals nahmen die regionalen Leitmedien die AfD ernsthaft wahr und fragten zumindest rhetorisch: „Behält die AfD

recht?“ (Augustin 2016) Am 15. August 2016 trat Güssau als Landtagspräsident tatsächlich zurück, womit die AfD zur Gewinnerin dieser Affäre avancierte (Machowecz 2016a).

Kurz darauf kündigte sich der nächste landespolitische Skandal an. Durch einen Bericht des Landesrechnungshofs wurde bekannt, dass offenbar millionenschwere Beraterverträge am Parlament vorbeigeschleust worden waren. Vor allem dem ehemaligen Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) wurde vorgeworfen, Verträge ohne Kenntnisse des Parlaments vergeben zu haben; der damalige Finanzstaatssekretär und aktuelle Wirtschaftsminister Jörg Felgner habe Honorare für Beraterverträge in Höhe von 6,3 Millionen Euro mit einer Investitionsbankverschleiert (Bock/Kissmann 2016b). Während die meisten Parteien anfangs lediglich eine allgemeine Aufklärung der Vorgänge forderten, beantragte die AfD Ende August eine aktuelle Debatte zum Thema (Drs 7/289). Doch besonders die SPD stellte sich zunächst noch demonstrativ hinter Felgner. Die AfD beantragte bald darauf einen Untersuchungsausschuss (Drs 7/368), der sich auf die Rolle des Finanzministeriums bei der Vergabe von Beraterverträgen konzentrieren sollte. Die Landesregierung stellte hierzu zwar Änderungsanträge, griff aber im Kern die Forderung der AfD auf. Der eingesetzte Untersuchungsausschuss klärte die Affäre schließlich auf; weitere dubiose Beraterverträge kamen ans Licht. Auch innerhalb der SPD schwand nun der Rückhalt Felgners, woraufhin dieser am 13. November 2016 als Wirtschaftsminister zurücktrat (Schumann/Gauselmann 2016). Auch hier erzielte die AfD

einen überraschenden Erfolg in ihrer oppositionellen Kontrolltätigkeit.

Ab Herbst 2016 zeichnete sich erneut ein Wandel in der parlamentarischen Praxis der AfD ab. In dieser dritten Phase traten Partei und Fraktion deutlich selbstbewusster auf. Mit diesem Nimbus ging die Fraktion nun auch gezielt eigene Themen an und spitzte diese aggressiv zu. Die AfD rückte anhand des bereits ein Jahr zuvor von der Landesregierung beschlossenen LSBTTI-Aktionsprogramms²⁴ das Thema „sexuelle Aufklärung“ in den Fokus und kritisierte symbolisch den sogenannten „Kita-Koffer“. Die AfD sieht in der „Sexualerziehung“ – als gesellschaftspolitisch überkonnotierte Form der „Erziehung“ – einen Affront. Bereits im Juni 2016 war der AfD-Abgeordnete Andreas Gehlmann dadurch aufgefallen, dass er im Parlament in einem Zwischenruf indirekt die Haftstrafe für Homosexuelle gefordert hatte (Schumann/Decker 2016). Doch nicht nur die AfD sprach sich gegen die LSBTTI-Initiative aus, sondern auch in der CDU waren die Maßnahmen umstritten (Eichler 2016c). Das Thema erhielt kurzzeitig bundesweite Aufmerksamkeit, als Travestie-Star Olivia Jones Poggenburg wegen Volksverhetzung anzeigte, weil dieser in einem Facebook-Post Homosexualität mit Pädophilie gleichgesetzt habe (Schierholz et al. 2016).

Im Windschatten dieses öffentlichen Aufmerksamkeitskairos rückte die AfD das Thema auch auf die parlamentarische Agenda.

Zunächst fragte Hans-Thomas Tillschneider in einer Kleinen Anfrage (KA 7/248) nach dem Ressourcenaufwand für das Aktionsprogramm. In einem Antrag (Drs 7/381) forderte die AfD Ende September schließlich die Beendigung des Programms, das ihrer Ansicht nach in „keinem rationalen Verhältnis zu dem betriebenen Aufwand und der Radikalität der Maßnahmen“ stehe. Der Kita-Koffer gefährde das „Grundgerüst unserer Gesellschaft“, weil in eine „sensible“ Phase der Kinderentwicklung eingegriffen und zugleich durch die Anerkennung von „nicht-heterosexuellem Verhalten“ der Wert von „Ehe und Familie relativiert“ werde. Im Landtag spitzte Poggenburg nochmals zu: Das Aktionsprogramm sei Teil eines „Gesellschaftsexperiments“ und ein „Umerziehungsplan“ zur „Frühsexualisierung“ (Schumann 2016c), was zu heftigen Kontroversen im Plenarsaal führte, bevor der Antrag der AfD schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Bereits im August 2016 hatte die Fraktion ihren bisher einzigen Gesetzesentwurf vorgelegt (Drs 7/287) und gefordert, die „Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum“ zu verbieten, weil das Tragen dieser Gesichtsbedeckung nicht mit der demokratischen „Werteordnung“ vereinbar sei. Im Dezember wurde über diesen Entwurf im Landtag abgestimmt. Diese Debatte erlangte vor allem deshalb Brisanz, weil sich die CDU in einer Zwickmühle befand: Die Christdemokraten forderten auf Landesebene ebenfalls ein „Burka-Verbot“ –

²⁴ Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI).

Teils zerstrittene Union

der christdemokratische Innenminister Holger Stahlknecht etwa ist erklärter Unterstützer des Verbots –, wollten aber nur bedingt für einen AfD-Antrag stimmen. SPD und Grüne waren strikt gegen den Entwurf. Die Thematik spaltete jedoch nicht nur die Regierungskoalition, sondern polarisierte auch innerhalb der CDU; schließlich musste die Partei den „Spagat“ (Eichler 2016d) aushalten. André Poggenburg schlug im Plenum in ebenjene Kerbe und erinnerte die Abgeordneten der CDU an Merkels Forderung nach einem Verbot der Gesichtverschleierung aus dem Sommer 2016. Auch wenn es einigen CDU-Abgeordneten „sichtbar schwer“ (ebd.) fiel, stimmte die Koalition letztlich geschlossen gegen den Gesetzentwurf der AfD. Dennoch war das Drama ein Erfolg für die neue Partei. Am Ende der Sitzung konnte Poggenburg den Christdemokraten vorwerfen: „Das U in der CDU steht nur noch für Unglaublichkeit“ (ebd.).

In die CDU-Fraktion einen Spaltkeil zu treiben, gelang der AfD abermals mit ihrem Antrag zur „Kündigung der Rundfunkstaatsverträge“ im Dezember 2016 (Drs 7/699). Das Beitragssystem sei unsozial und die Berichterstattung nicht neutral, weshalb der öffentlich-rechtliche Rundfunk grundlegend reformiert werden müsse. Zwar wurde der AfD-Antrag erwartungsgemäß abgelehnt, aber erstmals enthielten sich zwei Christdemokraten bei der Abstimmung. Markus Kurze, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, äußerte in seiner Rede sogar Sympathie: „Der AfD-Antrag trifft einen wunden Punkt“ (Walter 2016), bekundete er, was im Parlament

nach Schilderung eines Journalisten für einige Empörung sorgte: „Aus den Reihen der Regierungskoalition rührt sich keine Hand zum Beifall. [...] Die AfD hingegen klopft donnernd auf die Tische, sie jubelt“ (Eichler 2016e). Die CDU versuchte den Skandal herunterzuspielen, indem sie die Rede Kurzes mit seinem vorherigen Alkoholkonsum in Verbindung brachte. Doch die christdemokratische eiserne Front gegen die AfD zeigte unverkennbar erste Risse. Ähnliches offenbarte sich auch im Januar 2017, als Innenminister Stahlknecht (CDU) im Theater Magdeburg an einer Diskussion über den „Rechtsruck in Sachsen-Anhalt und Europa“ teilzunehmen gedachte und dort u. a. mit Götz Kubitschek auf dem Podium sitzen sollte. Während SPD und Grüne vor allem die „Bühne“ für Kubitschek kritisierten (Machowecz 2016b), entstand in der CDU eine Debatte über den Umgang mit der „Neuen Rechten“. Stahlknecht wollte die Auseinandersetzung suchen, aber aufgrund der Kontroversen in der Partei und in der Koalition untersagte der christdemokratische Ministerpräsident Reiner Haseloff seinem Minister die Teilnahme, was in der CDU für noch mehr Unmut sorgte. Die Veranstaltung wurde daraufhin abgesagt (ebd.).

Die AfD jedenfalls schöpfte aus diesen Aktionen neues Selbstbewusstsein und ging abermals in die Offensive. Tillschneider etwa kritisierte die linksliberal geprägte Kulturlandschaft als Teil einer „linksliberalen Vielfaltsideologie“ und forderte stattdessen eine „Renaissance der deutschen Kultur“, in der die Theater – als „Erziehungsanstalten“ – durch

ihr Programm die „Selbstverortung der Deutschen“ fördern müssten (Richter 2016b). Das Thema „deutsche Kultur“ bzw. „deutsche Identität“ spielte ebenso in zwei Kleinen Anfragen von Marcus Spiegelberg eine Rolle, der das Thema erstmals im Januar 2017 auf die parlamentarische Agenda setzte und – in archaischer Wortwahl – eine staatliche Unterstützung der russlanddeutschen „Spätaussiedler“ in der „Heimat ihrer Ahnen und Vorfahren“ (KA 7/467) forderte. Die „Geflüchteten deutscher Ethnie“ müssten auch um der „Bewahrung der Kultur“ und der „nationalen Identität“ willen unterstützt werden (KA 7/469). Auch wenn solche politischen Vorstöße von völkisch-nationalistischer Romantik in der Öffentlichkeit zunächst verpufften, waren sie selbst für die AfD in Sachsen-Anhalt in dieser Qualität neu.

Die sich gezielt rabiater Provokationen bedienende parlamentarische Arbeit der AfD gipfelte – vorerst – in der Debatte um den „Linksextremismus“. Von Anfang an hatten parlamentarische Initiativen das Thema „Extremismus“ ins Visier genommen, damit allerdings bis dato kaum Wirkung nach außen erzielt. Eine Anfrage von Jan Wenzel Schmidt zur „politisch motivierten Kriminalität“ (KA 7/60) im Sommer 2016 hatte gar das Gegenteil erreicht. Schmidt wollte die „linke Gewalt“ in Sachsen-Anhalt dramatisieren; doch aus der Antwort der Landesregierung (Drs 7/178) ging Gegenteiliges hervor: Während die „linke“ Gewalt abnimmt, steigt die „rechte“ Ge-

walt überproportional. Kurz darauf fragte zwar Mario Lehmann explizit nur nach den „politisch motivierten Straftaten mit linksideologischem Hintergrund“ (KA 7/143), angesichts weiterhin ausbleibender Wirkung schwieg die AfD jedoch anschließend eine Zeit lang über das Thema (Schredle 2016). Bei den folgenden Anfragen lässt sich ein anderes Vorgehen erkennen: Sie zielten nicht mehr auf öffentlichkeitswirksame Skandalisierung, sondern dienten zunächst der Informationsbeschaffung über linke Strukturen in Sachsen-Anhalt. Exemplarisch hierfür steht die Kleine Anfrage von Andreas Mrosek, der kleinteilig die vom Verfassungsschutz als „linksextrem“ eingestuft Organisationen in Erfahrung bringen wollte (KA 7/198). Hagen Kohl fragte später nach den Arbeitsmethoden des Landesverfassungsschutzes (KA 7/365); Marcus Spiegelberg erkundigte sich schließlich explizit nach Kenntnissen der Landesregierung über linke Strukturen (KA 7/404).²⁵ Im November 2016 setzte die Fraktion das Thema als aktuelle Debatte auf die Agenda des Landtages. Den „Linksextremismus“ verbarg die AfD hier noch hinter der Fassade einer Klage über den „Verfall der demokratischen Kultur in Sachsen-Anhalt“ (Drs 7/616), womit sich die Partei primär als Opfer inszenierte.

Im Januar 2017 erhielt die Thematik neue Dynamik. Ausgangspunkt war eine geplante Veranstaltung zum Thema „Gender-Mainstreaming“ an der Universität Magdeburg Anfang des Jahres, bei der erwartungsgemäß

²⁵ Er fragt explizit nach Kenntnissen „hinsichtlich der aktuellen Struktur und personellen Stärke der sogenannten ‚Antifa‘ sowie ähnlichen linksradikalen, linkspopulistischen und linksautonomen Gruppen, Organisationen, Vereinen und Ähnlichem“ und möchte diese kleinteilig aufgeschlüsselt nach Kreisen erfahren.

Opposition auf der Straße

robuste Proteste linker studentischer Gruppen stattfanden (Kissmann 2017), woraufhin die AfD unkompliziert und öffentlichkeitswirksam an ihre Klage über den allgegenwärtigen „Linksextremismus“ anknüpfen konnte. Zunächst provozierte sie mit dem Antrag, jeglichen „extremistischen“ Organisationen die Fördermittel streichen zu wollen (Drs 7/873), eine erste Debatte im Landtag, die sie kurz darauf mittels einer von ihr beantragten aktuellen Debatte über „Linksextremismus im politischen Diskurs“ (Drs 7/906) weiterführte. In seiner Rede im Parlament erklimm Poggenburg sprachlich eine neue Provokations- und Eskalationsstufe (Bock 2017): Er beklagte die zunehmende Bedrohung durch den „Linksfaschismus“, um damit zum einen die Anfeindungen gegen die AfD als Ausdruck antidemokratischer Gesinnung darzustellen und um zum anderen den Extremismusvorwurf gegen die AfD umzukehren – und so seine Partei indirekt davon freizusprechen (Poggenburg 2017). Schließlich bezeichnete Poggenburg die Gefahren des Linksextremismus als „Wucherung am deutschen Volkskörper“ (Schumann 2017), worauf die anderen Parteien entsetzt reagierten. Auf vielen Ebenen markierte diese Äußerung den vorläufigen Höhepunkt der Provokations- und Eskalationsstrategien, welche die verschiedenen Machtkämpfe innerhalb der Partei, zwischen Partei und Fraktion und rück-

gekoppelt zwischen Landes- und Bundespartei flankierten.

5.4 Selbstverständnis und Umgang

Das Oppositionsverständnis der AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt changiert zwischen parlamentarischer Arbeit und grundsätzlicher, auch außerparlamentarisch betriebener politischer Opposition. So bezeichnete Poggenburg die Landtagsarbeit als nur *ein* Betätigungsfeld; „auch auf der Straße“ werde man bei geeigneten Themen aktiv werden (Eichler 2016b). Diese Ambivalenz zeigte sich ebenfalls in seiner Antwort auf die Regierungserklärung Anfang Juni: „Die AfD [...] muss eben keinen Ausblick geben – im Gegensatz zur Regierung, wie sie das Land verändern will. Das ist nun mal das Privileg der Opposition“ (Wolfskämpf 2016a).²⁶ Auch anhand des beschriebenen Auszugs der AfD aus dem Landtag während der ersten Plenarsitzung wurde ihr ambivalentes parlamentarisches Verständnis manifest. Offensiv bezieht sich die AfD-Fraktion dabei auf den Begriff der Fundamentalopposition, die man zumindest so lange betreiben wolle, bis man stärker als die CDU sei, so Poggenburg (Honig/Schmidt 2016). Hier zeigt sich das Misstrauen gegen den Parlamentarismus und dessen potenziell die *Bewegung zersetzende Wirkung*.²⁷ Unter dem Begriff der

²⁶ Auch wenn diese Aussage zunächst verwundern mag, ist das Phänomen unabhängig von der AfD durchaus landestypisch. Gerade in Sachsen-Anhalt wird die parlamentarische Praxis klassisch im Dualismus von Regierung und Opposition gedacht. Demnach ist die Opposition primär stets nur Kontrollinstanz und aus sich heraus weniger eine Art Unterstützung der Regierung (Dobner 2012: 560 f.).

²⁷ Bereits in den „Studien zum autoritären Charakter“ skizzierte Adorno das Muster solcher politischen Kräfte: Die „Bewegung“ werde zum „Fetisch“, denn sie werde zu einem „Wert an sich“ (Adorno 1995: 386).

Fundamentalopposition versteht die AfD allerdings keine grundsätzliche Systemkritik, sondern vielmehr eine Kraft der *politischen Reinigung* – und damit eine Art Katharsis: „Wir kritisieren ja nicht das System an sich, sondern wie innerhalb dieses Systems agiert wird [...]. Wir meinen die etablierte Politik, die sich verfestigt hat, die irgendwie eingestaubt und erstarrt ist“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Poggenburg (Wolfskämpf 2016c).

Auch wenn es sich nur gelegentlich offen zeigt, so scheinen zumindest für Teile der AfD-Fraktion „die“ Politik und „der“ Parlamentarismus vor allem von Bürokratismus und „Ökonomismus“ bedroht zu sein. Laut Tillschneider müsse eine „alternative Politik“ gegen die „Versuchungen der Realpolitik und gegen den Parlamentsbetrieb“ kämpfen (Der Flügel 2016). Tillschneider bezeichnete die AfD bereits 2015 im revolutionären Gestus als „patriotische Graswurzelbewegung“ (Speit 2017: 53). Tatsächlich gelingt es der AfD partiell, aus den politischen Krisen, Konflikten und „Machenschaften“ der anderen Parteien Kapital zu schlagen, sich mithin erfolgreich als Repräsentantin der Bürger sowie als Vorkämpferin für „Transparenz“ zu inszenieren. Zugleich tritt die AfD als Patronin des Staates auf: In preußischer Manier gelte es, sich in den Dienst des Staates zu stellen, wenn dieser in seiner „Hoheit“ – von ihm vermeintlich „zersetzenden“ Kräften befreit – das Allgemeinwohl als *volonté générale* vertrete. Indem sich die AfD als Partei der starken Hand darstellt, gelingt es ihr vor allem, Druck auf die Christdemokratie auszuüben, die lange Zeit das Mo-

nopol auf das Thema Innere Sicherheit für sich reklamierte.

Der Einzug der AfD in das Parlament hat die anderen Parteien in Panik versetzt, wie sich u. a. an einem schlichten Knopf im Landtag zeigt. Um die AfD-Abgeordneten im Zweifelsfall kontrollieren zu können, ließ der damalige Landtagspräsident Güssau eine Stummschalttaste installieren, mit der er die AfD im Landtag sprichwörtlich ausschalten konnte (Machowecz 2016a). Fast alle Parteien haben gerade anfangs versucht, die AfD demonstrativ zu ignorieren. Teilweise verweigerten die Abgeordneten gar den Handschlag mit den neuen AfD-Vertretern, was viele inzwischen allerdings bereuen (ebd.). Das Erscheinen der AfD auf der politischen Bühne hat das Agieren der anderen Parteien jedenfalls nachhaltig verändert. Vor allem innerhalb der CDU offenbarten sich Umbrüche. Die Christdemokratie befindet sich bereits seit den Landtagswahlen 2016 in einer Krise: An der Parteibasis war die Koalition mit SPD und Grünen von Beginn an kritisiert worden; auf der unteren Funktionärebene werden die von der AfD angeschlagenen Töne oftmals gutgeheißen. Gerade die Themen Nation und Familie wirken in diesen Reihen als Schismen. Die CDU ist für die AfD die entscheidende Referenzgröße: Einerseits ist sie der zentrale politische Gegner, andererseits will die AfD die Christdemokratie beeinflussen, sie für sich vereinnahmen und ihr bestimmte Themen indirekt wieder aufdrängen (Bock 2016e). Trotz der ausgegebenen Abgrenzungstaktik von Haseloff und Stahlknecht werden immer mehr informelle Kontakte zwischen CDU- und AfD-

Politik der „starken Hand“

Funktionären bekannt (Bock 2016d; Knobbe 2016). Überdies hat sich in der CDU Sachsen-Anhalts der sogenannte „konservative Kreis“ konstituiert, der seine Partei wieder stärker nach rechts zu lenken versucht (Eichler 2017).

Während die Union also der entscheidende *politische Gegner* ist, sind die Grünen der *fundamentale Feind*, steht das politische Projekt der Grünen doch sinnbildlich für den gesellschaftlichen Verfall, den die AfD beklagt. Diese ideologische Konfrontation zeigt sich auch in der parlamentarischen Praxis. Vor

allem der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Sebastian Striegel, der anfangs konsequent versuchte, die AfD rhetorisch zu stellen, ist mittlerweile zum „Hassgegner der AfD“ (Steffen 2016a) avanciert. Die Linke schließlich ist in ihrem Selbstverständnis tief erschüttert, seitdem die AfD in den Landtag eingezogen ist. Galt sie lange als die größte Oppositionspartei, ringt sie nun um politische Reputation, denn die AfD vermag große Teile der öffentlichen Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen (Knobbe 2016).

6 Fazit und Schlussbetrachtungen

Im Anschluss an die eindrücklichen Erfolge der AfD im Frühjahr 2016 versuchte die vorliegende Studie die aktuellen Entwicklungen und Perspektiven der Partei näher zu bestimmen. Dazu wurden ihr Wandel auf der Ebene von politischer Führung, Organisation und Programmatik sowie die Situation im Parteienwettbewerb analysiert. Darüber hinaus wurde die Parlamentarisierung der AfD auf Landesebene exemplarisch anhand der neuen AfD-Fraktionen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt in den Blick genommen.

6.1 Die AfD vor der Bundestagswahl 2017

Die erst 2013 gegründete Partei entwickelt sich so hochdynamisch wie zuletzt die Grünen in den 1980er Jahren – und schickt sich ebenso wie diese an, das enge Korsett des tradierten Parteienspektrums zu sprengen. In ihrer kurzen Historie ist es der AfD wiederholt gelungen, in politischen Krisensituationen unterrepräsentierte Konflikte effektiv aufzugreifen und ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln. Sowohl in der Euro- als auch in der Flüchtlingskrise konnte die AfD als scharfe Kritikerin der Regierungspolitik reüssieren und sich als Alternative zum politischen Establishment inszenieren.

Innerparteilich steht die AfD indes vor einigen Herausforderungen. Dies gilt erstens für die politische Führung. Die Parteikultur der AfD ist durch ein tiefes Misstrauen gegenüber jedweden Autoritäten, Eliten und innerparteilicher Repräsentation geprägt (vgl. Bender 2017a: 42 ff.). Auch deshalb konnten

sich bislang weder zentrale Führungsfiguren dauerhaft durchsetzen noch effektive organisatorische Strukturen zur Konfliktbewältigung entwickeln. Die für neue Parteien charakteristischen Grundsatzkonflikte brechen sich auch nach der Abspaltung des Lucke-Lagers ungezügelt Bahn und werden – ohne hinreichende Vermittlung und Einhegung von anerkannten Führungsfiguren – in aller Härte und Brutalität unter den staunenden Augen der Öffentlichkeit ausgetragen.

Den, wie Alexander Gauland formulierte, „gärigen Haufen“ der AfD dennoch zu führen, schickte sich ab Sommer 2015 Frauke Petry an. Während sie in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit rasch zum prominentesten Gesicht avancierte (vgl. Meaney 2016), wurde ihr Führungsanspruch bald von einer innerparteilichen Allianz in Frage gestellt. Zu diesem Lager gehört, neben den ostdeutschen Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, Björn Höcke und André Poggenburg, auch ihr Co-Sprecher Jörg Meuthen. Das vor allem machtpolitisch und strategisch motivierte Lagerduell entfaltete ab 2016 eine destruktive Dynamik, die zunehmend auf verschiedene Ebenen der Partei übergriff, innerparteiliche Strukturen lähmte und organisatorische Entwicklungsprozesse blockierte.

Im Zuge des immer wieder aufflammenden Führungskonflikts wurden beide Bundessprecher politisch demontiert – obgleich Jörg Meuthen in seiner Rolle als solcher derzeit neuerlichen Rückhalt erfährt. Mit Alexander Gauland und Alice Weidel wurden schließlich zwei öffentlich weniger bekannte Bundesvorstands-

Latenter Lagerkonflikt

*Weiterhin fragile
Führung*

mitglieder als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl bestimmt. Vor allem der Kompromisskandidatin Weidel fehlt es innerparteilich allerdings an Rückhalt, was ihre mobilisierende Wirkung einschränken dürfte. Zugleich könnte Petry im Wahlkampf eine zentrale Stellung beanspruchen. Insgesamt hat sich die AfD im Bundestagswahljahr strategisch erheblich geschwächt – und die schwelenden innerparteilichen Macht- und Führungskonflikte doch nur verschoben. Es ist kaum abzusehen, wer sich in der AfD nach der Bundestagswahl durchsetzen wird; Konflikte um den Führungsanspruch in einer möglichen AfD-Bundestagsfraktion sind vorprogrammiert.

Zweitens hat sich auch das programmatische Profil der AfD gewandelt. Setzte die Lucke-AfD primär noch auf eine ökonomisch begründete Euroskepsis, hat sich der Profilschwerpunkt unter Petry auf kulturelle Fragen verschoben. Mit ihren rechts- bis nationalkonservativen Positionen konnte sie im Frühjahr 2016 überraschend viele Wähler erreichen. Doch seither haben sich ihre politischen Positionen weiter nach rechts verschoben, was sich auch in ihrem 2016 verabschiedeten Grundsatz- sowie ihrem aktuellen Bundestagswahlprogramm zeigt. In sozioökonomischer Hinsicht hat sich die AfD von ihren einstigen wirtschaftsliberalen Forderungen nach einem schlanken Staat verabschiedet und vertritt nun zunehmend nationalliberale Vorstellungen (vgl. Döhn 1977: 40), denen zufolge der Staat aktiv im nationalen Interesse handeln soll (vgl. AfD 2017c: 6 f.). Der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ taucht beispielsweise im Bundes-

tagswahlprogramm 2017 kaum mehr auf, und in ostdeutschen Landesverbänden wird über die Einführung einer „Volksrente“ diskutiert. Im soziokulturellen Bereich haben sich nationalkonservative Vorstellungen durchgesetzt, die kulturellen Fragen werden dem Primat des Nationalen untergeordnet. Demnach leide der Staat an einer kulturellen sowie „ideologischen Beeinflussung“ (AfD 2017c: 42), könne seine „eigentlichen Kernaufgaben“ (ebd.: 6) nicht mehr wahrnehmen und müsse daher von den ihn schwächenden Kräften befreit werden. Eine plakative Zuspitzung fand diese Einstellung in Jörg Meuthens frenetisch bejubelter Kampfansage an das „links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland“. Hinzu kommt eine antiliberaler Gesellschafts- sowie völkisch-reaktionäre Familien- und Reproduktionspolitik, die etwa mit einer „Willkommenskultur für Kinder“ den „Trend zur Selbstabschaffung“ Deutschlands aufzuhalten sucht (ebd.: 34).

Überdies versucht die AfD, völkische Vorstellungen öffentlich zu rehabilitieren. Zunächst von den ostdeutschen Landesverbänden offensiv vertreten, öffnet sich die gesamte Partei gegenwärtig immer stärker in Richtung eines „völkisch-autoritären Nationalismus“ (Leggewie 2017) mit geschichtsrevisionistischen Zügen, der mittlerweile auch in den westdeutschen Bundesländern zusehends enthemmt propagiert wird, wie etwa auch der Fall Baden-Württemberg zeigt. Auch im Bundestagswahlprogramm heißt es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrach-

Primat des Nationalen

tung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst“ (AfD 2017c: 43).

Trotz dieser programmatischen Verschiebung fehlen der AfD derzeit ein mobilisierendes Leitthema sowie ein klares Alleinstellungsmerkmal im parlamentarischen Wettbewerb. War die Petry-AfD ab Herbst 2015 zunächst die einzig vehemente parteipolitische Kritikerin der Politik „offener Grenzen“ und der „Willkommenskultur“, reagierten die etablierten Parteien spätestens ab Sommer 2016 mit einer Verschärfung ihrer asylpolitischen Forderungen und Rhetorik, wie sich etwa an der Obergrenzen-Debatte der CSU oder dem Hinweis Sahra Wagenknechts zur Verwirkung des „Gastrechts“ erkennen lässt. Auch die generalisierte Kritik der AfD am Islam wurde von den etablierten Parteien aufgegriffen. Vor allem die CDU übernahm, etwa mit Debatten zum Burka-Verbot, zur doppelten Staatsbürgerschaft oder zu einem Islamgesetz, Themen und Positionen der AfD.

Durch die AfD haben sich die roten Linien der politischen Kultur fraglos verschoben, was man als *AfD-Effekt* verbuchen kann. Viele der angesprochenen völkisch-nationalen oder geschichtsrevisionistischen Positionen der AfD waren noch vor wenigen Jahren bestenfalls am rechten Rand des Parteienspektrums zu finden (vgl. Stöss 2013). Die AfD befindet sich dennoch in einem Dilemma: Zwar ventiliert sie mit ihrem chauvinistischen Nationalismus ein vorhandenes gesellschaftliches Bedürfnis nach „nationaler Identität“. Ohne eine virulente Krisenkonstellation kann dieses jedoch nicht hin-

reichend mobilisiert werden. Überdies verfügt die AfD über kein klares Alleinstellungsmerkmal. Denn einerseits konkurriert sie auch hier mit der Union, wie sich zuletzt an der offensiven Forderung des Innenministers de Maizière nach einer erneuten Leitkulturdebatte zeigt. Andererseits scheint die AfD mit ihren immer schärferen Forderungen die verunsicherte bürgerliche Mitte als potenzielles Wählersegment zu verlieren.

6.2 Die AfD in den Ländern: Opposition im Parlament

Bei den dreifachen Landtagswahlen am 13. März 2016 gelang der AfD ein Coup: Mit herausragenden Wahlergebnissen erlangte sie insgesamt 62 Mandate. Teils reichlich unverhofft wurde die AfD damit auf die Landesebene katapultiert, die für neue Parteien als Bewährungsprobe und als Katalysator für notwendige weitere Professionalisierungsprozesse fungiert. Die Entwicklungen der drei AfD-Fraktionen in den ersten neun Monaten im Parlament zeigen zwar eine Reihe von Ähnlichkeiten – allerdings auch erhebliche Unterschiede:

Während die AfD-Abgeordneten im Südwesten tendenziell etwas älter sind, ist die AfD-Fraktion im Osten deutlich jünger; rund ein Drittel der Abgeordneten sind gar unter 35 Jahren. Überdies fällt im Westen das Niveau der Schul- und Hochschulbildung merklich höher aus – in Baden-Württemberg etwa sind 9 der 23 Abgeordneten promoviert. Zugleich sind hier besonders viele Selbstständige und Unternehmer aktiv, während die anderen Fraktio-

Kein Alleinstellungsmerkmal

Der AfD-Effekt

*Verschiedene
Fraktionsprofile*

nen mehrheitlich aus Angestellten in der Wirtschaft und im Dienstleistungssektor bestehen (vgl. Rütters 2017: 16). Sammelt sich vor allem in den Fraktionen im Südwesten ein sozial situiertes, politisch jedoch verbittertes Bürgertum, das im Anschluss an relativ erfolgreiche Berufskarrieren im Politischen neue Formen der Selbstwirksamkeit sucht (vgl. dazu Walter 2013: 302 ff.), ist das Profil in Sachsen-Anhalt diffuser: Hier finden sich teils strebsame junge Aufsteiger, teils von biografischen Rückschlägen enttäuschte Ältere, die im Politischen einen Neuanfang suchen. Unter ihnen gibt es opportunistische Karrieristen ebenso wie zielstrebig-überzeugte Parteipolitiker und Barden der nationalen Revolution.

Im Gegensatz zum typischen Profil des klassischen Landesparlamentariers, der sich langsam über verschiedene politische Ebenen emporarbeitet, sind die meisten AfD-Abgeordneten politisch weitgehend unerfahren. Kein AfD-Abgeordneter hatte zuvor ein Mandat auf Landes- oder Bundesebene inne, lediglich in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind umfangreichere kommunalpolitische Vorerfahrungen vorhanden. Entsprechend fehlte es den Fraktionären anfangs weitgehend an Kenntnissen und Kompetenzen im Bereich politischer Organisations-, Führungs- und Entscheidungsprozesse, die durch berufliche Qualifikationen höchstens partiell kompensiert werden konnten.

Während die Startphase in der nur 14-köpfigen AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz unter dem militärisch geprägten Organisations- und Führungsstil des Fraktionsvorsitzenden Junge

weithin reibungslos gelang, brachen in den beiden fast doppelt so großen und auf personeller Ebene vorab weit weniger eingespielten Fraktionen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg bald heftige Konflikte aus. Im Südwesten überwarfen sich moderate und radikale Abgeordnete infolge des Gedeon-Skandals so heftig, dass sich die Fraktion spaltete. In Sachsen-Anhalt entspann sich über Monate hinweg ein dramatischer Konflikt um Führung und Strategie der Fraktion, den der Vorsitzende Poggenburg nur mit brutaler Härte und Unterstützung des DKP-Altkaeders Robert Farle für sich entscheiden konnte. Diese äußerst heftigen Konflikt dynamiken schaden sowohl dem Fraktionsaufbau als auch der öffentlichen Reputation der beiden AfD-Fraktionen erheblich. Während Poggenburg seinen politischen Führungsanspruch vorerst durchsetzen konnte, zahlte Meuthen für seine fortgesetzte Führungsposition den Tribut des internen Macht- und Autoritätsverlusts.

Dennoch zeigen alle drei AfD-Fraktionen in den ersten neun Monaten eine relativ hohe parlamentarische Aktivität. Mit 343 Kleinen Anfragen und 59 Anträgen ist die AfD-Baden-Württemberg formaler Spitzenreiter, doch auch die AfD-Sachsen-Anhalt (237 Kleine Anfragen, 27 Anträge) sowie die AfD-Rheinland-Pfalz (264 Kleine Anfragen, 18 Anträge) weisen eine rege parlamentarische Betriebsamkeit auf. Die AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz liegt mit durchschnittlich 19 Kleinen Anfragen pro Kopf insgesamt deutlich vor Baden-Württemberg (16) und Sachsen-Anhalt (9), wobei die hohe Aktivität einzelner Abgeordneter hervor-

Hohe formale Aktivität

sticht. Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass die massiven internen Konflikte die Entfaltung des parlamentarischen Potenzials zunächst deutlich behindert haben.

Inhaltlich verteilen sich die untersuchten Kleinen Anfragen der AfD über verschiedenste Politikfelder. Leichte Häufungen finden sich in der Bildungs- sowie der Gesundheits- und Sozialpolitik. Während in Baden-Württemberg etwa das Thema Infrastruktur eine merkliche Rolle spielt, rangiert in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz die Finanzpolitik auf den vorderen Plätzen. Den einzig klaren quantitativen Fokus stellt in allen drei Ländern die Innenpolitik dar, auf die ein Drittel (AfD-BW, AfD-RP) bzw. zwei Fünftel (AfD-SA) entfallen. Diese beziehen sich, besonders in den westdeutschen Fraktionen, stark auf die Themen Asyl und Migration sowie, besonders in Baden-Württemberg, auf die Innere Sicherheit. Überdies lassen sich in der politischen Arbeit der Fraktionen auch qualitativ Schwerpunkte und Strategien erkennen.

- *Erstens* versucht die AfD in allen drei Ländern weiterhin asyl- und migrationspolitische Konflikte aufzugreifen und zu polarisieren. Immer wieder werden negative Auswirkungen sowie Kosten von Asyl und Migration, insbesondere von Menschen aus islamisch geprägten Ländern, thematisiert. Anders als bei den provokativen Zuspitzungen der Bundespartei nutzen die AfD-Fraktionen hier ihre parlamentarischen Ressourcen, um diverse Informationen in Erfahrung zu bringen und Politik und Verwaltung auch im Detail zu kritisieren.
- *Zweitens* verfolgt die AfD eine robuste *Law-and-Order*-Politik, wobei sie die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch Kriminalität und insbesondere den islamistischen Terrorismus thematisiert. Vor allem in Sachsen-Anhalt prescht sie mit Forderungen nach härteren Strafen und konsequenteren Verurteilungen voran. Besonders in Baden-Württemberg sucht sich die AfD zudem als Landesvertretung der Polizei in Stellung zu bringen.
- *Drittens* versucht die AfD, ihre Rolle als „Anwalt der Bürger“ zu schärfen. In allen drei Ländern sind Ansätze erkennbar, politikfeldübergreifend auch regionale Konflikte auf Landesebene zu thematisieren und sich als Repräsentantin der Regionen zu positionieren. Insbesondere die AfD-Sachsen-Anhalt bemüht sich, diese Rolle mit kleinteiligen Regionalveranstaltungen wie Bürgerforen oder Demonstrationen auszufüllen.
- *Viertens* bemühen sich alle AfD-Fraktionen, landespolitische Skandale aufzugreifen und zu polarisieren, um sich gegenüber den jeweiligen Landesregierungen als oppositionelle Aufklärerin zu positionieren. Vor allem im Fall des Flughafens Hahn in Rheinland-Pfalz sowie im Skandal um die Beraterverträge in Sachsen-Anhalt gelang ihr damit ein effektives Agenda Setting.
- *Fünftens* fokussieren alle Fraktionen in ihrer parlamentarischen Arbeit das Thema des politischen Extremismus. Während die AfD in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ihre parlamentarischen Ressourcen vor allem nutzte, um Informationen über linke Struk-

Schwerpunkte und Strategien

turen auszuleuchten und zu kritisieren, arbeitet die Fraktion in Baden-Württemberg ebenso an der Entdämonisierung rechter Strukturen.

Die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der drei neuen AfD-Fraktionen waren in den ersten neun Monaten in den Landesparlamenten fraglos komplex: Eingekeilt zwischen der politischen Blockade der etablierten Fraktionen und heftigen internen Zerwürfnissen setzten die AfD-Abgeordneten ihre umfangreichen parlamentarischen Ressourcen weniger für kleinteilig-konstruktive Sacharbeit ein. Vielmehr nutzten sie den Zugang zur landespolitischen Bühne, um sich demonstrativ als radikale Opposition gegenüber der Landesregierung und den Parlamentsparteien zu positionieren. Politisch brachten sich die AfD-Fraktionen primär als rechte Konkurrentin der jeweiligen CDU-Fraktion in Stellung. Obgleich die AfD-Fraktionen mehrheitlich der parlamentarischen Logik und den damit verbundenen Spielregeln folgten, fanden sich immer wieder plakative Brüche.

Vor allem der AfD-Rheinland-Pfalz ist es gelungen, sich als harte, jedoch zugleich pragmatische Kritikerin gegenüber der Landesregierung zu positionieren und ihre ausgeprägte Gegnerschaft zur CDU-Oppositionsfraktion zu vertiefen. Dabei gibt sie sich prinzipiell offen für eine Regierungsbeteiligung und konzentriert sich vor allem auf die parlamentarische Arbeit. Ein ähnliches Profil zeigt sich in Baden-Württemberg, wo sich die AfD ebenfalls als Konkurrentin des Regierungspartners CDU

aufstellt, sich vorerst aber auf eine Perspektive als Oppositionskraft beschränkt. Aufgrund ihrer zwischenzeitlichen Spaltung und interner Konflikte konnte sie ihr Potenzial als größte Oppositionspartei im Stuttgarter Parlament jedoch nicht entfalten. Der mitgliederstärksten AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt ist es trotz interner Konflikte am erfolgreichsten gelungen, als Oppositionskraft landespolitische Akzente zu setzen und vor allem die CDU – und damit auch die Kenia-Koalition insgesamt – herauszufordern. Während die AfD-Fraktion die landesparlamentarische Bühne einerseits für teils radikale politische Vorstöße nutzte, erzeugte sie andererseits mit plakativen Brüchen der parlamentarischen Gepflogenheiten Aufmerksamkeit und schrieb auf diese Weise ihr Selbstverständnis als außerparlamentarische Bewegungspartei fort.

6.3 Potenziale, Probleme und Etablierung

Obgleich ihre Wahl- und partiell auch die Umfrageergebnisse 2017 merklich zurückgegangen sind, kann die AfD weiterhin von grundlegenden sozialen Krisenentwicklungen profitieren (Mielke 2016: 14): Infolge der wirtschaftspolitischen Umbrüche und sozialstaatlichen Krisentendenzen der letzten Jahrzehnte finden sich weit bis in die Mittelschichten hinein latente ökonomische Status- und Abstiegsängste (Nachtwey 2016); ebenso wurden im Zuge der fortschreitenden Modernisierung verschiedene traditionalistisch orientierte Milieus von einem Gefühl kultureller Entfremdung sowie einem starken Unbehagen etwa gegenüber

den Liberalisierungs-, Migrations- oder etwa Digitalisierungsprozessen erfasst (vgl. Geiges et al. 2015: 198 ff.). Überwölbt wird diese Entwicklung schließlich von der ebenso langfristigen Erosion der Grundlagen politischer Repräsentation, die sich in wachsendem Misstrauen und offenem Protest gegenüber etablierten Parteien und der etablierten Politik zeigt (Walter 2013).

Vor diesem Hintergrund verweisen das Aufkommen sowie der Wiederaufstieg der AfD sowohl auf eine grundlegende Kluft zwischen Teilen der Gesellschaft und den politischen Eliten (Cuperus 2015: 151) als auch auf konkrete politische Repräsentationslücken. Letztere sind aus dem Modernisierungsprozess der beiden Volksparteien erwachsen und haben gerade unter deren einstigen Traditionswählerschaften ein Vakuum entstehen lassen (vgl. Mielke 2016: 12). Im Zuge der Flüchtlingskrise, aber auch darüber hinaus ist es der AfD gelungen, derartige Krisen- und Konfliktdimensionen effektiv zu bündeln und in elektorale Erfolge zu übersetzen, was die etablierten Parteien zu vielfachen Kurskorrekturen und Anpassungen veranlasst hat.

Doch nicht nur im Parteienwettbewerb, sondern auch im Parlament stößt die AfD einen Wandel an. Hier vertritt sie ein Oppositionsverständnis, das von einer radikalen inhaltlichen sowie einer vehementen Grundsatzkritik an den etablierten Parlamentsparteien geprägt ist, denen es wiederum kaum gelingt, gegen sie gerichtete gesellschaftliche Stimmungen adäquat aufzugreifen. Die AfD profitiert von der prinzipiellen Offenheit der häufig erstarr-

ten Oppositionsrolle. Wie zuletzt im Fall der 1968er-Bewegung und der aus ihr erwachsenen frühen grünen Partei in den 1980er Jahren ist auch ihre Opposition im Wesentlichen „Opposition gegen das System“ und weniger „Reformtendenz im System“ (Schumann 1976: 6). Ihre radikalen und eben vielfach nicht rein sachpolitisch orientierten Forderungen flankieren die an politökonomischen Sachzwängen orientierte Logik einer vermeintlichen Alternativlosigkeit, welche die in die Mitte gerückten Parteien kennzeichnet.

In den öffentlich oftmals nur mäßig präsenten Landesparlamenten wird seit dem Einzug der AfD schärfer, aggressiver, aber auch grundsätzlicher und normativer debattiert. Die durch sie angestoßene Polarisierung führt fraglos auch zu einer Vitalisierung und Politisierung der parlamentarischen Auseinandersetzung. Gerade weil die AfD rote Linien der politischen Kultur demonstrativ überschreitet, müssen weltanschauliche Grundlagen argumentativ vergewissert und erneut legitimiert werden. Diese Form von „Systemopposition“ zwingt so zur „permanenten Reflexion über Begründung, Sinn und Rechtfertigung“ (Steffani 1976: 335). Zugleich stoßen die etablierten Parteien in der Bewertung merklich rasch an die Grenzen ihrer eigenen Liberalität. Versuche der formalen Ausgrenzung sowie der politischen Frontenbildung münden allzu leicht im – eben von der AfD reklamierten – Szenario der „Kartellparteien“.

Die AfD ist auf dem Weg ihrer Etablierung weit vorangeschritten: In den Ländern ist sie sukzessiv flächendeckend mit Fraktionen von mitunter beachtlicher Größe vertreten. Auch

Polarisierung und Politisierung

Formwandel der Opposition

Etablierung weiter offen

könnte ihr der Einzug in den Bundestag im Herbst 2017 durchaus gelingen. Und dennoch bleibt offen, ob sie sich analog zu den Grünen auch langfristig etablieren kann. Aufstieg und Etablierung von neuen Parteien sind ein mühsamer und langwieriger Prozess, der über verschiedene Stufen verläuft und auf vielfältige Weise unterbrochen und zurückgeworfen werden kann. Als etabliert gilt erst diejenige Partei, die im parlamentarischen Parteiensystem potenziell in Koalitionsverhandlungen mit einbezogen wird (vgl. Sartori 1976: 108). Doch von diesem Schritt auf die AfD zu sind die etablierten Parteien, zumindest im Bund, sicherlich noch Jahre entfernt. Die AfD steht damit am Scheideweg zwischen verschiedenen, innerparteilich jeweils hoch umstrittenen Entwicklungsperspektiven, deren Herausforderungen sie ins Dilemma zwischen Profanisierung und Radikalisierung zwingen.

AfD am Scheideweg

Entweder die AfD strebt, wie vom Petry-Lager favorisiert, eine rasche Koalitionsfähigkeit an. Dann aber müsste sie sich im Zuge ihrer fortschreitenden Parlamentarisierung der Institutionalisierung weiter öffnen, womit ein Hineinwachsen in den Staatsapparat verbunden wäre (vgl. Flechtheim 1962). Dies würde

ihre systemoppositionelle Anziehungskraft konterkarieren und ihr Wählerpotenzial gleichsam vermindern. Analog zu den Grünen würde sie den Weg einer zwangsläufigen „Verbeamtung“ des einstigen Protests gehen (vgl. Walter 2010), was sie überdies in heftige innerparteiliche Grundsatzkonflikte stürzen kann, die derzeit das Risiko einer weiteren Parteispaltung bergen.

Oder aber, wie von Petrys Gegnern und zum Beispiel auch von Spitzenkandidat Gauland befürwortet, die AfD richtet sich in der Position der radikalen Opposition zunächst ein, verweigert sich vorerst potenziellen Koalitionen und setzt auf ihre indirekte politische Wirkung. Damit würde sie zwar ihren Bewegungskarakter sowie ihren systemoppositionellen Gestus erhalten und gegebenenfalls in der nächsten Krisenkonstellation reüssieren können. Gerade aufgrund seiner parlamentarischen Perspektivlosigkeit befördert dieser Kurs jedoch eine weitere programmatische Verschärfung, welche die Partei mehr und mehr an den rechten Rand des Parteienspektrums drängen kann, wo die AfD das gleiche Schicksal wie NPD, Republikaner und die Schill-Partei ereilen könnte.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	76
Literatur- und Quellenverzeichnis	77
Literatur	77
Medien- und Pressebeiträge	81
Sonstige Quellen	90
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	92
Hinweise zu den Autorinnen und Autoren	93

Abkürzungsverzeichnis

AfD-BE = Alternative für Deutschland Berlin

AfD-BW = Alternative für Deutschland Baden-Württemberg

AfD-NRW = Alternative für Deutschland Nordrhein-Westfalen

AfD-RP = Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz

AfD-SA = Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt

ChrAfD = Christen in der AfD

Drs = Drucksache

FAS = Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung

FAZ.net = Frankfurter Allgemeine Zeitung online

JA = Junge Alternative

KA = Kleine Anfrage

o. V. = ohne Verfasser

PIPr = Plenarprotokoll

PM = Pressemitteilung

Literatur- und Quellenverzeichnis

Alle Online-Quellen wurden mit entsprechendem Signum kenntlich gemacht und zuletzt am 12.05.2017 überprüft. Der Übersichtlichkeit halber wurde in der Printfassung dieses Arbeitsheftes auf die vollständige Angabe der URL verzichtet. In der PDF-Version des vorliegenden Arbeitsheftes, die auf der Website der OBS abgerufen werden kann, sind die Online-Quellen verlinkt. Deren Abrufbarkeit nach dem 12.05.2017 kann von Autoren und Stiftung nicht gewährleistet werden.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1995): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main.

Amann, Melanie (2017): Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: Wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München.

Bebnowski, David (2015): Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden.

Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, OBS-Arbeitspapier Nr. 14, Frankfurt/Main.

Behm, Thomas (2015): Auf rechtem Kurs? Die Alternative für Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern, Friedrich-Ebert-Stiftung, Schwerin.

Bender, Justus (2017a): Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München.

Bergmann, Knut/Diermeier, Martin/Hiehues, Judith (2017): Die AfD – Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2017, S. 57-75.

Botsch, Gideon (2016): Populismus plus Programm. Das Dilemma der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2016, S. 9-12.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2015): Wie agiert die „Alternative für Deutschland“ vor Ort? Das Fallbeispiel Brandenburg, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 146-166.

Cuperus, René (2015): Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten, in: Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie, Bonn, S. 149-158.

Decker, Frank (2015a): Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden.

Decker, Frank (2015b): Die Veränderung der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – Ein dauerhaftes Phänomen?, in: Melzer, Ralf, et al. (Hg.): Wut, Verachtung. Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 109-123.

Decker, Frank (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 7-23.

Dobner, Petra (2012): Der Landtag von Sachsen-Anhalt, in: Landesparlamentarismus, Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden, S. 549-588.

- Döhn, Lothar (1977): Liberalismus, in: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politischer Theorien und Ideologien, Reinbek bei Hamburg, S. 9-64.
- Eith, Ulrich (2003): Die Republikaner in Baden-Württemberg: Mehr als nur populistischer Protest, in: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen, S. 243-261.
- Flechtheim, Ossip K. (1962): Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, 9/1962, H. 2, S. 97-110.
- Forschungsgruppe Wahlen (2016): Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. März 2016, Mannheim.
- Gabriel, Oscar W./Kornelius, Bernhard (2016): Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016: Es grünt so grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3/2016, S. 497-518.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.
- Gothe, Heiko (2016): Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 13. März 2016: Populäre SPD-Ministerpräsidentin führt Rheinland-Pfalz in Ampel-Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3/2016, S. 519-540.
- Hahn, Hans-Werner/Berding, Helmut (2010): Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 14: Reformen, Restauration und Revolution 1806-1848/49, Stuttgart.
- Häusler, Alexander (2016a): Die AfD als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen, S. 167-178.
- Häusler, Alexander (Hg.) (2016b): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden.
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben! Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, Erfurt.
- Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen, Opladen.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan (2013): Die Piratenpartei. Havarie eines politischen Projekts?, OBS-Arbeitsheft Nr. 74, Frankfurt/Main.
- Hensel, Alexander (2016): Populismus und Fremdenfeindlichkeit: Zum Aufstieg der „Alternativen für Deutschland“, in: Deutschland & Europa, H. 72/2016, S. 40-45.
- Hensel, Alexander/Geiges, Lars/Pausch, Robert/Förster, Julika (2016): Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier 20, Frankfurt/Main.
- Herkenhoff, Anna-Lena (2016): Rechter Nachwuchs für die AfD – die Junge Alternative (JA), in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 201-217.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (1983): The Invention of Tradition, Cambridge.
- Holtmann, Everhard (2016): Auf dem Weg zur gefestigten Demokratie. Die politische Kultur im Land Sachsen-Anhalt, in: Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden, S. 235-250.

Holtmann, Everhard/Vökl, Kerstin (2016): Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3/2016, S. 541-560.

Infratest dimap (2016a): Landtagswahl Baden-Württemberg. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin.

Infratest dimap (2016b): Landtagswahl Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin.

Infratest dimap (2016c): Landtagswahl Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin.

Ismayr, Wolfgang (1985): Die Grünen im Bundestag: Parlamentarisierung und Basisanbindung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3/1985, S. 299-321.

Jennerjahn, Miro (2016): Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag, Weiterdenken. Heinrich-Böll-Stiftung, Dresden.

Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie: SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt/Main.

Jun, Uwe (2009): Parteienforschung, in: Anders, Uwe (Hg.): Parteien in Deutschland. Krise oder Wandel?, Schwalbach, S. 11-38.

Kemper, Andreas (2016): „... Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Thüringen.

Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2016): „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD“. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015, in: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 221-235.

Korte, Karl-Rudolf/Leggewie, Claus/Lewandowsky, Marcel (2015): Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2015, S. 59-67.

Koschmieder, Carsten (2016): Demokratischer als die Altparteien?, in: Hensel, Alexander, et al. (Hg.): Demokratie in Aufruhr. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2015, Stuttgart, S. 141-144.

Kranenpohl, Uwe (1999): Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Wiesbaden.

Kürschners Volkshandbuch (2016a): Landtag von Rheinland-Pfalz. Abgeordnete, Gremien, Organisation. 17. Wahlperiode 2016-2021, Rheinbreitbach.

Kürschners Volkshandbuch (2016b): Landtag von Sachsen-Anhalt. Abgeordnete, Gremien, Organisation. 7. Wahlperiode 2016-2021, Rheinbreitbach.

Kürschners Volkshandbuch (2017): Landtag von Baden-Württemberg. 16. Wahlperiode 2016-2021, Rheinbreitenbach.

Lewandowsky, Marcel (2015): Literaturbericht: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 25/2015, H. 1, S. 119-134.

- Lösche Peter (2005): „Politische Führung“ und Parteivorsitzende. Einige systematische Überlegungen, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden, S. 349-368.
- Lösche, Peter (1994): Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart.
- Mielke, Gerd (2016): Stress und Stressreaktionen. Die Landtagswahlen 2016 und das deutsche Parteiensystem, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 4/2016, S. 1-18.
- Münkler, Herfried/Münkler, Marina (2016): Die neuen Deutschen, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 175-207.
- Niedermayer, Oskar (2016): Parteimitglieder in Deutschland, Version 2016, online: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/P-PM16-NEU.pdf><http://www.polsoz.fu-berlin.de>.
- Niedermayer, Oskar (2017): Die AfD und ihre Wählerschaft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 3/2017, S. 45-47.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2/2016, S. 267-284.
- Obrecht, Marcus/Haas, Tobias (2012): Der Landtag von Baden-Württemberg, in: Mielke, Siegfried/Haas, Tobias (Hg.): Landesparlamentarismus. Geschichte – Struktur – Funktion, Wiesbaden, S. 67-104.
- Oppelland, Thorsten (2016): Alternative für Deutschland, AfD, online: bpb.de, 20.06.2016.
- Patzelt, Werner (2006): Länderparlamentarismus, in: Schneider, Herbert/Wehling, Hans-Georg (Hg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen, Strukturen, Arbeitsfelder, Wiesbaden, S. 108-129.
- Philippberg, Robert (2017): Die Alternative für Deutschland (AfD) in Bayern. Weiterdenken, Heinrich-Böll-Stiftung, Dresden.
- Püttmann, Andreas (2017): Was ist die AfD und wie als Kirche mit ihr umgehen?, in: Orth, Stefan/Resing, Volker (Hg.): AfD, Pegida und Co., Angriff auf die Religion?, Freiburg, S. 36-57.
- Rütters, Peter (2017): „Parlamentsfähig“? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48/2017, H. 1, S. 3-24.
- Sartori, Giovanni (1976): Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Cambridge.
- Schickert, Christine (2017): Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – das erste Jahr im Parlament, Weiterdenken, Heinrich-Böll-Stiftung, Dresden.
- Schneider, Herbert (2001): Parteien in der Landespolitik, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 385-405.
- Schumann, Hans-Gerd (1976): Die Opposition. Stiefkind der deutschen Forschung?, in: ders. (Hg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt, S. 3-22.

Schüttemeyer, Suzanne S. (1999): Fraktionen und ihre Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik, in: Helms, Ludger (Hg.): Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich, Opladen, S. 39-66.

Speit, Andreas (2017): Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte, Bonn.

Steffani, Winfried (1976): Möglichkeiten der Opposition. In einer parlamentarischen Demokratie und anderswo, in: Schumann, Hans-Gerd (Hg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt, S. 332-347.

Stöcker, Roger (2016): Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts. Eine Analyse der Ursachen seiner Entwicklung hin zur Stabilisierung, Wiesbaden.

Stöss, Richard (2013): Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 563-618.

Walter, Franz (2008): Baustelle Deutschland, Frankfurt/Main.

Walter, Franz (2010): Die Protest-Beamten, in: Spiegel Online, 12.01.2010.

Walter, Franz (2013): Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft: Konklusion und Ausblick, in: ders. et al. (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg, S. 301-343.

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.

Medien- und Pressebeiträge

Allgöwer, Renate (2016): Die CDU ist empört – hinter den Kulissen, in: Stuttgarter Zeitung, 23.8.2016, S. 5.

Amann, Melanie (2016): „Solidarität mit den Schwachen“, in: Spiegel, H. 12/2016, S. 22.

Appelmann, Markus (2016): Das Sommerinterview mit Uwe Junge, online: sat1.de, 28.06.2016.

Asche, Christoph (2016): „Ausgeschlossen vom System“: Zahl der AfD-Mitglieder wächst rasant, online: The Huffington Post (huffingtonpost.de), 01.07.2016.

Augustin, Hartmut (2016): Kommentar zum Fall Güssau: Behält die AfD recht?, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 07.08.2016.

Bähr, Julia (2016): Eigentlich alle ganz lieb?, in: FAZ, 12.03.2016, S. 9.

Balzli, Beat/Kamann, Matthias (2016): „Wir wollen keinen Bürgerkrieg“, in: Die Welt, 11.09.2016, S. 4.

Beckedorf, Achim/Kastner, Alexander (2016): Die ‚Alternative‘, die auszog ‚auszumisten‘, online: swr.de, 16.03.2016.

Bender, Justus (2017b): Das Schweigen der Männer, in: FAZ, 31.03.2017, S. 3.

Bender, Justus/Bingener, Reinhard/Soldt, Rüdiger (2016): In der Hitze der Macht, in: FAZ, 20.06.2016, S. 3.

Bender, Justus/Soldt, Rüdiger (2016a): Im Eiferer-Modus gegen Juden, in: FAZ, 04.06.2016, S. 4.

Bender, Justus/Soldt, Rüdiger (2016b): Eine Krähe der anderen, online: FAZ.net, 13.07.2016.

- Bensmann, Marcus (2016): Der Arbeiterpakt in der AfD, online: correctiv.org, 11.09.2016.
- Bensmann, Marcus (2017): Der Arbeiterkampf in der AfD, online: correctiv.org, 01.05.2017.
- Benz, Wolfgang (2016): Die „Alternative für Deutschland“ und der Antisemitismus, online: bpb.de, 26.07.2016.
- Bertram, Michael (2016): Hans-Thomas Tillschneider: AfD-Politiker ist ganz rechtsaußen unterwegs, online: [Mitteldeutsche Zeitung \(mz-web.de\)](http://Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de)), 19.04.2016.
- Bingener, Reinhard (2016a): AfD in Sachsen-Anhalt. Jetzt erst rechts, in: FAZ, 23.05.2016, S. 4.
- Bingener, Reinhard (2016b): Wieso die Kritik am Moscheenverband Ditib wächst, online: FAZ.net, 20.08.2016.
- Binkowski, Rafael (2016a): Alternative für Russlanddeutsche, in: Stuttgarter Zeitung, 14.04.2016, S. 24.
- Binkowski, Rafael (2016b): Lautstarke Demonstration gegen Höcke, online: Stuttgarter-Nachrichten.de, 06.11.2016.
- Bock, Michael (2016a): Poggenburg gewinnt Machtkampf, in: Volksstimme, 23.05.2016, S. 1.
- Bock, Michael (2016b): AfD sorgt für Eklat im Landtag, in: Volksstimme, 03.06.2016, S. 1.
- Bock, Michael (2016c): Parteispitze verteidigt Poggenburg, online: Volksstimme.de, 25.06.2016.
- Bock, Michael (2016d): Fingerhakeleien in der Koalition, in: Volksstimme, 08.11.2016, S. 2.
- Bock, Michael (2016e): Landes-CDU schwächt sich selbst, in: Volksstimme, 21.11.2016, S. 1.
- Bock, Michael (2017): Poggenburg lässt die Maske fallen, in: Volksstimme, 04.02.2017, S. 2.
- Bock, Michael/Kissmann, Christopher (2016a): AfD-Landesvorstand watscht eigenen Spitzenpolitiker ab, in: Volksstimme, 06.08.2016, S. 2.
- Bock, Michael/Kissmann, Christopher (2016b): Felgner trickst Parlament aus, in: Volksstimme, 19.08.2016, S. 1.
- Böhm, Wenke (2016): AfD-Wahlbeobachter fallen nur wenig auf, online: Stuttgarter-Zeitung.de, 13.03.2016.
- Bollmann, Ralph/Kloepfer, Inge (2017): „Die AfD ist die Partei der kleinen Leute“, in: FAS, 09.04.2017, S. 23.
- Breidenbach, Reinhard (2014): Machtkampf in der AfD Rheinland-Pfalz. Parteichef Zimmermann fordert Vize Schreckenberger zum Rücktritt auf, online: Wormser-Zeitung.de, 08.12.2014.
- Breidenbach, Reinhard (2015a): „Es gibt keinen Rechtsruck“, online: Allgemeine-Zeitung.de, 17.05.2015.
- Breidenbach, Reinhard (2015b): AfD und intellektuelle Kompetenz, online: Allgemeine-Zeitung.de, 18.07.2015.
- Breidenbach, Reinhard (2016): AfD tagt mit Petry auf dem Hambacher Schloss – Protest vor den Toren, online: Allgemeine-Zeitung.de, 29.10.2016.
- Brück, Dietmar (2016): Als „AfD light“ bezeichnet: CDU sauer auf FDP, online: Rhein-Zeitung.de, 16.12.2016.
- Crolly, Hannelore (2016): Die AfD ist auf dem Hambacher Schloss fehl am Platz, online: Welt.de, 31.10.2016.
- Eichler, Hagen (2016a): AfD: Poggenburgs Polit-Einsteiger, in: Volksstimme, 19.03.2016, S. 3.
- Eichler, Hagen (2016b): AfD schaltet Wahlkampf-Modus aus, in: Volksstimme, 22.03.2016, S. 2.
- Eichler, Hagen (2016c): Streit um „Sexualisierung“ der Kita, in: Volksstimme, 07.09.2016, S. 2.

- Eichler, Hagen (2016d): Burka-Verbot: CDU lehnt Gesetzentwurf der AfD im Landtag ab, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 14.12.2016.
- Eichler, Hagen (2016e): Landtag. CDU-Mann Kurze begeistert die AfD – Spielte Glühwein eine Rolle?, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 17.12.2016.
- Eichler, Hagen (2016f): Anzeige wegen sexueller Nötigung. Beschuldigter AfD-Mann bestreitet Tat vor Poggenburg, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 29.12.2016.
- Eichler, Hagen (2017): Für Volk und Familie: In der CDU planen Konservative einen Schwenk nach rechts, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 07.03.2017.
- Erche, Richard/Steffen, Tilman (2017): AfD-Mitarbeiter: Im Zweifel rechtsaußen, online: Zeit.de, 30.03.2017.
- Erk, Daniel (2016): Wer hat Angst vor Uwe Junge?, online: Zeit.de, 23.02.2016.
- Erk, Daniel (2017): Die Bundesbrüder, in: Die Zeit, 23.02.2017, S. 59.
- Fiedler, Maria (2016): Markus Frohnmaier von der Jungen Alternative: „Wir sind die freche Version der AfD“, online: Tagesspiegel.de, 13.03.2016.
- Fiedler, Maria (2017a): Berliner AfD will bei Beschäftigten punkten, online: Tagesspiegel.de, 16.02.2017.
- Fiedler, Maria (2017b): Die soziale Frage der AfD, online: Tagesspiegel.de, 25.03.2017.
- Förtsch, Anja (2016): Rücktritt. AfD-Politiker Daniel Rausch: Der Sieben-Minuten Mann, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 02.06.2016.
- Frasch, Timo (2016a): Militärisch korrekte Mäßigung, in: FAZ, 02.03.2016, S. 4.
- Frasch, Timo (2016b): Rheinland-pfälzische CDU. Zu viel Paris, zu wenig Pirmasens, online: FAZ.net, 05.05.2016.
- Frasch, Timo (2016c): Flughafen-Debakel. Fehlstart mit Hahn, online: FAZ.net, 12.07.2016.
- Frasch, Timo (2016d): Dem Affen Zucker geben, in: FAZ, 31.12.2016, S. 4.
- Fromm, Rainer/Boese, Ron (2017): Die AfD – Innenansichten einer Protestpartei, ZDF Zoom, online: zdf.de, 01.03.2017.
- Gathmann, Florian/Hagen, Kevin (2016): Wahlbetrugsvorwürfe in Sachsen-Anhalt. Dieser Mann gefährdet die Kenia-Koalition, online: Spiegel.de, 12.08.2016.
- Gauselmann, Kai (2016): Kommentar zur AfD im Landtag: Provokateur Poggenburg, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 02.06.2016.
- Georgi, Oliver (2016): So radikal will die AfD Deutschland umbauen, online: FAZ.net, 02.05.2016.
- Haag, Thomas/Mittler, Isabel (2017): SPD kündigt Ditib die Freundschaft, online: Allgemeine-Zeitung.de, 25.03.2017.
- Hägler, Max (2016): Aufmarsch der Wut, online: Süddeutsche Zeitung (sz.de), 30.04.2016.
- Haupt, Friederike (2017): Internationale Solidarität für die AfD, in: FAZ, 23.04.2017, S. 3.
- Heinrich, Daniel (2016): Beobachtung der Identitären Bewegung. „Verbindungen zur AfD sind real“, online: Deutschlandfunk.de, 13.08.2016.

- Henkel-Waidhofer, Johanna (2016): Radikale dominieren, online: Kontext: Wochenzeitung (kontextwochenzeitung.de), 21.12.2016.
- Honig, Steffen/Schmidt, Jens (2016): Landes-CDU lehnt Koalition mit AfD ab, in: Volksstimme, 06.10.2016, S. 1.
- Hurtz, Simon (2015): „Blanker Rassismus“: Höcke und die Fortpflanzung der Afrikaner, online: Süddeutsche Zeitung (sz.de), 12.12.2015.
- Jacobsen, Lenz (2015): Die zwei Gesichter der AfD, online: Zeit.de, 29.11.2015.
- Jaeger, Mona/Soldt, Rüdiger (2016): Unschuld vom Ländle, in: FAZ, 07.11.2016, S. 4.
- Jentsch, Ulli (2015): Selfies mit Bernd, in: Der rechte Rand, Nr. 153/2015, S. 29.
- Kaess, Christiane (2017): Höcke-Äußerung: „Diese Ausflüge in die Zeit des Dritten Reichs sind absolut kontraproduktiv“, online: Deutschlandfunk.de, 19.01.2017.
- Kamann, Matthias (2016): Frauke Petry steht nun deutlich besser da, online: Welt.de, 14.08.2016.
- Kamann, Matthias (2017a): Wenn Gläubige die AfD christlicher finden als die CDU, in: Die Welt, 28.01.2017, S. 8.
- Kamann, Matthias (2017b): AfD setzt auf Methoden der NS-Zeit und der DDR, online: Welt.de, 09.03.2017.
- Kern, Olaf/Kirschstein, Gisela (2016): Sorge um islamischen Religionsunterricht in Hessen wächst, online: Frankfurter Neue Presse (fnp.de), 03.08.2016.
- Kissler, Alexander/Schwennicke, Christoph (2016): Interview mit Peter Sloterdijk: „Das kann nicht gut gehen“, in: Cicero, H. 2/2016, S. 14-23.
- Kissmann, Christopher (2017): Böllerwurf im Hörsaal: AfD bricht Veranstaltung ab, in: Volksstimme, 13.01.2017, S. 2.
- Kluge, Christoph (2016): Jugendverband der AfD. Die radikale Alternative, online: Zeit.de, 29.04.2016.
- Knaudt, Kurt (2017): CDU und AfD Hand in Hand? Union-Mann Haumann will Koalition nicht ausschließen, online: Rhein-Zeitung.de, 13.01.2017.
- Knaudt, Kurt/Steffenfauseweh, Ulf (2017): Ärger um Kandidatur für Bundestagswahl: Heftige Machtkämpfe bei der AfD, online: Rhein-Zeitung.de, 08.02.2017.
- Knobbe, Martin (2016): Sachsen-Anhalt. Eine Frontlinie, in: Der Spiegel, H. 35/2016, S. 28.
- Korf, Katja (2016): Richtungsstreit in der AfD bricht offen aus, online: Schwäbische Zeitung (schwaebische.de), 10.11.2016.
- Krohn, Knut (2016a): Lehren aus der Zeit mit den Republikanern, in: Stuttgarter Zeitung, 29.03.2016, S. 6.
- Krohn, Knut (2016b): Die AfD will zur Volkspartei werden, in: Stuttgarter Zeitung, 25.04.2016, S. 5.
- Krohn, Knut (2016c): Der AfD im Land droht die Spaltung, in: Stuttgarter Zeitung, 21.06.2016, S. 1.
- Krohn, Knut (2016d): AfD darf zweite Fraktion bilden, in: Stuttgarter Nachrichten, 26.07.2016, S. 7.
- Krohn, Knut (2016e): Prügelei im Landtag? Streit in der AfD-Fraktion, online: Stuttgarter-Zeitung.de, 11.11.2016.

- Krohn, Knut (2016f): AfD in der Mühle des Parlamentsalltags, in: Stuttgarter Zeitung, 08.12.2016, S. 6.
- Krohn, Knut (2017a): Kopfttraining für mündige Bürger, in: Stuttgarter Zeitung, 03.02.2017, S. 4.
- Krohn, Knut (2017b): Strammer Ruck nach rechts, in: Stuttgarter Zeitung, 06.03.2017, S. 1.
- Krohn, Knut/Fuchs, Dieter (2016): Die AfD begibt sich auf Kurssuche, in: Stuttgarter Zeitung, 17.03.2016, S. 6.
- Krohn, Knut/Reiners, Willi (2016): „Wir wehren uns gegen immer mehr Moscheen“, in: Stuttgarter Zeitung, 21.04.2016, S. 6.
- Lachmann, Günter (2016): Das sind die Hürden der AfD, online: Welt.de, 30.03.2016.
- Lachmann, Markus (2017): Lesbische Soldatin diskriminiert – Vorwürfe gegen rheinland-pfälzischen AfD-Chef Uwe Junge, online: Allgemeine-Zeitung.de, 25.01.2017.
- Leggewie, Claus: Die AfD ist auf dem Weg in den völkisch-autoritären Nationalismus, online: Süddeutsche Zeitung (sz.de), 03.04.2017.
- Lehmann, Armin (2016): Malu Dreyer übersteht Misstrauensvotum nach Flughafen-Debakel, online: Tagespiegel.de, 14.07.2016.
- Leif, Thomas (2015): AfD-Parteichef war in islamfeindlicher Partei, online: swr.de, 03.09.2015.
- Lutterbach, Rüdiger (2016): Moschee-Neubau in Bad Kreuznach: AfD fordert vorläufigen Planungs-Stopp, online: Allgemeine-Zeitung.de, 13.08.2016.
- Machowecz, Martin (2016a): AfD in Sachsen-Anhalt, Wir sind dagegen!, in: Die Zeit, 08.09.2016, S. 13-15.
- Machowecz, Martin (2016b): Viel Theater für einen Populisten, in: Die Zeit, 08.12.2016, S. 12.
- Mayer, Nils (2016): „Ausflug nach Absurdistan“, in: Stuttgarter Nachrichten, 29.09.2016, S. 6.
- Meaney, Thomas (2016): The New Star of Germany’s Far Right, online: newyorker.com, 03.10.2016.
- Meisner, Matthias (2017): Höcke-Flügel gegen die Parteichefin. Revolte in der Heimat von Frauke Petry, online: Tagesspiegel.de, 06.02.2017.
- Mück-Raab, Marion (2017): Mainz bleibt Mainz und wehrt sich gegen die AfD, online: Tagesspiegel.de, 27.01.2017.
- Müller, Andreas (2016): Das bürgerliche Gesicht der AfD, online: Stuttgarter-Zeitung.de, 03.03.2016.
- Neuerer, Dietmar (2016a): „Die AfD der 80er Jahre waren teilweise die Grünen“, online: Handelsblatt.com, 09.03.2016.
- Neuerer, Dietmar (2016b): Anschlag in Ansbach: Wagenknecht im AfD-Modus, online: Handelsblatt.com, 26.07.2016.
- o. V. (2016a): Junge zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, online: swr.de, 17.03.2016.
- o. V. (2016b): AfD beklagt Nachteile bei Ausschussposten, online: swr.de, 12.05.2016.
- o. V. (2016c): Junge hält Meuthens Handeln für konsequent, online: swr.de, 06.07.2016.
- o. V. (2016d): AfD fordert offene Debatte um die DITIB-Moschee: „Parteien müssen sich erklären“, online: Pfalz-Express.de, 18.07.2016.

- o. V. (2016e): AfD-Fraktion informiert sich erstmals am Flughafen Hahn, online: Welt.de, 20.07.2016.
- o. V. (2016f): Hahn-Verkauf: Alle staunen über Millionen-Honorar, online: Volksfreund.de, 20.07.2016.
- o. V. (2016g): AfD-Vize Gauland will Asylrecht für Muslime aussetzen, online: FAZ.net, 27.07.2016.
- o. V. (2016h): AfD verzichtet auf Sonderparteitag, online: tagesschau.de, 14.08.2016.
- o. V. (2016i): Spatenstich für Moschee in Germersheim, online: Rhein-Zeitung.de, 01.10.2016.
- o. V. (2016j): AfD und ABW sind wieder vereint, online: swr.de, 11.10.2016.
- o. V. (2016k): Diese Alternative stürzt die CDU in ein Dilemma, online: Volksfreund.de, 11.10.2016.
- o. V. (2016l): Ditib als Religionsgemeinschaft bestätigt, online: Pfaelzischer-Merkur.de, 29.11.2016.
- o. V. (2016m): Grüne sehen sich als Hauptgegner der AfD, online: Rhein-Zeitung.de, 10.12.2016.
- o. V. (2016n): AfD gewinnt rund 4000 Mitglieder hinzu, online: Tagesspiegel.de, 28.12.2016.
- o. V. (2017a): Warmer Geldregen für die AfD, online: Welt.de, 03.01.2017.
- o. V. (2017b): CDU und Linke verlieren Mitglieder, in: Volksstimme, 09.01.2017, S. 2.
- o. V. (2017c): Gericht entscheidet: Vorerst kein Moschee-Neubau in Germersheim, online: Pfalz-Express.de, 03.02.2017.
- o. V. (2017d): Rückzieher bei der Altersversorgung, in: Schwarzwälder Bote, 15.02.2017, S. 6.
- o. V. (2017e): Auto von Ehefrau des AfD-Politikers Junge brennt aus, online: FAZ.net, 02.03.2017.
- Orde, Sabine am (2017): Gauland und Weidel im Duett, online: taz.de, 23.04.2017.
- Petermann, Anke (2016a): Elefantenrunde in Rheinland-Pfalz. Mit der AfD und ohne Dreyer, online: Deutschlandradiokultur.de, 11.03.2016.
- Petermann, Anke (2016b): Skandal um Flughafen Hahn. Bruchlandung in Rheinland-Pfalz, online: Deutschlandradiokultur.de, 07.07.2016.
- Petermann, Anke (2016c): Gespräche mit Islamverbänden ausgesetzt, online: Deutschlandfunk.de, 11.08.2016.
- Petermann, Anke (2016d): AfD-Tagung auf Hambacher Schloss. Protest gegen Symbolkraft, online: Deutschlandfunk.de, 28.10.2016.
- Petersen, Thomas (2016): Allensbach-Umfrage. Der deutsche Pass ist nicht genug, online: FAZ.net, 22.09.2016.
- Pfahl-Traughber, Armin (2016): Wolfgang Gedeon und die „Protokolle der Weisen von Zion“, online: hagalil.com, 26.05.2016.
- Pörtner, Rainer/Reiners, Willi/Rieger, Arnold (2016): „Der Staatsgerichtshof soll das prüfen“, in: Stuttgarter Zeitung, 28.07.2016, S. 6.
- Rahmlow, Axel/Balzer, Vladimir (2017): Gauland distanziert sich nicht von Höcke, online: Deutschlandradiokultur.de, 18.01.2017.
- Randermann, Heiko (2016): Verdi-Funktionär kandidiert für die AfD, online: Hannoversche Allgemeine Zeitung (haz.de), 30.09.2016.

- Rath, Marc (2014): Stendaler Wahlbetrug. Auf Jubel folgt die Krise, in: Volksstimme, 12.12.2014, S. 3.
- Rauch, Raphael (2017): Das Vergessen und das Verdrängen der AfD, online: heute.de, 24.01.2017.
- Reiners, Willi (2016a): Der Landtag kritisiert einhellig die AfD, in: Stuttgarter Zeitung, 14.07.2016, S. 5.
- Reiners, Willi (2016b): Zweite AfD-Fraktion durchgewunken, in: Stuttgarter Zeitung, 27.07.2016, S. 5.
- Reiners, Willi (2016c): Meuthen fühlt sich frisch gestärkt, in: Stuttgarter Zeitung, 15.09.2016, S. 6.
- Reiners, Willi (2016d): „In der AfD fehlt jegliche Differenzierung“, in: Stuttgarter Zeitung, 20.12.2016, S. 3.
- Reiners, Willi (2017): Neuer Antisemitismus-Streit in der AfD, in: Stuttgarter Zeitung, 04.02.2017, S. 6.
- Renz, Gabriele (2016): „Das ist ja Brandstiftung“, online: Südkurier.de, 10.12.2016.
- Richter, Christoph (2016a): Vorwürfe gegen AfD-Landeschef. Mobbing, Denunziantentum, Beschimpfungen, online: Deutschlandfunk.de, 11.02.2016.
- Richter, Christoph (2016b): Kontroverse um Tanzprojekt. AfD will „deutsche Kultur“ auf Sachsen-Anhalts Bühnen stärken, online: Deutschlandfunk.de, 18.12.2016.
- Riedel, Katja/Pittelkow, Sebastian (2017): Krach um Stiftungen – und viel Geld, online: tagesschau.de, 16.03.2017.
- Rieger, Arnold (2016): Ein Vorgeschmack auf Gift und Galle, in: Stuttgarter Zeitung, 12.05.2016, S. 3.
- Ruf, Reiner (2015): AfD auf den Spuren der Republikaner, in: Stuttgarter Zeitung, 25.07.2015, S. 1.
- Ruf, Reiner (2016a): AfD-Fraktion bereitet Rauswurf Gedeons vor, in: Stuttgarter Zeitung, 07.06.2016, S. 5.
- Ruf, Reiner (2016b): AfD-Fraktion beantragt den Ausschluss von Gedeon, in: Stuttgarter Zeitung, 08.06.2016, S. 5.
- Ruf, Reiner (2016c): AfD-Fraktion stürzt ins Chaos, in: Stuttgarter Zeitung, 06.07.2016, S. 1.
- Ruf, Reiner (2016d): Possenspiel im Parlament, in: Stuttgarter Zeitung, 29.09.2016, S. 5.
- Saueressig, Sascha (2016): Kandidaten im Porträt: Jürgen Klein (AfD), online: Rhein-Zeitung.de, 03.03.2016.
- Schierholz, Alexander/Gauselmann, Kai/Lehmann, Susann (2016): Frühkindliche Aufklärung: Olivia Jones zeigt Poggenburg wegen Volksverhetzung an, online: Mitteldeutsche-Zeitung.de, 16.09.2016.
- Schlecht, Florian (2016a): Wie Parteimitglieder, Forscher und Kritiker die AfD in Rheinland-Pfalz einschätzen – Widersprüche bleiben, online: Volksfreund.de, 14.03.2016.
- Schlecht, Florian (2016b): Kein Schutz mehr vor Strafverfolgung: AfD-Abgeordnete verliert Immunität – Steuerangelegenheiten sollen Grund sein, online: Volksfreund.de, 12.08.2016.
- Schlecht, Florian (2016c): „Kriegsmaschine“ oder „großer Denker“: Wie der Landtag über die Karl-Marx-Ausstellung 2018 in Trier streitet, online: Volksfreund.de, 05.10.2016.
- Schlecht, Florian (2016d): Interview mit SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer: Wie Parteien sich gegen die AfD aufstellen müssen, online: Volksfreund.de, 10.10.2016.
- Schlecht, Florian (2016e): Forscher vermissen inhaltliche Akzente und sprechen von „schrillem Ton“: Die AfD im rheinland-pfälzischen Landtag, online: Volksfreund.de, 11.10.2016.

- Schlecht, Florian (2016f): Landtag reagiert auf den ruppigen Ton der AfD, online: Volksfreund.de, 20.12.2016.
- Schönian, Valerie (2016): Alternative für Deutschland. Vom Punk zum AfDler, online: Zeit.de, 11.03.2016.
- Schredle, Minh (2016): Anfrage der AfD Sachsen-Anhalt. Kein Mut zur Wahrheit, online: taz.de, 31.08.2016.
- Schröder, Christian (2017): Frauke Petrys scheinheilige Höcke-Distanzierung, online: Tagesspiegel.de, 05.03.2017.
- Schumann, Jan (2016a): Alternative für Deutschland. André Poggenburg einsam auf dem Thron, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 08.07.2016.
- Schumann, Jan (2016b): Wahlskandal. Güssau räumt Vorwürfe nach Krisentreffen nicht aus, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 01.08.2016.
- Schumann, Jan (2016c): Landtag lehnt Vorstoß gegen „Kita-Koffer“ ab: AfD lässt tief blicken, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 30.09.2016.
- Schumann, Jan (2016d): Politologe Roger Stöcker: Ist die AfD auf dem Weg zur Etablierung?, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 24.10.2016.
- Schumann, Jan (2017): Landtag: AfD-Chef André Poggenburg will linke Studenten lieber „Arbeit zuführen“, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 03.02.2017.
- Schumann, Jan/Decker, Markus (2016): Landtag: AfD-Politiker fordert Gefängnisstrafe für Homosexuelle, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 03.06.2016.
- Schumann, Jan/Gauselmann, Kai (2016): Wegen Gutachtenaffäre: Wirtschaftsminister Felgner tritt zurück, online: Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de), 13.11.2016.
- Seydewitz, Rolf (2015): Exodus bei der rheinland-pfälzischen AfD, online: Volksfreund.de, 06.07.2015.
- Seydewitz, Rolf (2016): AfD-Intervention erzürnt Tagungsveranstalter, online: Volksfreund.de, 17.06.2016.
- Sirleschtov, Antje (2016): CDU-Vize Strobl will Abschiebep Praxis verschärfen, online: Tagesspiegel.de, 28.11.2016.
- Soldt, Rüdiger (2016a): Auf alles einschlagen, online: FAZ.net, 25.04.2016.
- Soldt, Rüdiger (2016b): Die Macht der Doppel-Fraktion, online: FAZ.net, 10.08.2016.
- Soldt, Rüdiger (2016c): Meuthen soll wiedervereinigte Fraktion führen, online: FAZ.net, 13.09.2016.
- Soldt, Rüdiger (2016d): Landung als Bettvorleger, in: FAZ, 28.10.2016, S. 4.
- Soldt, Rüdiger (2016e): „Krasser als die NPD“, in: FAZ, 17.12.2016, S. 5.
- Soldt, Rüdiger (2017a): In Erinnerung bleiben, in: FAZ, 28.01.2017, S. 4.
- Soldt, Rüdiger (2017b): Wahrheit und ihre Alternativen, in: FAZ, 03.02.2017, S. 4.
- Steffen, Tilmann (2015): AfD-Nachwuchs kickt Lucke-Anhänger raus, online: Zeit.de, 23.05.2015.
- Steffen, Tilmann (2016a): Rassismus in der Landtagskantine, online: Zeit.de, 19.06.2016.
- Steffen, Tilmann (2016b): AfD will Poggenburg wegloben, online: Zeit.de, 21.06.2016.

- Stifter, Michael (2016): Jörg Meuthen – der AfD-Chef und seine schwarzen Schafe, online: Augsburg-Allgemeine.de, 14.07.2016.
- Thurnes, Mario (2016): „Boateng gehört selbstverständlich dazu“: AfD-Chef Junge zu Integration, Ditib und anderen Parteien, online: Allgemeine-Zeitung.de, 19.08.2016.
- Vinci, Sarah/Schickle, Verena (2015): AfD-Politiker ist für S-Bahn nach Stuttgart, online: Schwarzwälder-Bote.de, 01.01.2015.
- Volmer, Hubertus (2017): Petry wehrt sich gegen Gauland-Attacke, online: n-tv.de, 15.02.2017.
- Walter, Alexander (2016): Parteien kritisieren Rundfunk-Schelte der AfD, in: Volksstimme, 17.12.2016, S. 2.
- Wehaus, Rainer (2016): Turbulente Zeiten, in: Schwarzwälder Bote, 07.07.2016, S. 2.
- Wehaus, Rainer/Mayer, Nils (2016): Glücklich zerstritten, in: Stuttgarter Nachrichten, 09.09.2016, S. 3.
- Wehner, Markus (2016): AfD wird zur Anti-Islam-Partei, in: FAS, 17.04.2016, S. 1.
- Weiland, Severin (2017): AfD-Basis will keine Solokandidatur von Petry, online: Spiegel.de, 08.02.2017.
- Wenzel, Werner/Lachmann, Markus (2017): AfD-Chef Uwe Junge soll Immunität verlieren – Ermittlungen der Bundeswehr, online: Allgemeine-Zeitung.de, 08.03.2017.
- Wetzel, Maria (2016a): Ohne Antwort kein Vorsitz für die AfD, in: Stuttgarter Zeitung, 04.07.2016, S. 5.
- Wetzel, Maria (2016b): Fraktionsmitarbeiter beantragen Beurlaubung, online: Stuttgarter-Zeitung.de, 06.07.2016.
- Wiening, Jens (2017): Bundestagswahlkampf: Die brisanten Rentenpläne der AfD, online: tagesschau.de, 04.04.2017.
- Wiese, Hans-Joachim/Billerbeck, Liane von (2016): Hambach – umgedeutet von der AfD, online: Deutschlandradiokultur.de, 28.10.2016.
- Wolfskämpf, Vera (2016a): Regierungsziele für Sachsen-Anhalt. Lob von der Linkspartei, AfD verlässt Plenum, online: mdr.de, 02.06.2016.
- Wolfskämpf, Vera (2016b): AfD-Abgeordnete leiten drei Ausschüsse in Sachsen-Anhalt, online: mdr.de, 08.06.2016.
- Wolfskämpf, Vera (2016c): Demonstration in Sachsen-Anhalt. „APO-AfD“ und das Potenzial der Straße, online: mdr.de, 09.11.2016.

Sonstige Quellen

AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016.

AfD (2017a): AfD- Manifest: Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017.

AfD (2017b): Bundeskonvent, online: <https://www.alternativefuer.de/partei/bundeskonvent/>.

AfD (2017c): Wahlprogramm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln.

AfD (2017d): Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln am 22. und 23. April 2017, online: Homepage der AfD.

AfD-BE (2017): Extremismuskongress Podiumsdiskussion in Berlin, online: [youtube.de](https://www.youtube.de), 18.03.2017.

AfD-BW (2015): Für unser Land – für unsere Werte, online: Homepage der AfD-BW.

AfD-BW (2016a): Identitäre Bewegung wird zu Unrecht beobachtet, PM, 13.10.2016.

AfD-BW (2016b): Bernd Gögel: „Wir lassen uns nicht in die radikale Ecke drängen, PM, 16.11.2016.

AfD-BW (2016c): Einfallslöser Innenminister: Plagiate und populistische Schaumschlägerei, PM, 28.11.2016.

AfD-BW (2016d): Tod einer Freiburger Studentin, PM, 04.12.2016.

AfD-BW (2017a): AfD Baden-Württemberg: Höchster Mitgliederstatus seit Gründung, online: Homepage der AfD-BW.

AfD-BW (2017b): AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, online: Facebook-Seite der AfD-Fraktion.

AfD-BW (2017c): Die AfD Kreisverbände in Baden-Württemberg, online: Homepage der AfD-BW.

AfD-BW (2017d): Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, online: Homepage der AfD-BW.

AfD-BW (2017e): Doppelmoral der Kartellparteien, PM, 25.01.2017.

AfD-BW (2017f): Offener Brief von AfD-Landtagsabgeordneten an ihre Kollegen in der AfD-Fraktion Baden-Württemberg, 04.02.2017, online: Homepage der AfD-BW.

AfD-BW (2017g): Haushaltsfazit: Grün-Schwarz hat nicht getilgt. Die SPD hat nichts gedeckt. Die FDP hat nichts gemacht, PM, 22.02.2017.

AfD-NRW (2017): Die AfD NRW hat ihre nächsten Bundestags-Listenkandidaten gewählt, 05.03.2017, online: Homepage der AfD-NRW.

AfD-RP (2014): Landessatzung der Alternative für Deutschland (AfD) Rheinland-Pfalz, online: Homepage der AfD-RP.

AfD-RP (2015): Mit Herz und Verstand für unser Land. Programm zur Landtagswahl 2016, online: Homepage der AfD-RP.

AfD-RP (2016a): Silvesterappell von Amts- und Mandatsträgerinnen der AfD-RP, 09.01.2016, online: Homepage der AfD-RP.

AfD-RP (2016b): Uwe Junge (AfD) zur Regierungserklärung am 02.06.2016, online: [youtube.de](https://www.youtube.de), 05.06.2016.

AfD-RP (2016c): Jörg Meuthen (AfD) über die Probleme in seiner Fraktion – Rede in Bingen, online: www.youtube.de, 09.07.2016.

AfD-RP (2016d): AfD-Fraktion im Landtag: Der Film, online: youtube.de, 21.07.2016.

AfD-RP (2016e): Uwe Junge zur zunehmenden Gewalt gegen die AfD, online: youtube.de, 31.08.2016.

AfD-RP (2016f): Hambacher Schloss, Podiumsdiskussion zum Thema Ditib, 28.10.2016, online: youtube.de, 03.11.2016.

AfD-SA (2015): AfD Sachsen-Anhalt startet erfolgreich in den Wahlkampf – Landeschef Poggenburg einstimmig zum Spitzenkandidaten nominiert, PM, 28.09.2015.

AfD-SA (2016): Blauer Aufbruch. AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt. Die Zeitung für Sachsen-Anhalt, 1. Ausgabe, September 2016.

AidA (2016): Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau. AidA-Arbeitspapier April 2016, online: Homepage AidA.

ChrAfD (2017a): Gründung ChrAfD-Regionalverband Mitteldeutschland, online: Homepage ChrAfD.

ChrAfD (2017b): Grundsatzerklärung der ChrAfD, online: Homepage ChrAfD.

Der Flügel (2015a): Die „Erfurter Resolution“ – Wortlaut und Erstunterzeichner, online: Homepage Der Flügel.

Der Flügel (2015b): Erfurter Resolution, Unterzeichnerliste: Baden-Württemberg, online: Homepage Der Flügel.

Der Flügel (2016): 2. Kyffhäusertreffen des Flügels, online: Facebook-Seite Der Flügel, 29.06.2016.

Deutscher Bundestag (2016): Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2014 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien), online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/084/1808475.pdf>.

DGB (2017): Wahlverhalten. 2002 bis heute: So haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt, online: Homepage DGB, 07.09.2016.

Hau, Mario (2016): AfD gegen Ditib: Eine Dokumentation, online: Homepage AfD Ludwigshafen, 13.08.2016.

Höcke, Björn (2015): Asyl – eine politische Bestandsaufnahme, IfS, 3. Staatspolitischer Kongress, online: youtube.de, 21.11.2015.

Höcke, Björn (2017): Höcke-Rede im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“, online: Tagespiegel.de, 19.01.2017.

Meuthen, Jörg (2016): Kyffhäusertreffen 2016 – Rede von Prof. Dr. Jörg Meuthen, 08.06.2016, online: Der Flügel Homepage.

Petry, Frauke, et al. (2017): Zukunftsantrag, online: www.zukunftsantrag.de.

Poggenburg, André (2016): MDR-Herbstinterview mit AfD-Fraktionschef Poggenburg: „Diese Regierung ist instabiler als die letzte“, online: mdr.de, 20.10.2016.

Poggenburg, André (2017): Wucherung am deutschen Volkskörper, online: youtube.de, 03.02.2017.

Räpple, Stefan (2016): Pressemitteilung, 20. Dezember 2016, online: Facebook-Seite Räpple, 20.12.2016.

Ruf der Vernunft (2016): Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt, 19.06.2016, online: www.ruf-der-vernunft.de.

Stuttgarter Landtag (2017): Landtag von Baden-Württemberg. 16. Wahlperiode, Stand: 01.02.2017, online: Homepage Landtag von Baden-Württemberg.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	AfD-Wahlergebnisse 2013-2017 bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen	19
Abbildung 2:	Zuordnung der Kleinen Anfragen der AfD-BW nach Politikfeld	32
Abbildung 3:	Themen der Kleinen Anfragen im Bereich Innenpolitik	32
Abbildung 4:	Zuordnung der Kleinen Anfragen der AfD-RP nach Politikfeld	44
Abbildung 5:	Themen der Kleinen Anfragen im Bereich Innenpolitik	44
Abbildung 6:	Zuordnung der Kleinen Anfragen der AfD-SA nach Politikfeld	58
Abbildung 7:	Themen der Kleinen Anfragen im Bereich Innenpolitik	58
Tabelle 1:	Wählerwanderung zur AfD bei den Landtagswahlen 2016-2017	20
Tabelle 2:	Politische Arbeit der AfD-Fraktion Baden-Württemberg 1. Mai 2016 bis 31. Januar 2017 ...	31
Tabelle 3:	Politische Arbeit der AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz 1. Mai 2016 bis 31. Januar 2017	43
Tabelle 4:	Politische Arbeit der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt 1. Mai 2016 bis 31. Januar 2017	57

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren

Alexander Hensel (M.A.), geb. 1983, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Florian Finkbeiner (M.A.), geb. 1988, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Philip Dudek (B.A.), geb. 1991, studiert M.A. Politikwissenschaft in Göttingen und ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Julika Förster (B.A.), geb. 1991, studiert M.A. Religion und Kultur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bis März 2017 war sie studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Michael Freckmann (B.A.), geb. 1990, studiert M.A. Politikwissenschaft in Göttingen und ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Pauline Höhlich (B.A.), geb. 1992, studiert M.A. Soziologie in Göttingen und ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir online in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“. Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #Mythos Twitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Protteste (Ulrich Brinkmann u. a.)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum/Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 90**
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88**
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87**
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86**
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83**
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 82**
Silke Röbenack, Ingrid Artus
Betriebsräte im Aufbruch?
Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 81***
Bernd Gäbler
„... den Mächtigen unbequem sein“
Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine
- **OBS-Arbeitsheft 80***
Wolfgang Merkel
Nur schöner Schein?
Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 91

Die AfD vor der Bundestagswahl 2017

www.otto-brenner-stiftung.de